

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



3 / 2009

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de

12. Passauer Tetralog: Was vom Mauerfall bleibt



Im Gespräch mit Akademiedirektor Heinrich Oberreuter: Valery Bogomolov aus Russland, Reiner Kunze aus Deutschland, Ellen Bos aus Ungarn und Kazimierz Wójcicki (von links)
Foto: Toni Scholz

Europa – 20 Jahre nach dem Mauerfall: Ist die Euphorie für das Projekt in zwei Jahrzehnten verpufft? Das Resümee fiel gespalten aus. Vier Menschen, vier Länder, vier Sichtweisen: 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution haben Experten auf das Ereignis zurückgeblickt. Sie haben dabei wesentliche Aspekte des deutschen, aber auch des europäischen Einigungsprozesses analysiert. Die Podiumsteilnehmer führten eine leidenschaftliche Debatte. Es waren insbesondere die Positionen des Russen Valery Bogomolov, die immer wieder auf Widerspruch trafen. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Europäischen Wochen im Audimax der Passauer Universität statt.

Siehe Seite 3

Streitgespräch um die Menschenwürde



Robert Spaemann (links) im Dialog mit Horst Dreier
Foto: ms



Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon eröffnete das Kommunalpolitische Forum

Foto: Aimer

Die Zukunftsaufgaben der Kommunalpolitik standen im Mittelpunkt des ersten „Kommunalpolitischen Forums“. Diese Tagungsreihe hat die Akademie in Kooperation mit dem Bayerischen Städte- tag begründet. Kommunalpolitische Entscheidungsträger aus ganz Bayern diskutierten miteinander über den Kommunalen Finanzausgleich. Die weitere Themenpalette reichte von den Aufgaben des Klimaschutzes bis zur Pressearbeit im Katastrophenfall.

Siehe Seite 20

Darf einem tatverdächtigen Entführer und Erpresser Folter angedroht werden, um das Leben des Opfers zu retten? Darf ein von Terroristen entführtes Passagierflugzeug, das zum Absturz gebracht werden soll, abgeschossen werden, um noch größere Katastrophen zu vermeiden? Diesen und anderen aktuellen Herausforderungen der Begründung der Menschenwürde näherten sich der Philosoph Robert Spaemann und der Jurist Horst Dreier in einem von den Medien vielbeachteten Gespräch.

Siehe Seite 5

Inhaltsverzeichnis

	Seite
12. Passauer Tetrilog:	
Was vom Mauerfall bleibt	3
Menschenwürde – Natürlich, oder nicht?	5
Mit dem Kino in den Krieg	7
Wandel zur Wissensgesellschaft	8
Wissenschaft und Politik – wenn die Nähe gefährlich wird	10
„Exzellenz ist nicht von oben planbar“	11
60 Jahre Grundgesetz: Streitfall Föderalismus	12
Bewahrer einer lebendigen Verfassung	14
Qualität als Radio-Strategie	16
Strategien im Superwahljahr	17
Bedrohte Mittelschicht – gefährdete Demokratie?	18
Die Sorgen der Kommunen vom Klimaschutz bis zur Katastrophen-PR	20
Islam mit Verstand	22
Nach den Wahlen – vor der Ratifizierung	25
Neuorientierung von Energie- und Klimapolitik in Südosteuropa	26
Die Grenzregionen nach der EU-Erweiterung	27
Beziehungsgeschichte in Biografien	28
Spannungsbogen Geschichte	31
Einblicke in komplizierte Verhältnisse	32
Prominenter Besuch aus China	35
Vom Vermischten zum Akademischen	36
Soziales Engagement für die Sache und die Menschen	37
Wider die „bestürzend schlechte staatsbürgerliche Bildung der Jugend“	38
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	39
Pressespiegel	40
Themen – Tagungen – Termine	47
Namen und Nachrichten	52

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier
Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz Eisfeld

Kollegium:
Dr. Saskia Hieber, M.A.
 Internationale Politik
Dr. Gero Kellermann, Dozent
 Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Stefan Köppl, M.A.
 Pers. Referent des Direktors
 Parlamentarismus- und Parteienforschung
Dr. Wolfgang Quaisser, Dozent
 Wirtschafts- und Sozialpolitik
Dr. Michael Schröder, Dozent
 Medien, Kommunikationspolitik,
 Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Manfred Schwarzmeier
 Parlamentarismus- und Parteienforschung
Dr. Michael Spieker
 Ethische und theoretische
 Grundlagen der Politik
Dr. Jürgen Weber, Dozent
 Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Organisationsreferat:
Dr. Manfred Schwarzmeier
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Online-Redaktion: Kathrin Haimerl

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
 Buchensee 1 82327 Tutzing
 Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
 Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
 E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de
 Redaktion:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
 (verantw.)
Dr. Michael Schröder
 (Redaktion und Gestaltung)
 Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**
 Druck:
Dinauer Medienbetrieb GmbH
 Lindberghstraße 4 82178 Puchheim
 Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**
 Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

12. Passauer Tetralog:

Was vom Mauerfall bleibt

Vier Menschen, vier Länder, vier Sichtweisen: 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution haben Experten auf das Ereignis zurückgeblickt. Im Gespräch mit Akademiedirektor Heinrich Oberreuter analysierten Valery Bogomolov aus Russland, Reiner Kunze aus Deutschland, Ellen Bos aus Ungarn und Kazimierz Wójcicki aus Polen beim 12. Passauer Tetralog wesentliche Aspekte des deutschen, aber auch des europäischen Einigungsprozesses. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Europäischen Wochen in Zusammenarbeit mit der Akademie an der Universität Passau statt.

Es ist der 9. November 1989. Zwei Tage zuvor hatte die Sowjetunion den Jahrestag der Oktoberrevolution gefeiert. An diesem Abend fährt Valery Bogomolov, der zu dem Zeitpunkt als Sekretär in der sowjetischen Botschaft

alle überrascht: Bogomolovs Auto steht mitten auf der Straße, als in der Nacht die Mauer fällt und Menschen über die Grenze strömen.

„Es war ein unerwartetes Ereignis“, sagt er heute. Im Rahmen des 12. Pas-



„Auch Russland gehört zu Europa!“ Valery Bogomolov (von links) auf dem 12. Passauer Tetralog im Gespräch mit dem Schriftsteller Reiner Kunze, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Ellen Bos von der Universität Budapest und Kazimierz Wójcicki vom Zentrum für Internationale Beziehungen Warschau

Fotos: Toni Scholz

in Ost-Berlin tätig ist, zum Checkpoint Charlie. Den amerikanischen Soldaten am bekanntesten Grenzübergang bringt er eine Flasche Wodka vorbei. Die Grenzposten fragen ihn noch zu den Vorgängen in der UdSSR, als das historische Ereignis beginnt und sie

sauer Tetralogs an der Universität Passau stellte er die These auf: „Ohne Perestroika wäre die Maueröffnung nicht so schnell gekommen!“ Und: „Hätte Moskau gewollt, so hätte es den Reformprozess gestoppt.“ Es sind insbesondere die Äußerungen des frühe-

ren Generalsekretärs der Partei „Einiges Russland“, die bei den Teilnehmern an der Debatte zum Thema „Deutschland und Europa – 20 Jahre nach dem Mauerfall“ auf heftigen Widerspruch stießen.

Das System und die Bürger

Kazimierz Wójcicki vom Zentrum für Internationale Beziehungen Warschau betonte, dass der Kurs von Michail Gorbatschow ohne den „Druck von unten“ keine Wirkung gehabt hätte. „Es ist die Naivität von Perestroika, an die Reformierbarkeit des Systems zu glauben“, erwiderte Wójcicki. Er sprach sich gegen eine Überbetonung des Reformers Gorbatschow aus. Vielmehr gründe sich die friedliche Revolution „auf dem Bürger und dem Engagement des Einzelnen“: „Die Veränderungen im Ostblock sind von unten gekommen, nicht von oben.“

Doch auch diese Sicht trifft nicht auf alle Staaten des Ostblocks zu. In Ungarn etwa habe der Fall des Eisernen Vorhangs hauptsächlich ökonomische Gründe gehabt, schilderte Ellen Bos, die seit 2004 an der Andrassy-Universität in Budapest lehrt. Die Aufrechterhaltung der Grenzsicherung habe mehrere hunderttausend Dollar im Jahr verschlungen. Deshalb hätten die Ungarn bereits am 2. Mai 1989 damit begonnen, die technischen Anlagen abzubauen. „Finanzielle Entscheidungen waren ausschlaggebend.“ Darüber hinaus habe sich innerhalb der Kommunistischen Partei ein sehr starker Reformflügel gebildet, so dass die Bedrohung für das bestehende sozialistische System, anders als in Polen, von der regierenden Partei selbst ausging.

Die Teilnehmer führten im Audimax der Universität Passau eine leidenschaftliche Debatte. Es waren insbesondere die Positionen Bogomolovs, die immer wieder auf Widerspruch

aus den Reihen der Podiumsteilnehmer trafen. Mit Blick auf die gegenwärtige Situation in Russland konfrontierte Heinrich Oberreuter den Abgeordneten der Staatsduma mit der Frage: „Wie viel Demokratie ist unter russischen Verhältnissen möglich?“ Bogomolov antwortete mit einem Seitenhieb auf die CSU. Seine frühere Partei „Einiges Russland“ habe sich die Christsozialen zum Vorbild genommen. „Wie demokratisch kann eine Partei sein, die seit mehr als 50 Jahren mehrheitlich regiert?“

Ruhig wurde es in dem Hörsaal, als Reiner Kunze das Wort ergriff. Kunze, der bis 1977 als freiberuflicher Schriftsteller in der DDR lebte, zitierte immer wieder aus Werken von Kollegen, etwa des tschechischen Dichters Miroslav Holub: „Für den wachsenden Kopf des Menschen suchen



Reiner Kunze: *Tiefgehende persönliche Erfahrungen im DDR-System*

wir ein Rückgrat, das gerade bleiben möge.“ Alle, die es nicht geschafft hätten, ein solches Rückgrat zu zeigen, hätte das sozialistische System zerstört, sagte Kunze.

Keine Hoffnung auf Neuanfang

Er sieht Poesie als wichtigen Bestandteil bei der Entwicklung eines freiheitlichen Europas. Auch in seinen eigenen Texten leistet Kunze einen Beitrag zur Aufarbeitung der DDR-

Geschichte. So schilderte der 75-Jährige mit ruhiger Stimme „tiefgehende, persönliche Erfahrungen“. Etwa die, als er 1977 gezwungen wurde, in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln und kurze Zeit später in einem

„Es müssen erst zwei Generationen sterben, ehe wir Gesamtdeutsche haben.“

Reiner Kunze

Interview über das System der DDR sagte: „Von dort kommt kein Neuanfang für die Menschheit.“ Es sei dieser Satz gewesen, der ihn schließlich



Ellen Bos: *„Stärkere Visionen formulieren, Perspektiven geben“*

die Solidarität seiner politisch linksgerichteten Kollegen kostete – bis in die Neunziger habe man ihn diese Abneigung spüren lassen.

Kunze kritisierte, dass in Deutschland insbesondere das Verhältnis der Linken zum sozialistischen System der DDR noch immer nicht aufgearbeitet worden sei. Er findet drastische Worte: „Es müssen erst zwei Generationen sterben, ehe wir Gesamtdeutsche haben. Dann werden wir auch eine einheitliche Demokratie. 40 Jahre unterschiedlicher Prägung sind nicht aus einem Menschen herauszukriegen.“

Europa – 20 Jahre nach dem Mauerfall: Ist die Euphorie für das Projekt in zwei Jahrzehnten verpufft? Diese Frage richtete Heinrich Oberreuter an die Teilnehmer. Das Resümee fiel gespalten aus. Ellen Bos sieht den Reformprozess stocken. Unter anderem die langwierigen Beitrittsprozesse und nationale Egoismen nennt sie als Ursache. Sie sieht aber auch Chancen: Man müsse

„stärkere Visionen formulieren, Perspektiven geben“, sagte sie. Dies würde auch den erstarkenden nationalen Kräften in den EU-Mitgliedstaaten entgegenwirken.

„Auch Russland ist Europa!“

Bogomolov sieht die Zukunft Europas abhängig vom Verhältnis zu seinem Land: „Russland ist kein kleines Land. Auch wir sind Europa!“, sagte er. Doch im Moment gebe es einen großen Graben zwischen der Europäischen Union und Russland. Nur wenn es gelingt, diesen zu überwinden, könne man Europa stärken. Schließlich, argumentierte Bogomolov, habe schon Lenin die Vision der Vereinigten Staaten von Europa gehabt.

Ein skeptisches Bild zeichnet Kazimierz Wójcicki, der Europa in 20 Jahren nicht mehr unbedingt unter den Global Playern sieht. Es werde vielleicht andere Machtzentren geben – etwa Indien oder China. Und doch: Europa solle „intellektuellen Mut“ zeigen, forderte Wójcicki und plädierte insbesondere für eine breiter angelegte Vergangenheitsbewältigung. „Sie Deutsche vergessen manchmal, dass Sie auch im Ostblock waren.“ Man benötige in Europa „gemeinsame Orte der Erinnerung“: Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte habe nicht nur eine innerdeutsche Dimension, sondern sei eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung einer europäischen Bürgerlichkeit. „Die Debatte über unsere Vergangenheit liegt in unserer Verantwortung.“ ■

Kathrin Haimerl
Siehe Presseschau Seite 45

Menschenwürde – Natürlich, oder nicht?

Robert Spaemann im Dialog mit Horst Dreier

Als die Verfassungsväter und -mütter die Achtung und den Schutz der unantastbaren Menschenwürde festschrieben, stellten sie ihr keine Begründung an die Seite. Im Gegenteil, man war sparsam und hielt die Grundnorm der Menschenwürde „begründungsarm“. Während für gewöhnlich unbegründete Thesen eher instabil sind, so war die Sparsamkeit in der Normierung einer bestimmten Begründung der Menschenwürde ein Vorteil. Sie ermöglichte einen tragfähigen Konsens jener, die die einheitliche Würde der Menschen aus unterschiedlichen Gründen für wahr hielten.

Die Frage einer Begründung der Menschenwürde ist damit aber keineswegs erledigt. Wo die technischen Möglichkeiten des Menschen wachsen, da vergrößert sich auch seine Verantwortung.

gefragt. So muss die philosophische Grundfrage „Was ist der Mensch?“ beantwortet werden. Nur auf dieser Grundlage wird sich in der Folge das rechtlich bedeutsame „Wann ist der

Verbindung von Menschenwürde und menschlicher Natur aus. Diese Natur sei in zwei Bedeutungen zu verstehen. Zum einen beschreibt sie das, was man auch das Normale nennen könnte: So ist ein Mensch normalerweise zu eigenem Handeln aufgrund von reflektierten Entscheidungen fähig. Dies entspricht unserer vielfältigen Erfahrung und wir setzen diese Erfahrung in unserer Beurteilung anderer Menschen voraus. Entscheidend ist das Moment der Reflexion, denn durch sie gewinnt oder verfehlt die Setzung persönlicher Präferenzen allgemeine Gültigkeit. Die aber ist die Voraussetzung dafür, dass andere unsere Handlungen respektieren können und müssen. Das Recht in Freiheit zu handeln ist mit der Pflicht verbunden, nur in der Weise zu handeln, dass unser Handeln gegenüber den von unseren Handlungen Betroffenen zu rechtfertigen ist. Darin liegt die „Zumutung“ der Freiheit. Die Fähigkeit, diese Zumutung annehmen zu können, verleiht dem Menschen seine Würde. Sie ist also ein sittlicher Begriff, denn die Sittlichkeit begreift die freie Gemeinschaft der Menschen, die durch ihre Würde ermöglicht wird. Sklaven etwa, die keinerlei Recht haben und völlig unfrei sind, haben auch keine Pflichten und könnten demnach niemals einen Staat gründen.



Dialog über die Zukunft der Menschenwürde: der Philosoph Robert Spaemann (links) und der Jurist Horst Dreier

Foto: Schröder

Sie erstreckt sich nun auf Bereiche, die seiner Verfügbarkeit früher entzogen waren. Die Menschenwürde ist der Begriff unseres Verantwortungsreichs, sie bringt auf den Punkt, was von uns unbedingt zu achten und zu schützen ist, jenseits aller Kalküle, die unser Handeln nach dem Nutzen für uns oder für andere bemessen wollen. Will man also dem normativen Anspruch der Menschenwürde gerecht werden, so stellen sich schwergewichtige Fragen. Wir werden nun doch nach einer Begründung für das Unbedingte

Mensch?“ beantworten lassen, womit über die Reichweite des Anerkennungsanspruchs der Menschenwürde entschieden wird.

Reflektierte Entscheidungen

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen näherten sich der Philosoph Robert Spaemann und der Jurist Horst Dreier in ihrem Gespräch der Begründung der Menschenwürde. Spaemann ging dabei von der selten bedachten

Doch Spaemann schloss daraus nicht, dass man vernünftig oder seiner selbst bewusst sein müsse, um Menschenwürde zugesprochen zu bekommen. Die Menschenwürde hat keinerlei biologische Grundlage, sie wird dementsprechend auch nicht nach der Maßgabe irgendwelcher Fähigkeiten zugemessen. Doch wer Träger der Menschenwürde ist, dies folge aus der biologischen Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Freien. Ein anderes Kriterium gebe es hierfür nicht. Insofern verhielt sich auch Spaemann in

der Begründung der Menschenwürde sehr sparsam. Er hielt sich an das aristotelische „Der Mensch zeugt den Menschen“. Weil der Mensch also weder Tiere noch bloß ein menschliches Etwas zeugt, so ist auch bereits dem Gezeugten die Menschenwürde zuzusprechen. Zumal niemand zur Entfaltung einer würdigen Existenz gelange, dessen Würde nicht grundsätzlich und bedingungslos anerkannt wird. Weil sie dem Menschen prinzipiell zukommt, ist die Würde des Menschen unantastbar. Das gilt, obwohl seine physische und psychische Natur den Menschen ständig verwundbar und antastbar macht. Zur Anschauung kann die Menschenwürde aber dennoch kommen, nämlich überall dort, wo er seine Freiheit darstellen kann. So kann auch noch in tiefster Erniedrigung die Würde des Menschen hervortreten. Für Spaemann ist dies in beispielhafter Weise in der Person des „nackten Gekreuzigten“ nachvollziehbar, der „im Zentrum Europas“ stehe.

Die Personalität des Menschen, so Spaemann, habe wohl eine zeitliche Dimension, aber nicht in der Weise, dass Person wird, wer zunächst nur ein Etwas war. Vielmehr gelte, dass wer ein Jemand ist, immer schon jemand war. So sagten wir „Ich wurde dann und dann gezeugt“ oder „Meine Eltern haben erwogen, mich abzutreiben.“ Spaemann stützte diese Argumentation mit Kant. In dessen „Metaphysik der Sitten“ ist davon die Rede, dass wir uns vom Beginn eines freien Wesens keinen Begriff machen könnten, womit Kant darauf verweist, dass es keinen denkbaren Übergang vom Etwas zum Jemand geben kann. Entsprechend müssen wir uns so verhalten, „als ob“ bereits das Gezeugte eine Person ist.

In der folgenden Auseinandersetzung mit Horst Dreier, der diese Stelle als Ausdruck einer nicht zwingenden Fiktion interpretierte, machte Spaemann explizit, dass mit diesem „als ob“ keine Fiktion, sondern vielmehr etwas Unbegreifliches begründet werde. Weil es keinen denkbaren Übergang zum Personsein gebe, sei es nur rational, den Beginn personalen Lebens am Lebensanfang zu verorten.

Begleitetes Sterben

Im Blick auf das Lebensende machte Spaemann darauf aufmerksam, dass auch hier das personale Dasein des Menschen handlungsleitend sein müsse. Menschenwürdiges Sterben sei daher begleitetes Sterben, es finde seinen Ausdruck nicht in einem Recht, seinem Leben ein Ende zu setzen. Weil der Tod den Ausstieg aus der Rechtsgemeinschaft bedeute, deshalb könne es darauf kein Recht geben. Die Selbsttötung könne auch nicht als Befreiung dargestellt werden. Deren Ziel ist nämlich die Freiheit, während die Tötung auf bloße Nichtexistenz abzielt.

Zum Schutz der Menschenwürde schlug Spaemann vor, zu fragen, ob die Einschränkung der Freiheit des würdebegabten Menschen vor diesem zumutbar zu rechtfertigen sei. Die Würde der Menschen mache deutlich, dass über niemanden hinweggegangen werden könne, da es auf jeden ankomme.

Horst Dreier warf zunächst einen Blick auf die Verfassungsgeschichte der normierten Menschenwürde. Als subjektive Ansprüche von Individuen gegenüber dem Staat sind Grundrechte ein Phänomen der Neuzeit. Das Christentum tauge nicht als Begründerin einer allgemeinen Menschenrechtsidee, hier sei vielmehr das rationalistische Naturrecht des 17. und 18. Jahrhunderts entscheidend. Für die im Unterschied zu den Rechten nicht abwägbare Grundnorm der Menschenwürde zeigte Dreier, dass deren universale und egalitäre Normierung erst jüngsten Datums ist. Sie ist eine Innovation der Nachkriegszeit. Aber auch ihr ideengeschichtlicher Hintergrund sei nicht sonderlich gefestigt, so sprachen die verschiedenen Erklärungen der Menschenrechte noch nicht von einer gleichen Würde der Menschen. Dignität sei traditionell eher als Rangbezeichnung verstanden worden.

Die gleiche Würde aller sei „nicht Säkularisat christlicher Glaubenssätze“, schließlich würde die Würde im Christentum immer noch exklusiv verstanden, als von Gott abgeleitet und als Auszeichnung des Menschen innerhalb der Schöpfung. Zudem, so Dreier,

haben die Kirchen gegenüber Menschenwürde und -rechten lange Zeit eine ablehnende Haltung gehabt. Im Hintergrund der Menschenwürde sah er die mittlere Stoa: „Freie Selbstbestimmung und die Fähigkeit zu vernunftgemäßem Handeln bilden die maßgeblichen Pfeiler des Menschenwürdesatzes“.

Würdekollisionen

Neben einer liberalen Komponente, die auf den Schutz der Freiheitssphäre des Einzelnen abzielt, machte Dreier eine egalitäre und eine soziale Komponente im Menschenwürdekonzept aus. Das Festhalten an der Absolutheit der Würde jedoch helfe nicht weiter, wenn die Würde des Einen gegen die eines Anderen stehe. Der feste Konsens in Sachen Absolutheit der Menschenwürde sei sogar Grund für eine verbreitete Blindheit, welche die Sicht auf derartige Würdekollisionen verstelle.

Im darauf folgenden Gespräch machte Robert Spaemann deutlich, wie er den Gedanken einer „Würdekollision“ umgeht: Wo zwei Anerkennungsansprüche gegeneinander stehen, da helfe der Gedanke der Zumutbarkeit. Wir müssen dann beispielsweise fragen, ob es den Insassen des von Terroristen entführten Flugzeugs billigerweise zumutbar wäre, auf ihr Lebensrecht zugunsten anderer zu verzichten. Jedenfalls würde dieser Verzicht nicht mit der Verletzung ihrer Würde gleichzusetzen sein. So versucht Spaemann in den rationalen Diskurs auch jene Situationen einzubinden, in denen wir uns nach Horst Dreiers Szenario der Kollision, in der wir nur falsch handeln können, auf unsere „moralischen Intuitionen“ verlassen müssten.

Hinsichtlich der Zukunft der Menschenwürde machte Dreier drei Problemfelder aus: Zunächst beobachtet er umfangreiche Tendenzen einer Triadialisierung der Menschenwürde, wenn schon bei Kleinigkeiten dieses höchste Rechtsgut angeführt werde. Auch in Gerichtsentscheidungen werde dieser Entwertung durch inflationäre Anführung des Würdearguments Vorschub geleistet. Eine zweite Her-

ausforderung für die Zukunft sah Dreier in den Fragen rund um den Lebensanfang. Hier werde die Würde vorschnell zu einem „Allesproblemlöser“ stilisiert und dabei die Entscheidungsfreiheit des demokratischen Prozesses beschnitten. Man müsse zwischen dem „unorganisierten“ mensch-

lichen Leben befruchteter Eizellen und dem Individuum, dem die Würde zu kommen, unterscheiden. Die Geburt, mit der ein ansprechbares Gegenüber auftrete, stelle hier eine Zäsur dar. Vor geburtlich hingegen kenne das Recht lediglich ein abgestuftes Lebensrecht. Schließlich stelle auch die rechtliche

Regelung des Lebensendes ein Problem dar. Wird die Selbstbestimmung des Menschen feuilletonistisch kleingeredet, hat die Freiheit keinen Raum mehr. ■

Michael Spieker

Siehe Presseschau Seite 41-44

Mit dem Kino in den Krieg

Der Zweite Weltkrieg im Spiegel des Films

Am 1. September diesen Jahres jährt sich der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen, der zum Zweiten Weltkrieg führte, zum 70. Mal. Eine Tagung zeigte Filme aus Deutschland, der Sowjetunion, Frankreich und Tschechien, die den Krieg propagandistisch vorbereiteten oder in den letzten Jahren die Kriegsfolgen thematisierten. Das Seminar in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Jugend und Film machte deutlich, wie die Schatten des Weltkrieges bis heute auf Politik und Gesellschaft wirken.

Der Historiker Christian Hartmann vom Münchner Institut für Zeitgeschichte lieferte die historischen Grundlagen und gab einen konzentrier ten Überblick über die neueste For schung zum Kriegsbeginn und betonte dabei, dass anders als 1914 die Kriegsschuldfrage unumstritten sei. „Der Beginn des Zweiten Weltkrieges ist Ausdruck der Nazi-Eroberungspolitik.“ Oberstes Ziel sei ein „Raumkrieg im Osten“. Dabei interessierten nicht die Menschen und Völker, sondern nur ihr Land, so Hitler einmal selbst. Hartmann hält die „Raubkrieg these“, wonach der Krieg zur Stützung der deutschen Wirtschaft dienen sollte, für nicht haltbar.

Der Nürnberger Filmjournalist Herbert Heinzelmann schlug einen faszinieren den Bilderbogen von der UFA-Gründung noch während des Ersten Weltkrieges 1917 durch General Ludendorff, der erkannte: „Wir brauchen das Kino für die Propaganda“ bis zum Jahr 1939, in dem der Kino-Fan Goebbels das Machwerk „D 388“ drehen ließ. Heinzelmann zeigte Ausschnitte aus deutschen und internationalen Pro duktionen der Zwischenkriegszeit, die

sich zum Teil kritisch mit dem Krieg auseinandersetzen (so „Westfront 1918“, 1930 von Gustav Pabst gedreht oder die US-Produktion „Im Westen nichts Neues“, 1930 nach dem Roman

Jahr 1932, ebenfalls unter der Regie von Ucicky. In voller Länge wurde sein Film „Heimkehr“ von 1941 gezeigt, der mit völkischer Blut-und-Boden Ideologie, patriotischem Pathos und jenseits der historischen Fakten das Schicksal der „Volksdeutschen“ in Polen vor 1939 zum Thema hat und eine nachträgliche Rechtfertigung des Überfalls auf Polen darstellt.

Die Hauptdarstellerin Paula Wessely konnte nach dem Krieg ihre Karriere in Österreich und Deutschland ungehindert fortsetzen.



Filmszene aus Eisensteins „Alexander Nevski“ von 1938

von Erich Maria Remarque). Es fehlten aber auch nicht die Propagandafilme „Morgenrot“ (1932 von Gustav Ucicky) und „Triumph des Willens“ von Leni Riefenstahl (1934). Hier zeigten sich auffällige Parallelen zur Fridericus-Rex-Verfilmung „Das Flötenkonzert von Sanssouci“ aus dem

Der Slawist Hans Günther stellte den von Sergej Eisenstein 1938 gedrehten Film „Alexander Nevski“ vor. Eisenstein bekam nach öffentlicher Selbstkritik von Stalin den Auftrag und musste sich damit bewähren als Regisseur des sozialistischen Realismus. Sein Held, eine historische Fürstengestalt aus dem Russland des 13. Jahrhunderts, dessen Mythos bis heute ungebrochen ist, schlägt im Film die deutschen Ordensritter auf ihrem Vormarsch vernichtend. Tatsächlich wurde er vergiftet. Die Parallelen zur Situation im „Großen Vaterländischen Krieg“ nach dem Angriff auf die Sowjetunion sind nicht zu übersehen und Kino-Liebhaber Stalin sah sich gern als Nevski. ■

Michael Schröder

Wandel zur Wissensgesellschaft

Problem: Wir wissen immer weniger über sehr viel mehr

Mit der nahezu grenzenlosen Verfügbarkeit von Wissen durch neue Technologien wächst gleichzeitig das Nichtwissen. Dies ist nur eine der Herausforderungen, die die sogenannte Wissensgesellschaft an Politik und Wissenschaft stellt – Experten haben auf der Tagung „Die politische Gestaltung der Wissensgesellschaft“ verschiedene Problematiken beleuchtet.

Stefan Müller, der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ist sich sicher, dass die Wissenschaftspolitik an Bedeutung gewinnen wird: „Die Wissenschaftspolitik steht nicht so sehr im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung – zu Unrecht!“ sagte er. Zwar verwaltete das Forschungsministerium ein Budget von lediglich 10 Milliarden Euro – zum Vergleich: Im Sozialministerium sind es 180 Milliarden Euro. Doch im Gegensatz zum Sozialbereich herrsche im Forschungsressort weitgehende Gestaltungsfreiheit. Als große Herausforderung der forschungspolitischen Gestaltung macht Müller die Zukunftssicherung im internationalen Wettbewerb aus. Vor diesem Hintergrund fordert er unter anderem eine Flexibilisierung des Systems der Beamtenbesoldung für Spitzenwissenschaftler ein. Es müssten auch mehr Spielräume geschaffen werden für Kooperationen von Forschungseinrichtungen untereinander, sagte Müller.



Stefan Müller: Internationaler Wettbewerb als Herausforderung

pliziertheit der Lebensverhältnisse führe dazu, dass „die Menschen weniger von abstrakten, klugen Gedankengängen hören wollen, stattdessen möchten



Edzard Schmidt-Jortzig: „Ethische Beratung ist ein schwieriger Balanceakt“

sie sich emotional angesprochen fühlen“. Es werde für die Menschen zunehmend schwieriger, „überhaupt einen verlässlichen Pfad durch das dichte Gehölz“ von immerzu verfügbaren Expertenkenntnissen zu finden.

Angesichts der Auflösung fester Bindungen und der Änderung von Maßstäben ist, so Schmidt-Jortzig, ethische Beratung – wie sie auch der Deutsche Ethikrat vollzieht – hilfreich und sinnvoll. Allerdings müsse eine solche Beratung einen schwierigen Balanceakt bestehen: Einerseits sollen die Bedenken der Öffentlichkeit gegen das rasanten Fortschreiten der Lebensverhältnisse gehört und diskutiert werden, andererseits solle aber dessen Entstehung und Entfaltung nicht blockiert werden.

Auch Karsten Weber vom Institut für Informatik und Gesellschaft der TU

Berlin beschäftigte sich mit der Problematik der grenzenlos verfügbaren Informationen. Für die normative Bewertung des Umgangs mit Informationen müssten Fragen der Privatsphäre, der Korrektheit von Informationen, des geistigen Eigentums und der Barrierefreiheit geklärt werden.

Die Konflikte zwischen einzelnen Werten, die hier auftreten, sind nicht unbedingt neu, so Weber. Vielmehr lassen sich theoretische Bezüge zu antiken philosophischen Gesellschaftsentwürfen und der Zensur-Debatte und Rechtsprechung des amerikanischen Supreme Courts zum Ende des 19. Jahrhunderts herstellen.

„Die Menschen wollen Emotionen“

Edzard Schmidt-Jortzig, der ehemalige Bundesjustizminister und jetzige Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, warf Probleme der Wahrnehmung der Wissenschaft in der Gesellschaft auf. „Die Informationsquellen sind nahezu unbegrenzt, tatsächlich weiß man aber reichlich wenig“, sagte er. Die Kom-

Wissenschaft in Vielfalt fördern

Mit der Bedeutung der Wissenschaft in der Gesellschaft befasste sich der Soziologe Peter Weingart, Direktor des Instituts für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld. Er ging auf das schwierige Verhältnis zwischen Politikern als Vertreter der Bürger auf der einen und den Wissenschaftlern als Empfänger von Forschungsgeldern auf der anderen Seite ein. Denn die interne Steuerung des Wissenschaftsprozesses allein garantiere keine „gesellschaftliche Relevanz“. Dies allerdings ist von zentraler Bedeutung für Politiker, die wiedergewählt werden wollen.

Gegenüber politischen Maßnahmen wie der Exzellenz-Initiative des Bundes und der Länder ist Weingart skeptisch. Denn es sei grundsätzlich schwierig, Verfahren oder Akteure zu identifizieren, die in der Lage wären, die gesellschaftliche Relevanz der Wissenschaften zu bestimmen. Wenn man Innovation als bedeutenden Faktor in diesem Bereich ansieht, so würden sich auch daraus noch keine Vor-

gaben für die Politik ergeben: Denn Innovationskulturen würden sich Studien zufolge nicht mit den bisher eingesetzten Steuerungsmechanismen verändern lassen. Die politische Rhetorik von Innovation, Exzellenz und internationaler Konkurrenzfähigkeit erzeuge allenfalls Irritationen im Wissenschaftssystem. Weingart plädierte stattdessen dafür, die Gesellschaft offen für Veränderungen zu halten und die Wissenschaft in ihrer Vielfalt zu fördern.

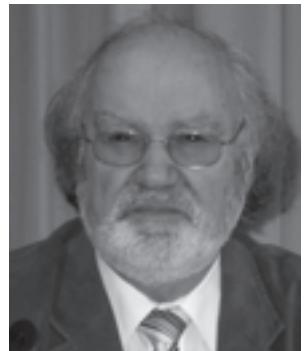
Historische Überlieferung sichern

Der Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Dietmar Willoweit betonte die Bedeutung der Geisteswissenschaften in diesem Zusammenhang. Denn ihr Gegenstand sei es, über das, was ist und uns unabänderlich vor Augen liegt, aufzuklären. Dazu gehörten insbesondere Personen und Ereignisse, die vom Menschen geschaffene geistige Welt, die Wissenschaftsgeschichte und Erkenntnisse der empirischen Sozialforschung. Aufgabe der Geisteswissenschaften sei es, die historische Überlieferung zu sichern, aber auch analytische Fragen nach den Gründen zu stellen. Doch oftmals würden die gän-

igen Begrifflichkeiten, mit denen die Geisteswissenschaften umschrieben werden, deren systematischen Ort im Wissenschaftssystem vernebeln. Er kritisierte, dass die Geisteswissen-



Peter Weingart: Skepsis gegenüber der Exzellenz-Initiative



Dietmar Willoweit: „Geisteswissenschaften sichern historisches Erbe“

Beispiel der Nano-Technologie deutlich. Derzeit finde in diesem Bereich – ein Nanometer entspricht einem Millionstel Meter – noch Grundlagenforschung statt. In die neuartige

Technologie werden neben medizinischen auch immense wirtschaftliche Hoffnungen gesetzt. Es geht dabei um Möglichkeiten wie Miniroboter im Körperinneren zur Überwachung des Gesundheitszustands und punktgenaue Medikation. Technikfolgenabschätzung könne in diesem Zusammenhang die positiven und negativen Visio-

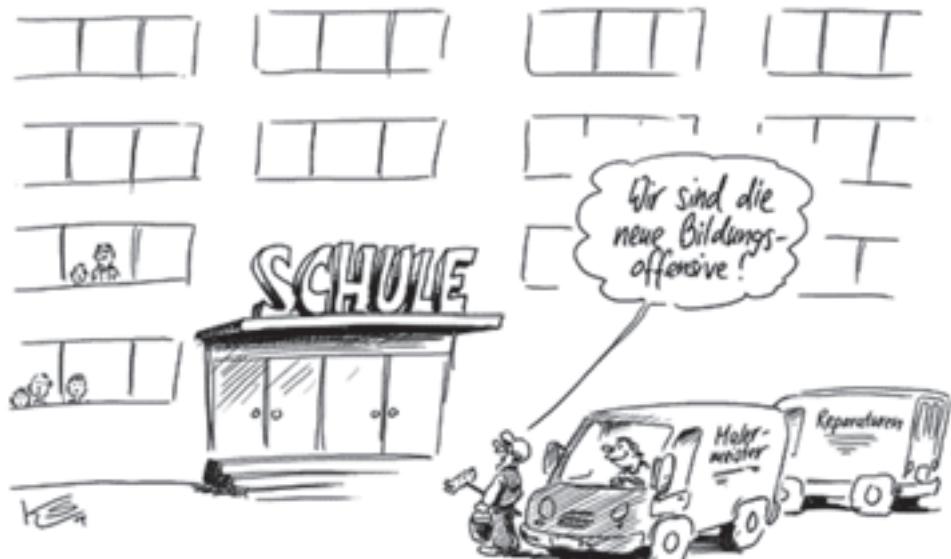
nien auf eine transparente und sachliche Grundlage stellen.

„Fortschritt der Nichtwissenskenntnis“

Einen düsteren Ausblick in die Zukunft der Wissensgesellschaft gab Dietmar Mieth, Lehrstuhl für Theologische Ethik der Universität Tübingen: „Wir wissen immer weniger über sehr viel mehr“, sagte er. Dabei würden wir

immer mehr Risikowissen anhäufen. Zur Transparenz der Wissenschaft gehöre daher neben der öffentlichen Information über Wissenskenntnis auch die Aufklärung über den „Fortschritt der Nichtwissenskenntnis“. Mieth sieht zunehmend ein Fortschrittsbündnis von Wissenschaft, Technik und Ökonomie. In Deutschland herrsche zwar noch so etwas wie „Forschungsfreiheitsromantik“, auf europäischer Ebene würden sich im Rahmen der Forschungsförderung jedoch immer stärker Nützlichkeitserwägungen durchsetzen. ■

Gero Kellermann



Zeichnung: Stuttmann

Wissenschaft und Politik – wenn die Nähe gefährlich wird

Nur noch wenige politische Probleme können ohne Rückgriff auf wissenschaftliches Wissen gelöst werden. Doch das Verhältnis von Wissenschaft und Politik kann auch problematisch werden. Peter Strohschneider ist Vorsitzender des Wissenschaftsrates und Lehrstuhlinhaber für Germanistik an der Universität München. Aus dieser Perspektive eines Grenzgängers zwischen Wissenschaft und Politik widmete er sich Aspekten der wissenschaftlichen Politikberatung.

„Die Wissenschaften beeinflussen kulturelle und technische Richtungen und Veränderungen massiv. Auch sind sie unverzichtbar bei der Bewältigung jener Probleme, welche die Einzelnen

sem „kalten Realitätsgestus“ der Politik entgegne die Wissenschaft dann gewohnheitsmäßig mit einer moralischen Replik. Zur Aufklärung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik würden, so Strohschneider, solche Dramatisierungen jedoch nicht ausreichen.

Wissenschaft und Politik seien „unterschiedene Sphären sozialen Handelns“ mit eigenen Beschreibungen dessen, was der Fall ist, mit eigenen Funktionsprämaten und Akteursinteressen. Bei aller Unterschiedlichkeit seien sie jedoch spezifisch aufeinander bezogen und instrumentalisieren sich gegenseitig. Die Politik brauche die Wissenschaft, um konkrete Sachinformationen zu erhalten. Darüber hinaus gehe es der Politik auch darum, die Wissenschaft für übergreifende, globale Deutungsszenarien zu bemühen (Beispiel Klimaschutz). Drittens suche die Politik auch gerade dann die Nähe zur Wissenschaft, wenn sie ihre Entscheidungen legitimieren will.

Unscharfe Systemgrenzen

Doch gerade das habe eine problematische Entwicklung zur Folge. Denn dadurch würden normative und evaluative Ordnungen scheinbar durch kognitive Ordnungen ersetzt: „Wo man früher ‚gut und schlecht‘ oder ‚geboten und verboten‘ sagen konnte, heißt es heute wahr oder falsch“, sagte Strohschneider. Für die Wissenschaft sei die aktive Nähe zur Politik nicht nur aufgrund der notwendigen Gewährleistung staatlicher Ressourcen von Be-



Über den Dialog von Wissenschaft und Politik: Peter Strohschneider
Fotos: Aimer

oder die Gesellschaft ohne die Wissenschaften nicht haben würde“, sagte Strohschneider. Dieser Hintergrund verändere auch das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, welches „einer der entscheidenden Zusammenhänge für die Entwicklung moderner Gesellschaften“ ist.

Strohschneider stellte die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten von Formen wissenschaftlicher Politikberatung. Kurt Biedenkopf habe einmal provokativ behauptet, dass es die eigentliche Funktion wissenschaftlicher Politikberatung sei, die Politik dort zu unterstützen, wo es dem Macht-erhalt dient, und die Politik nicht zu stören, wo es der Politik schade. Die-

Kurz gesagt:

Wissenschaftsrat

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder. Er hat die Aufgabe, Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Wissenschaft, der Forschung und des Hochschulbereichs zu erarbeiten sowie zur Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Wissenschaft in Deutschland im nationalen und europäischen Wissenschaftssystem beizutragen.

Der Wissenschaftsrat ermöglicht zu diesen Fragen einen kontinuierlichen Dialog zwischen Wissenschaft und Politik, denn in ihm wirken Wissenschaftler und Repräsentanten des öffentlichen Lebens gleichberechtigt mit den Vertretern von Bund und Ländern zusammen. Er ist eine Einrichtung der Politikberatung und ein Instrument des kooperativen Föderalismus zur Förderung der Wissenschaft in Deutschland. Der Wissenschaftsrat übernimmt damit eine doppelte Vermittlungsfunktion, nämlich zwischen Wissenschaft und Politik sowie zwischen Bund und Ländern. Er hat seinen Sitz in Köln.

www.wissenschaftsrat.de

deutung. Sie könne dadurch auch ihren Nutzen für die Gesellschaft verdeutlichen und durch Prestigegewinn symbolisches Kapital erwerben.

Strohschneider hält die beschriebene Entwicklung dort für problematisch, wo die Systemgrenzen unscharf werden: „Es wäre zu riskant und überfordernd, wenn die Gesellschaft auf das Schwinden des Politischen dadurch reagieren würde, der Wissenschaft kompensatorisch alle Entscheidungen zuzuweisen.“ Das demokratisch geregelte Austragen gesellschaftlicher Konflikte müsse die letzte Entscheidungsebene bleiben. ■

GK

„Exzellenz ist nicht von oben planbar“

Mehr Freiheit und Verantwortung für die Forscher: Der bayrische Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP) hat ein Plädoyer für die Wissenschaft gehalten.

Politiker sieht er nicht als die Hauptakteure im Bereich der Wissenschaftslandschaft: „Treibende Kräfte sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst, ich vertraue ihrer Kreativität und Gestaltungskraft“. Daher möchte Heubisch auch die Besten nach Bayern holen. Der Wissenschaft müssen Freiräume offenstehen, um ihr optimale Entfaltungsmöglichkeiten zu geben und Neugier und Forschergeist zur Entfaltung zu bringen.

Exzellenz sei nicht von oben planbar. Aufgabe der Politik sei es vielmehr, die passenden rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei gelte es, eingefahrene bürokratische Barrieren abzubauen.

Heubisch ist sich sicher, dass die Wissenschaftspolitik noch häufiger Gegenstand politischer Bildung sein

wird: „Die Wissenschaft wird immer mehr zur Basis dafür, dass wir unseren Wohlstand und unsere Reputation behalten können.“



Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch will bürokratische Barrieren abbauen

Für Heubisch liegt die Priorität von Wissenschaftspolitik darin, mehr Freiheit und Verantwortung auf die Hochschulen zu übertragen. „Der Staat muss und wird sich weiter aus der Detailsteuerung zurückziehen.“ Als Beispiel für mehr organisatorische Auto-

nomie nannte er den eingebrachten Gesetzentwurf, mit dem die Delegation des Berufungsrechts auf die Hochschulen ermöglicht wird. „Ich werde davon umfassend Gebrauch machen“, so Heubisch. Allerdings würden Vereinbarungen mit den Hochschulen über wichtige Ziele getroffen werden: hinsichtlich der Erhöhung des Frauenanteils und der Begrenzung der Zahl der Hausberufungen.

Potenziale sieht Heubisch in einer forcierteren Zusammenarbeit von Universitäten und Fachhochschulen. Er setzt sich dabei für kooperative Promotions ein, so dass man auch an Fachhochschulen einen Doktortitel erwerben kann: „Warum müssen ambitionierte Forscher aus den Fachhochschulen Bayern zum Promovieren verlassen, wenn Kapazitäten vor Ort vorhanden sind?“ fragte Heubisch.

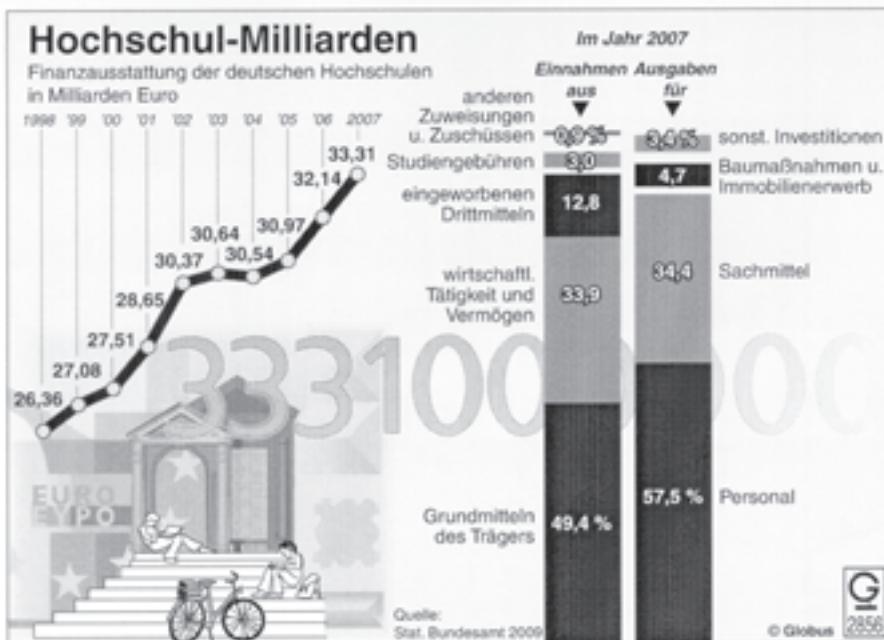
Keine Entwicklungschancen vergeben

Zudem müsse sich die Politik auch technischen Neuerungen wie der grünen Gentechnik gegenüber offen halten, um keine Entwicklungschancen

zu vergeben. „Eisenbahn und Automobil wurden zu Beginn auch von vielen Skeptikern verfeindet“. Ein weiterer verantwortungsvoller Umgang mit der grünen Gentechnik setze weitere Forschungen inklusive Freilandversuchen voraus. „Es kann nicht sein, dass grüne Gentechnik dann einfach nach Baden-Württemberg abwandert“.

Ethische Grenzen für den Umgang mit neuen Technologien seien natürlich im Rahmen der Gesetzgebung zu beachten. Diese Fragen müssten jedoch vornehmlich von der Wissenschaft selbst beantwortet werden. Den Geisteswissenschaften käme dabei eine „herausragende Bedeutung für die Bewertung ethischer Fragen und für die Einordnung immer rasanterer Entwicklungen“ zu. ■

GK



Grafik: GLOBUS Infografik GmbH

60 Jahre Grundgesetz: Streitfall Föderalismus

Symposion im Landtag bietet Historisches und Aktuelles

Fast genau 60 Jahre nach der Ablehnung des Grundgesetzes im Bayerischen Landtag im Mai 1949 kamen Wissenschaftler auf Einladung der Akademie und des Landtags zusammen, um sowohl noch einmal an Personen und Hintergründe der damaligen Entscheidung zu erinnern, als auch aktuelle Probleme und Herausforderungen des „Streitfalls Föderalismus“ zu diskutieren.

Die Mehrheit des Bayerischen Landtags hatte in einer dramatischen Marathonsitzung vom 19. auf den 20. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt – aus der Sorge heraus, der Föderalismus komme in der Verfassung zu kurz.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm erinnerte in ihrer Begrüßungsrede an die Bedenken des damaligen Ministerpräsidenten Hans Ehard (CSU). Dieser hatte befürchtet, das Grundgesetz stelle der Entwicklung zu einem erneut zentralistischen Staat zu wenig entgegen. „Immerhin haben zwei Franken aus der CSU-Fraktion für das Grundgesetz gestimmt“, sagte Stamm scherhaft.

„Fleisch gewordene Zivilreligion“

„Hans Ehard hat vieles von dem vorausgesagt, was wir heute als Aushöhung des Föderalismus erleben. Man hätte besser auf ihn hören sollen“, wertete Akademiedirektor Heinrich Oberreuter im nachhinein die Befürchtungen des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten. Oberreuter bezeichnete Ehard als „Erfinder des Bundesrats“. Seinem Einfluss und dem seiner Mitsstreiter sei das Mitbestimmungsrecht der Länder wesentlich zu verdanken. „Darin liegen auch die Wurzeln dafür, dass Bayern heute in Berlin etwas zu sagen hat“, betonte Oberreuter. Das Grundgesetz sei heute „die Fleisch gewordene Zivilreligion der Bundesrepublik“ und der Föderalismus damals wie heute der einzige ernsthafte Streitpunkt. Leidtra-

gende der aktuellen Entwicklung und Föderalismusreform seien die Landesparlamente. Die Macht der Länder sei zwar größer geworden, Profiteure davon seien allein die Landsregierungen.

Udo Wengst vom Institut für Zeitgeschichte rief die besondere Bedeutung des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee aus dem Jahr 1948 in Erinnerung. Die föderalistische Ordnung sei zwar von den West-Alliierten in den



Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und Landtagspräsidentin Barbara Stamm veranstalteten das Föderalismus-Symposion

Fotos: Schröder

Frankfurter Dokumenten vom Juli 1948 vorgegeben worden, aber die detailliertere Ausgestaltung sei Sache der deutschen Politiker gewesen. Dabei habe der Herrenchiemseekonvent wichtige Vorarbeiten geleistet und die Weichen gegen den Unitarismus der britischen Zone gestellt, wie er von Konrad Adenauer und Kurt Schumacher repräsentiert wurde. Die süddeutschen Politiker der amerikanischen Zone hatten vor allem Minister oder Staatssekretäre auf die bayerische Herreninsel geschickt, die mit großer Selbständigkeit auftra-

ten und bestens informiert debattierten. Die britische Zone dagegen war eher durch Beamte repräsentiert, die an Weisungen ihrer Regierungen gebunden waren und im Plenum weniger Beiträge lieferten. Nach süddeutscher Lesart sollten die Ministerpräsidenten als Ansprechpartner der Alliierten und nationale Repräsentanten auftreten. Adenauer und Schumacher sahen hier eher die Rolle der Parteien und ihrer Vorsitzenden.

Weimarer Unitarismus

Karl-Ulrich Gelberg von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften skizzerte bayerische Positionen in Bonn und München während der Entscheidungsjahre 1948/49: „Die bayerische Erinnerungskraft war vom Unitarismus der Weimarer Republik geprägt“, sagte der Historiker. Daraus speisten sich die Vorbehalte bayerischer Politiker gegenüber dem Grundgesetzentwurf des Parlamentarischen Rats. Festzuhalten aber bleibe, dass im Parlamentarischen Rat letztendlich mehr Bayern für das Grundgesetz gestimmt hätten. Von den sieben Ja-Stimmen stammten zwei aus der CSU, sechs Abgeordnete stimmten dagegen.

Anders die Verhältnisse bei der entscheidenden Abstimmung im Bayerischen Landtag im Mai 1949. Hans Ehard brachte seine Haltung auf die Formel: „Nein zum Grundgesetz, Ja zu Deutschland!“ Seinem taktischen Geschick ist es zu verdanken, dass die CSU zwar gegen das Verfassungswerk stimmte, aber dennoch mit großer Mehrheit die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes anerkannte, wenn

zwei Drittel der Landtage mit Ja gestimmt hätten. Doch diese „Doppelgesichtigkeit“ der CSU verfing nicht bei den Wählern: Bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 erlitt sie ein Fiasko und fiel auf 29,2 Prozent gegenüber 52,3 Prozent bei den Landtagswahlen von 1946 zurück.

Rudolf Morsey widmete sich ganz der heute häufig unterschätzten Person des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard (CSU). Ehard

Föderalismus als Ausweg

Der Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider (Hannover) meinte, dass in Zeiten der Globalisierung die vielfach beobachteten Tendenzen zu Regionalisierung und Dezentralisierung anzeigen, dass der Föderalismus Konjunktur habe. Häufig werde er als Ausweg aus der Unübersichtlichkeit einer globalisierten Welt gesehen. Auch die Wiedervereinigung von 1990 habe



Analysen zum gegenwärtigen Föderalismus bot die Runde mit Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Reinhold Bocklet, Roland Tichy und Hans-Peter Schneider (von links)

stand innerhalb der Union im Schatten Adenauers, der einen nicht gleichberechtigten Senat als Vertretung der Länder favorisierte. Schließlich brachte Ehard die Sozialdemokraten Adolf Menzel und Carlo Schmid auf seine Seite und erreichte so eine Mehrheit für einen Bundesrat mit eingeschränkten Kompetenzen. Dies wurde später als „Dolchstoß Ehards in den Rücken der CDU“ gewertet. Das Verhältnis von Adenauer zu Ehard sei von gegenseitigem Respekt gekennzeichnet, aber distanziert gewesen, urteilte der Historiker Morsey.

Sein Fazit: „Ehard handelte mit einem geschlossenen Konzept, von dem er schrittweise viel, aber nicht alles erreicht hat.“ Morsey mahnte an, dass es trotz vielfältigen Aktenmaterials immer noch keine Ehard-Biographie gebe.

Im zweiten Teil des Symposiums standen aktuelle Probleme und Herausforderungen des Föderalismus im Vordergrund.

durch die Schaffung von östlichen Bundesländern noch zu DDR-Zeiten den Föderalismus gestärkt, wenn auch die Verfassungsreform von 1994 unvollendet und steckengeblieben sei. An einer Modernisierung des Föderalismus und Stärkung der Landesparlamente habe der Bund kein Interesse, weil er eine Erosion der Kompetenzen nach oben (Europa) und unten (Länder) fürchte.

Für den Journalisten Roland Tichy, Chefredakteur der Wirtschaftswoche, ist der momentane Föderalismus bundesdeutscher Prägung zum Patronagesystem für wirtschaftliche Standortsicherungen verkommen. Er sieht die Globalisierung im Rückwärtsgang und eine Renationalisierung der Wirtschaftspolitik – deutlich sichtbar an Konjunkturprogrammen und Rettungsschirmen aller Art. Es gebe immer mehr nationale Regelung und Regulierung: „So gesehen haben wir einen starken Föderalismus“, sagte Tichy.

Der Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Reinhold Bocklet, viele Jahre selbst Agrar- und Europaminister, weiß ein Lied davon zu singen, „dass in der EU für die Länder kein Platz ist.“ Und zwischen den deutschen Bundesländern gebe es keine Einheit, weil „die Kleinen sich lieber an den Bund dranhängen“. „Aus bitterer Erfahrung“ analysierte der frühere Europa-Politiker Bocklet die Kompetenzabgrenzung und das errichtete „Frühwarnsystem“. Die Bundesländer seien zwar formal in die Gesetzgebung der EU eingebunden, aber die Praxis sei nicht besonders hilfreich. Acht Wochen vor der Beschlussfassung werden die Entwürfe den Landesparlamenten zur Kenntnis gegeben, die dann Zeit haben für Einwände: „Das funktioniert nicht und es soll auch nicht funktionieren“, sagte Bocklet. Das Ganze sei ein „riesiges Beschäftigungsprogramm für Parlemente“.

„Romanisches System“

Bocklet kritisierte, dass die Länderbüros keine Vertretungen im völkerrechtlichen Sinn seien und deswegen in Brüssel nicht genügend ernst genommen würden. Der Ausschuss der Regionen sei politisch nie wirklich gewollt gewesen und deshalb auch nicht besonders wirkmächtig. Die wenigsten EU-Mitglieder hätten eine föderale Struktur und würden deshalb nur ihre Kommunalpolitiker nach Brüssel entsenden. Da seien die informellen Kontakte schon sehr viel wichtiger: „Dieses romanische System muss man halt lernen.“ Eine besondere Rolle spielt dabei die Bayerische Vertretung bei der EU. Man habe sich allerdings in den letzten Jahren selbst geschwächt, weil die zuständigen Minister zu oft gewechselt wurden.

Bocklets Fazit: „Auf das Bedienen der offiziellen Wege in Brüssel bei der Durchsetzung bayerischer Interessen setze ich wenig Hoffnung. Besser ist es, die informellen Wege auszubauen.“ Er forderte Vertreter des Landtags als ständige Beobachter in der „Bayerischen Botschaft“. Und wenn die Informationskanäle ausgebaut seien, müsse der bayerische Europaminister länger im Amt bleiben, um die Kontakte optimal zu nutzen. ■

Michael Schröder

Bewahrer einer lebendigen Verfassung

Verfassungsgerichtspräsident Papier beim Akademiegespräch im Landtag

Was Karlsruhe darf und was nicht: Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier war Gastredner beim 36. Akademiegespräch im Bayerischen Landtag – nur wenige Stunden, nachdem das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung zum Vertrag von Lissabon verkündet hatte. Papier sprach zum Thema 60 Jahre Grundgesetz und äußerte sich in diesem Rahmen auch zu dem jüngsten Urteil.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag die Beteiligungsrechte des deutschen Parlaments im Bereich des europäischen Einigungsprozesses gestärkt. Die Karlsruher Richter entschieden, dass das Zustimmungsgesetz zum Lissabon-Vertrag zwar mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Allerdings ist das Begleitgesetz verfassungswidrig, weil dem Bundestag und dem Bundesrat darin keine ausreichenden Beteiligungsrechte eingeräumt würden.

Am Vormittag des 30. Juni gab der Zweite Senat diese Entscheidung bekannt, für den Abend hatte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, zur Diskussion in den Bayerischen Landtag eingeladen. 60 Jahre Grundgesetz war das Thema des 36. Akademiegespräches. Das spektakuläre Urteil, mit dem das Gericht vorerst den Ratifikationsprozess in Deutschland stoppte, war denn auch ein zentrales Thema des Abends.

Stärkere Beteiligung

Es sei ein Urteil, das sowohl politisch wie auch kulturell beispielhaft sei, befand Akademiedirektor Oberreuter in seiner Begrüßung. Zum einen, weil es die Karlsruher Entscheidung geschafft habe, dass zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Peter Gauweiler (CSU) und der Bundestagsfraktion der Linken kein Blatt Papier mehr passe. Zum anderen insbesondere aus folgendem Grund: „Ich glaube, dass die Entscheidung von heute unzulängliche Dichotomien auflöst.“

Hans-Jürgen Papier betonte in seinem Vortrag, dass das Urteil den Vorrang des parlamentarischen Gesetzgebers herausstelle: „Den Primat des Gesetzgebers als Gestalter der Politik aner-



Hans-Jürgen Papier erläuterte das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Foto: hai

kennt das Gericht, indem es eine stärkere Beteiligung der gesetzgebenden Körperschaften im Rahmen von europäischen Rechtsetzungs- und Vertragsänderungsverfahren und damit deren besondere Integrationsverantwortung einfordert“, sagte er.

„Das Zustimmungsgesetz ist verfassungsgemäß, das heißt, es gibt keine durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken“, erklärte Papier. „Die Bundesrepublik Deutschland bleibt bei Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ein souveräner Staat.“ Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts zitierte aus dem Urteil, in dem es unter an-

derem heißt: „Das Grundgesetz will eine europäische Integration und eine internationale Friedensordnung: Es gilt deshalb nicht nur der Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit, sondern auch der Grundsatz der Europa-rechtsfreundlichkeit.“ Das Grundgesetz ermächtigte somit den Gesetzgeber zu einer weitreichenden Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union. Dies stehe aber unter der Bedingung des Prinzips der begrenzten Einzelmächtigung.

Damit gebe das Bundesverfassungsgericht Verantwortung an die deutschen Gesetzgebungsorgane zurück, da das nationale Parlament konkret in jedem Einzelfall über Kompetenzübertragungen an die Europäische Union entscheiden muss. „Die Union besitzt nicht das Recht der Kompetenz-Kompetenz“, stellte Papier klar. Also die Möglichkeit, den eigenen Zuständigkeitsbereich zu Lasten eines anderen Organs auszudehnen. Neben dem parlamentarischen Gesetzgeber aber stärkt das Bundesverfassungsgericht mit dem Urteil auch die eigene Stellung gegenüber dem Europäischen Gerichtshof: Es behalte sich vor, zu kontrollieren, ob ein Rechtsakt der Europäischen Union „Ultra Vires“ sei. Gemeint ist damit die Prüfung, ob sich eine EU-Norm noch auf die per Einzelmächtigung übertragenen Hoheitsrechte berufen könne.

Großer Spielraum

Papier betonte in Zusammenhang mit dem Urteil die besondere Integrationsverantwortung der gesetzgebenden Körperschaft. Dies war zugleich seine Brücke zum eigentlichen Thema des Vortrags: 60 Jahre Grundgesetz und Karlsruhe als Hüter der Verfassung. „Das Grundgesetz hat sich nicht zuletzt deshalb so gut bewährt, weil es dem parlamentarischen Gesetzgeber einen großen Gestaltungsspielraum einräumt“, sagte Papier.

Die Wahrung der Gewaltenteilung durch das Bundesverfassungsgericht als Postulat stellte Hans-Jürgen Papier in den Mittelpunkt seiner Rede: „Wir bekommen immer wieder Briefe von Bürgern, die von uns verlangen, wir sollen diesen und jenen Minister absetzen“, berichtete Papier. Aber so gehe das eben nicht. „Die bekommen dann lediglich nette Briefe von uns zurück.“

Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts sieht Papier in der Konkretisierung und Fortentwicklung des Grundrechtsschutzes. Er plädierte für eine Verfassungsgerichtsbarkeit, die einem „unveränderten Bedürfnis der Menschen nach einer Herrschaft des Rechts“ Rechnung trage. Sinn des Verfassungsrechts sei es, „den Kernbereich der menschlichen Freiheit und Würde gerade auch angesichts massi-

ver gesellschaftlicher Veränderungen konkret zu benennen und justizierbar zu machen.“

Objektive Wertordnung

Neben der klassischen liberalen Abwehrfunktion der Freiheitsrechte gegenüber dem Staat habe das Gericht seit seiner Gründung im Jahr 1951 auch weitere Seiten der Grundrechte herausgearbeitet. Zur Verdeutlichung verwies Papier unter anderem auf das Lüth-Urteil aus dem Jahr 1958. In diesem Grundsatzurteil zur Grundrechtsdogmatik unterstrich das Gericht erstmals die Ausstrahlungswirkung der Grundrechte auf das Privatrecht, also die sogenannte Drittirkung, und konstituierte damit eine „objektive Wertordnung“ als Bestandteil des Grundgesetzes. Darüber hinaus nannte Papier das Grundrecht auf „Gewährleistung

der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“, mit dem Karlsruhe in seinem Urteil zu heimlichen Online-Durchsuchungen vom Februar 2008 bestehende Lücken schließen wollte und nun einen umfassenden Systemschutz garantiert, der weit über veröffentlichte Informationen hinausgeht.

„Weise Zurückhaltung“

In seiner Tätigkeit aber zeichne sich das Bundesverfassungsgericht vor allem dadurch aus, bei seinen Urteilen „weise Zurückhaltung zu üben“. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts führte den Grundsatz des „Judicial Self Restraint“ an und verteidigte die Vorteile dieser Konstruktion gegenüber der „Political Question Doctrine“ aus dem amerikanischen System, die es dem Supreme Court in den USA ermöglicht, Sachverhalte mit dem Hinweis abzulehnen, dass diese einer politischen Klärung bedürfen. Die Diskussion einer Political Question werde in Deutschland vermieden. Die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts ergebe sich allein aus Maßstäben des Verfassungsrechts, sagte Papier. Dass Urteile manchmal von der Politik sogar eingefordert und erwartet werden, stehe auf einem anderen Blatt.



Inhaltlich richtig, aber ...

Zeichnung: Tomicek

Der Vortrag von Hans-Jürgen Papier über „Das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit aus verfassungsrechtlicher Sicht“, den er im Mai 2008 auf unserer Akademietagung „Freiheit und Sicherheit – Verfassungspolitische Dimensionen“ gehalten hat, wurde vom Deutschen Hochschulverband in den Almanach „Glanzlichter der Wissenschaft“ (2008) aufgenommen.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts sparte mit Blick auf die beiden anderen Gewalten im Staat – Exekutive und Legislative – aber auch nicht mit Lob: Zwar würden die Eingangszahlen von Verfassungsbeschwerden permanent steigen. Doch die Erfolgsquote liege bei lediglich 2,5 Prozent. „Das heißt, die allermeisten Grundrechtsprobleme werden in diesem Land also bereits von Exekutive und Legislative erkannt und bewältigt“, sagte Papier. Darauf könne Deutschland stolz sein. ■

Kathrin Haimerl

Qualität als Radio-Strategie

Die 6. Tutzinger Radiotage blicken in die digitale Zukunft

Radio als Vorbei-Medium – das ist sicher eine überspitzte Deutung, wie sie nur einem Kabarettisten wie dem Frankfurter Autor Rainer Dachselt einfallen kann. Aber Tatsache ist: In der Konkurrenz mit dem Internet müssen sich Radiomacher etwas einfallen lassen, wenn sie Hörer – gerade die jüngeren – nicht dauerhaft verlieren wollen. 50 Hörfunkjournalisten aus ganz Deutschland von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern diskutierten „Qualität als Zukunftsstrategie“. Die Radiotage wurden gemeinsam mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt.

Der Public Value-Test, das Dreistufenverfahren, das die Online-Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten seit Inkrafttreten des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags durchlaufen müssen, hat auch eine intensive Diskussion der Rundfunkräte über Qualitätsbewertung und Sicherung in Hörfunk und Fernsehen ausgelöst.



Medienkritiker Volker Lilienthal:
„Relevanz muss von der politischen Wirklichkeit ausgehen, nicht von Hörerwünschen.“

löst. Bis Ende November soll ein erster Entwurf für einen ARD-Leitfaden zur Qualitätsbewertung entwickelt werden. „Ein wichtiger Schritt“, meint Volker Lilienthal, seit Juli Professor für Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg. Der erfahrene Journalist und Medienkritiker mahnte die anwesenden Programmamacher: „Stellen Sie sich darauf ein, dass die Politik ir-

gendwann auf die Idee kommt, den Test auch auf die herkömmlichen linearen Programme im Radio und Fernsehen anzuwenden.“

Mit einem deutlichen Wink an die sogenannten Begleitprogramme im öffentlich-rechtlichen Hörfunk meinte Lilienthal: „Wo Relevanzbeiträge über Politik und Gesellschaft, zu Kultur und Wirtschaft nur noch als Spurenlemente vorhanden sind, lässt sich eine Gebührenfinanzierung schwer rechtfertigen.“ Und weiter: „Relevanz muss von der politischen Wirklichkeit ausgehen, nicht von Hörerwünschen.“ Er forderte ein „Zurück zum die Welt interpretierenden Journalisten, der hilft zu verstehen“. Qualitätvoll sei es jedenfalls nicht, wenn Journalisten nur noch „Stimmen sammeln zum Illustrieren der eigenen Thesen.“

Hans-Dieter Hillmoth, Geschäftsführer und Programmdirektor des hessischen Privatsenders Hitradio FFH, meinte, sein Sender habe „trotz Medienpolitik“ Erfolg. Das Radio sei ein Stiefkind und bei der Medienpolitik keine klare Linie erkennbar. „Sie ufert krakenhaft aus und ist nur dazu da, um uns auf den Fuß zu treten“, sagte Radiomanager Hillmoth, der auch Vizepräsident des Privatfunkverbands VPRT ist. Mark Jan Eumann, SPD-Medienpolitiker und WDR-Rundfunkrat, wandte sich gegen eine „Detailverliebtheit“ der Politik und forderte stattdessen: „Leitplanken setzen. Ich will wissen, wohin die Reise des Radios im digitalen Zeitalter geht.“ Radio könne keine analoge

Insel in der digitalen Welt bleiben. Beide waren sich einig, dass ein Abschalten der UKW-Frequenzen im Jahr 2015 unrealistisch sei. Auch auf die Einschätzung des digitalen Radio-Versuchs DAB („Dead and Buried“) als Fiasko und „kaum genutztes Millionengrab“ konnten sich die Diskutanten verständigen. Eumann forderte verbraucherfreundliche Hy-



Radiomanager Hans-Dieter Hillmoth: Erfolg trotz Medienpolitik
Fotos: Schröder

brid-Geräte, die alte und neue Technologien ermöglichen. Hillmoth sagte, die Medienpolitik müsse aufpassen, dass ein ausgewogenes duales System erhalten bliebe. SPD-Mann Eumann will, dass sich die Politik um die Verhinderung vorherrschender Meinungsmacht auf dem Medienmarkt kümmert: „Ein deutscher Berlusconi darf nicht entstehen.“ ■

Inge Seibel-Müller /
Michael Schröder

Siehe Presseschau Seite 46

Linktipp:
<http://www.bpb.de/themen/6CEJPI>

Ein weiterer Bericht folgt im nächsten Heft

Strategien im Superwahljahr

Informationsreise für bayerische Journalisten nach Berlin

Einen Blick hinter die Kulissen der Hauptstadt mit zahlreichen Experten aus den Bereichen Politik, Demoskopie und Medien bot eine Journalistenreise der Akademie nach Berlin. 18 Vertreter bayerischer Medien trafen sich mit Politikern und Journalisten. Im Vorfeld des Wahlmarathons 2009, für den sich die Verantwortlichen in Politik und Medien schon warm laufen, lieferten zahlreiche Hintergrundgespräche genügend Stoff für zukünftige Berichte über Parteitage, Kampagnen und Medienstrategien. Es wurde deutlich: Keiner der führenden Politiker der beiden Volksparteien will die Fortsetzung der Großen Koalition, doch das Wahlergebnis könnte dazu zwingen.

Die CDU setzt ganz auf die Popularität der Kanzlerin und wird erst nach den Landtagswahlen Ende August die heiße Phase der Kampagne einläuten.



SPD-Generalsekretär Hubertus Heil kämpft für neue Mehrheiten Fotos: Rücker



CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer: schwieriger Partner in der Regierung



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla will eine schwarz-gelbe Regierung

wältigung der Wirtschaftskrise das Hauptthema der Auseinandersetzung werden wird. Es wird spannend zu sehen, ob Angela Merkel ihre Beliebtheit auch in Stimmen für ihre Partei ummünzen kann, die derzeit noch bei rund 36 Prozent verharrt. Interessant auch, dass Die Linke offenkundig nicht von der Krise profitiert, sondern eher die FDP.

Rennen noch offen

Einig waren sich alle, dass Prognosen über den Wahlausgang noch nicht abgegeben werden können und das Rennen noch offen sei. Für die Stimmungslage der Bevölkerung und damit für die Wahlentscheidung seien die wirtschaftliche Situation – insbesondere die Arbeitslosigkeit – und die Signale der Europa- und Landtagswahlen. ■

Michael Schröder

Siehe Presseschau Seite 45

Die Gesprächspartner:

Tissy Bruns, Chefkorrespondentin „Tagesspiegel“

Klaus Ernst MdB, stv. Fraktionsvorsitzender Die Linke

Mathis Feldhoff, Korrespondent ZDF-Hauptstadtstudio

Hubertus Heil MdB, SPD-Generalsekretär

Richard Hilmer, Geschäftsführer infratest dimap

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB, Landesvorsitzende der bayerischen FDP

Ronald Pofalla MdB, CDU-Generalsekretär

Florian Pronold MdB, Vorsitzender der BayernSPD und der SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Dr. Peter Ramsauer MdB, CSU-Landesgruppenvorsitzender im Deutschen Bundestag

Claudia Roth MdB, Bundesvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen

Franziska Stasik, stv. Redaktionsleiterin „Anne Will“

Dr. Thomas Steg, stv. Regierungssprecher

Ulrich Wilhelm, Staatssekretär und Regierungssprecher

Bedrohte Mittelschicht – gefährdete Demokratie?

Die Mittelschicht ist eine von der Politik heiß umkämpfte und für besonders wichtig erachtete soziale Gruppe, was der jetzige Bundestagswahlkampf 2009 belegt. Fast alle Parteien sehen in der Mittelschicht eine Stütze der Demokratie und die wirtschaftliche Leistungskraft unseres Landes. Dennoch werden die Klagen lauter, dass gerade sie entgegen allen Beteuerungen und Absichtserklärungen von der Politik vernachlässigt wird.

Die Angst vor dem sozialen Abstieg kennzeichnet das Lebensgefühl vieler Mittelschichtfamilien. Doppelbelastung durch Beruf und Familie, stagnierende Einkommen durch die „kalte Progression“ sowie Fragen der schulischen und beruflichen Ausbildung sind einige der brennenden Probleme, die auf der Tagung von Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachdisziplinen sowie Verbandsvertretern thematisiert wurden.

Der Soziologe Stefan Hradil von der Universität Mainz betonte, dass in Deutschland die Einkommensungleichheit lange Zeit nur langsam zunahm, sich aber zwischen 1985 und 2005 beschleunigte. Dementsprechend steige die Zahl der Menschen, die soziale Unterstützung erhielten. Noch liege das Ausmaß der Einkommensungleichheit unter dem Durchschnitt der OECD- und EU-Länder. Die Einkommens-, aber auch die qualifizierte Dienstleistungsmittelschicht nehme ab. Dies sei insofern bedenklich, als sie den Kern moderner Wissensgesellschaften darstelle. Zwar würden die Chancen wachsen, aus der gesellschaftlichen Mitte in höhere Einkommensbereiche aufzusteigen, gleichzeitig habe die Möglichkeit zugenommen, sozial abzusteigen.

Gefühlte Ungerechtigkeit

Die Ängste vor Arbeitsplatzverlust nähmen – so Hradil – zu, obwohl in diesem Segment der Gesellschaft die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig sei. Allerdings würde länger und

intensiver gearbeitet und der Druck wachse. Dies erkläre die zunehmenden Ängste. Viele Beschäftigte in der qualifizierten Mittelschicht halten ihre Einkommen für immer weniger gerecht. Es



Stefan Hradil: Steuern und Abgaben werden als zu hoch empfunden
Fotos: Brandt

sind weniger die Brutto- als die Nettoeinkommen, die als ungerecht angesehen werden. Mit anderen Worten: Steuern und Abgaben werden als zu hoch empfunden.

Mittelschicht schrumpft

Der Aufstieg in die Mittelschicht sei durch schwierig zu erreichende Qualifikationen deutlich erschwert, vom Abstieg aber seien immer mehr Familien betroffen. Dadurch schrumpfe die Mittelschicht und der Zusammenhalt der Gesellschaft schwinde. Defensivhaltung und Verdrossenheit breiten

sich aus, vor allem in der Arbeiterschaft. Die Mittelschicht definiere sich jedoch nicht nur nach ihrer Einkommenslage, sondern umfasse ein breiteres soziales Selbstverständnis. Bildung spiele dabei eine zentrale Rolle. Stefan Hradil ging darauf ein, wie die Politik auf diese ungünstigen Entwicklungen reagieren soll. Absichernde und umverteilende Maßnahmen wirkten meist nicht nachhaltig. Die beste Sozialpolitik sei deshalb eine bessere Bildungspolitik. Dies bestätigte der Soziologe Armin Nassehi von der Universität München.

Einkommensschere

Eine statistische Untermauerung der zunehmenden sozialen Ungleichheit lieferte Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsfor-



Markus Grabka: Erosion der „Normalarbeitsverhältnisse“

schung (DIW) in Berlin. Er wertet Daten des seit 1984 bestehenden „Sozioökonomischen Panels (SOEP)“ aus. Die Ursachen für die zunehmende Einkommensschere in der Gesellschaft sah Grabka in einer sich verändernden Haushaltsstruktur. So sei die Zahl der Ein-Personen-Haushalte und Alleinerziehenden gestiegen. Beide Gruppen besäßen ein grundsätzlich

höheres Armutsrisiko. Ähnlich wirke die Zunahme von Scheidungen. Auch verhindere die stärkere Neigung zu bildungähnlichen Partnerschaften die Möglichkeit einer stärkeren Diffusion zwischen sozialen Gruppen: „Ärzte heiraten keine Krankenschwestern mehr!“ Das selektive Zu- und Abwanderungsverhalten verstärke diese Prozesse, denn Deutschland verlassen mehr qualifizierte Erwerbspersonen als zuwandern.

Weitere Gründe für die zunehmende soziale Differenzierung sah der DIW-Forscher in Veränderungen des Arbeitsmarktes. Abgesehen von der zunehmenden Arbeitsplatzunsicherheit sei eine Erosion der „Normalarbeitsverhältnisse“ zu beobachten, denn Teil-, Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse nähmen zu. Die Politik verschärfe durch die Steuerstruktur („kalte Progression“) sowie die Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze) teilweise die soziale Schieflage. Insgesamt drohe der soziale Konsens in Gefahr zu geraten.

Resignative Empörung

Mehr essayistische Impressionen aus der Mittelschicht präsentierte Marc Beise, Leiter der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung. Letztlich breite sich in der Mittelschicht eine resignative Empörung aus, denn trotz verbaler Versprechen würden den stei-



Christine Henry-Huthmacher: Erheblicher Bildungs- und Erziehungsdruck auf Mittelschichtfamilien

genden Abgaben nicht entsprechende staatliche Leistungen entgegenstehen. Da die Politik sich verweigere, müßten die Bürger eigene Wege gehen und letztlich über Eigeninitiative ihre Bildungschancen verbessern.

Christine Henry-Huthmacher von der Konrad-Adenauer-Stiftung beschrieb anschaulich den Spagat, den Mittelschichtfamilien zwischen Elternpflicht und beruflicher Karriere täglich vollbringen müssen. Auch ihren Ausführungen lag eine Studie zugrunde, die Änderungen in der Sozialstruktur analysierte. Sie arbeitete auch die differierenden Rollenbilder in unterschiedlichen Segmenten der Mittelschicht heraus. Erheblicher „Bildungs- und Erziehungsdruck“ laste aber auf allen Mittelschichtfamilien, so die Sozialforscherin. Vielfach werde eine nicht zufriedenstellende Vereinbarkeit von Familie und Beruf konstatiert. ■

*Wolfgang Quaisser /
Jürgen Weber*

Siehe Presseschau Seite 40



Zeichnung: Stuttmann

Die Sorgen der Kommunen vom Klimaschutz bis zur Katastrophen-PR

Die Zukunftsaufgaben der Kommunalpolitik standen im Mittelpunkt des ersten „Kommunalpolitischen Forums“. Diese Tagungsreihe hat die Akademie in Kooperation mit dem Bayerischen Städtetag begründet. Kommunalpolitische Entscheidungsträger aus ganz Bayern diskutierten miteinander über den Kommunalen Finanzausgleich, globalen Klimaschutz als gemeindliche Aufgabe und kommunale Öffentlichkeit.

Eröffnet wurde die Premiere mit einem Vortrag des bayerischen Finanzministers Georg Fahrenschon über die Zukunft des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) in Bayern. Durch dieses Instrument werden Landesmittel auf die Gemeinden verteilt, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können und eine angemessene Umverteilung im



Finanzminister Georg Fahrenschon: „Finanzausgleich neu justieren“

Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Kommunen erreicht werden kann. Fahrenschon verwies auf die ausgeprägte und vielfältige kommunale Landschaft in Bayern, die maßgeblich zur Attraktivität des Freistaats beiträgt. Insgesamt hält er das bestehende Ausgleichssystem im Ergebnis für relativ ausgewogen, auch wenn es im Laufe der Jahre ein Stück weit undurchsichtig und komplex geworden sei.

Der KFA sei angesichts neuer und wechselnder Aufgaben permanent neu zu justieren und an die wechselnden

Verhältnisse anzupassen. Dies sei eine besondere Herausforderung, zumal sich im KFA die Spannungsfelder zwischen Städten, Kleinstgemeinden, Ballungsräumen, Kreisen und kreisfreien Städten widerspiegeln. Die dynamische Ausgestaltung des Finanzausgleichs müsse daher in besonderer Weise pragmatisch und, wie in der Vergangenheit geschehen, auf Grundlage von einvernehmlichen Lösungen der zuständigen Ministerien mit der „kommunalen Familie“ erfolgen.

Thiess Büttner vom Münchener ifo-Institut, gab einen Überblick über die raumwirtschaftlichen Zusammenhänge mit Blick auf die Unterschiede von Stadt und Land, die für den KFA von grundlegender Bedeutung sind. Die Verschiedenheiten, die sich je nach Gemeinde auftun, seien beträchtlich. Dies betreffe zum Beispiel die Einwohnerdichte. Diese reicht in der Bundesrepublik von 4000 Einwohnern pro Quadratkilometer in München bis zu 40 Einwohnern pro Quadratkilometer an der Müritz in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Koexistenz von weniger und dichter besiedelten Gebieten sei, so Büttner, aus verschiedenen ökonomischen Gründen plausibel und führe zu Effizienzgewinnen. Städte geben zwar mehr Geld aus, sind dabei aber effizient. Es kommt dabei zu sogenannten Spillover-Effekten: Wenn München einen Zoo hat, dann kommen auch Leute außerhalb Münchens in die Stadt und nutzen die Vorteile. Durch den KFA kann man einen Ausgleich der wichtigen Koexistenz von städtischen und

ländlichen Räumen organisieren, zum Beispiel einen in bestimmten Konstellationen ineffizienten Steuerwettbewerb in Grenzen halten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wies der Bürgermeister von Prien am Chiemsee, Jürgen Seifert, auf die Reformbedürftigkeit des Länderfinanzausgleichs hin, der die finanzielle Wurzel für den KFA darstellt.

Fairer Ausgleich

Die Verwaltungshaushalte der Kommunen seien weitaus mehr belastet als sie durch den Länderfinanzausgleich entlastet würden. Hinsichtlich des KFA erinnerte er an den wachsenden Einfluss der regional höchst unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen. Diese sollten im Sinne eines fairen Ausgleichs zwischen den Kommunen stärker berücksichtigt werden. Der Vorsitzende des Bayerischen Städ-



Regensburgs OB Hans Schaidinger: „Wir müssen mit den Webfehlern leben“ Fotos: Aimer

tetags Hans Schaidinger, Oberbürgermeister von Regensburg, verwies auf die Komplexität des KFA, den der Bayerische Verfassungsgerichtshof seiner Ansicht nach zu Recht kritisiert habe. Die Hoffnung, dass der KFA durch Vereinfachung transparenter würde, teilt Schaidinger jedoch nicht. Mangels eines objektiven Berechnungsverfahrens herrsche letztlich das

Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners. Dies sei jedoch im Sinne des Miteinanders der verschiedenen Kommunen „nicht das Falscheste“. Daraus resultiere nun einmal, dass „wir mit einer Reihe von Webfehlern leben müssen“.

Als weiteres Zukunftsthema der Kommunalpolitik wurde die Frage des Klimaschutzes behandelt. Josef Deimer, Altoberbürgermeister der Stadt Landsberg und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags, befasste sich mit der Verantwortung der Städte und Gemeinden in diesem globalen Problem-



Alt-Oberbürgermeister Josef Deimer plädierte für individualisierte Arbeitszeiten

feld. Deimer betonte die moralischen Dimensionen des schädlichen Umgangs mit der Natur und dessen negative Rückwirkung auf die Menschen.

Kommunen und Klimaschutz

Die Kommunen würden sich „von dem alten Reflex, Umweltschutz könne man sich gerade in Zeiten der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht leisten, nicht beirren lassen“. Zu den Zukunftskonzepten, die Deimer für besonders bedenkenswert hält, gehört ein radikales Umdenken in der Landesentwicklung und Raumordnung. Dies müsse in einer Stadtplanung münden, „die durch Ästhetik und Natürlichkeit Gemeinschaft kreiert.“ Außerdem plädierte er für einen Zeitstrukturwandel. So könne eine Individualisierung von Arbeitszeiten auch zu einer Individualisierung der Verkehrsströme führen.

Klaus J. Beckmann, Institutsleiter und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu, Berlin) hob hervor, dass bei den Diskussionen über nachhaltige Entwicklung im Bereich des Klimaschutzes die sozialen, ökonomischen und kulturellen Implikationen nicht vergessen werden dürfen. Zu einem ganzheitlichen Konzept würden auch das soziale und geistige Wohlbefinden der Menschen sowie die ökonomischen Vorteile gehören. So könne Klimaschutz durchaus in konkurrenzfähige neue Produkte münden, wofür Innovationen aus dem Bereich der Wind- und Solarenergie einschlägige Beispiele seien. Das Engagement der Kommunen im Bereich Klimaschutz sei zum einen Ausdruck der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung, aber auch durchaus Eigennutz. Somit würden nämlich die An-

ment und eine ebensolche Pressebegleitung steht und fällt mit der Professionalität“, so Heitmeier. Auf Grundlage seiner Erfahrungen mit „plötzlich in Heerscharen auftauchenden Journalisten“ nach dem Einsturz der Eisbahn im Januar 2006 unterstrich Heitmeier nachdrücklich, dass bereits weit vor solchen Krisen akribische Handlungsanleitungen für Katastrophenzenarien entworfen werden müssten. Da gerade in kleineren Städten eine professionelle Unterstützung von Medienexperten nicht stabsmäßig vorhanden ist, müsse man gegebenenfalls kurzfristig Sachverstand zu Rate ziehen können. Zu einer professionellen Medienarbeit gehöre auch, die Persönlichkeitsrechte der Opfer und der vom Unglück Betroffenen sowie des betroffenen Personals vor Medienbesuchen zu schützen.

„Politik und Medien müssen sich auf Augenhöhe begegnen“

Johann Pirthauer

forderungen reduziert, die sonst bei der Bewältigung der Klimawandelprobleme entstehen würden, wie Beckmann auf Grundlage von aktuellem Zahlenmaterial ausführte.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Peter Deml, dem ehemaligen Vorsitzenden der EON Bayern AG, Matthias Ottmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Südhausbau und Oberbürgermeister Thomas Thumann (Neumarkt i. d. Oberpfalz) wurden die referierten Aspekte aus verschiedenen Blickwinkeln erörtert und die Aufgaben für die Praxis analysiert.

Pressearbeit bei Katastrophen

Der dritte Komplex des Forums widmete sich der Frage des Wechselspiels von Kommunalpolitik und Medien. Welche überraschenden Anforderungen sich für Bürgermeister in Extremsituationen auftun können und welche Vorbereitungsmöglichkeiten es gibt, erörterte Wolfgang Heitmeier, Altoberbürgermeister von Bad Reichenhall. „Ein angemessenes Krisenmanage-

Der Alltag des Verhältnisses von Lokalpolitik und -medien stand im Mittelpunkt einer Podiumsrunde, in der beide Seiten ihre Erfahrungen diskutierten. Der Landtagsabgeordnete Paul Wengert (SPD), vormals Oberbürgermeister von Augsburg, mahnte kritisch an, dass scheinbare Randthemen wie der sich hinziehende Genehmigungsantrag eines Fahrrad-Taxi-Unternehmers und die Regulierung der Obstauslagen auf einem Großmarkt oftmals zu beherrschenden Themen der Lokalberichterstattung würden.

Der Chefredakteur der Frankenpost, Johann Pirthauer, verwies dagegen auf Beispiele der Einmischung von Lokalpolitikern in die Berichterstattung. „Es gibt Politiker, die bei unangenehmer Berichterstattung gleich zum Telefonhörer greifen und die Entlassung von Journalisten fordern“, berichtete Pirthauer. Politik und Medien müssten sich auf Augenhöhe begegnen. Dazu beitragen könnten etwa ein Pflichtpraktikum von angehenden Journalisten in Rathäusern und Einblicke von Politikern in die alltägliche Arbeit der Journalisten. ■

Gero Kellermann

Islam mit Verstand

Die Prinzipien des Islam standen im Mittelpunkt einer Tagung über „Vernunft, Recht und Staat im Islam“. Dabei ging es um den inneren Begründungszusammenhang des Islam sowie um den ihm gemäßen Ausdruck. Seine Kenntnis ist die Voraussetzung dafür, zwischen rechtmäßiger und lediglich ideologischer Berufung auf den Islam zu unterscheiden. Angesichts vielfach verstörender Phänomene, die heute generalisierend „dem Islam“ zugerechnet werden, ist diese Kenntnis besonders wichtig. Ohne sie wird man leicht von Zerrbildern beherrscht, die vielfach den Konflikt erst befeuern, der von ihnen vorgezeichnet wird.

Weisheit und Wissenschaftsskepsis

Hartmut Bobzin, Orientalist aus Erlangen, eröffnete mit einer historischen Beschreibung der Herrlichkeit Bagdads aus der Feder des Historikers Al-Yaqubi. Wie das sagenumwobene Al-Andalus dient Bagdad bis heute in der islamischen Welt vielfach als Referenzpunkt der vergangenen Größe. Diese bestand ganz wesentlich in der hohen Entwicklung der Künste und der Wissenschaften.

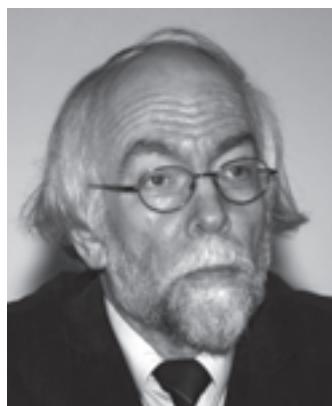
„Nützliche“ Wissenschaften wie die Medizin waren mit der neuen religiösen Wissenschaft des Koran offenbar gut zu vereinbaren. So wurde etwa die hippokratische Medizin auf diesem Wege überliefert und bis in die europäische Neuzeit hin ein dienten Schriften des Arztes ar-Razi (Rhases) auch in Europa als Lehrbücher. Bezeichnenderweise wurden diese und andere Schriften jedoch erst im christlichen Europa gedruckt. Denn die islamische

Welt hatte sich von einem bestimmten Zeitpunkt an von der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung abgekoppelt. Mit der Lehre Al-Ghazzalis (Algazel) kann dieser Umschwung datiert werden: Er unterschied zwischen nützlichen und unnützen Wissenschaften nicht mehr im Blick auf das irdische Leben, sondern mit Blick

auf das ewige Heil. Er begründete damit eine Wiederbelebung der Wissenschaften von der Religion und läutete das Ende der Einheit von Forschung und Lehre an den frühesten Universitäten ein.

Koran-Hermeneutik

Ömer Özsoy, Stiftungsprofessor für Islamische Religion in Frankfurt am Main, deutete ebenfalls auf das 12. Jahrhundert als Wendepunkt in der Geschichte des Islam. In der Koran-



Hartmut Bobzin: Abkopplung des Islam von Wissenschaft und Technologie



Ömer Özsoy: Koran ursprünglich als Problemlöser gedacht
Fotos: Aimer

auslegung setzte sich die Schule der Schafi'iten an den Medressen, dem orientalischen Äquivalent der mittelalterlichen Kathedralschule, durch. Die Politik habe sich mit dieser Tradition „gut befreunden können“, denn sie brachte eine Dogmatisierung der Koranauslegung mit sich, die nun mehr autoritativ verwaltet wurde, während

sie bis auf diese Zeit hin in einer dialogischen Interpretation stattfand, die den Verstand des Einzelnen zu ihrer Grundlage hatte.

Der Koran selbst sei aber als ein Dialog angelegt, denn er antwortet jeweils auf konkrete Fragen der Adressaten. Seine Geschichtlichkeit macht die hermeneutische Herangehensweise zur Bedingung einer fruchtbaren Lektüre. Doch das zeitgenössische islamische Denken interpretiert die Texte weithin nicht gemäß den veränderten Bedingungen, sondern es deutet den Text als starren Korpus. In dieser Lesart kämen übrigens islamische Fundamentalisten und westliche Islamkritiker überein. Der Zustand der islamischen Welt zeige, dass mit einer statisch-dogmatischen Lesart keine Probleme gelöst würden. Als „Problemlöser“ sei der Koran aber ursprünglich gesandt worden. Anleiten wollte er nämlich, so Özsoy, „zum Schutz von Leben, Eigentum, Vernunft, Glauben und menschlicher Generation“.

Aufgeklärter Islam

Für den Menschen zeigt sich die Wahrheit im Unterschied zwischen Wahrem und Falschem. Für Gottes selbstreflexive Wahrheit hingegen gibt es keinen Unterschied zu anderem Unwahrem. Entsprechend lässt die göttliche Wahrheit für uns keinerlei Anwesenheit bei sich zu. Wahrheit, so

Bernhard Uhde, Religionswissenschaftler aus Freiburg, sei daher bei Gott allein. Der wahre Gedanke Gottes kann vom Menschen nur wiederholt, nicht aber verstanden werden. Der erste für den Menschen zu erkennende Sachverhalt ist, dass er am Unterschied erkennt. Und so ist im Selbstverständnis des Islam seine

Wahrheit in der Unterscheidung von Judentum und Christentum zu erkennen. Im Unterschied zum Islam seien diese nämlich beide widersprüchlich, da das Judentum den universalen Gott partikularisiert und das Christentum die Einheit Gottes zerschlage. Beides verstößt elementar gegen das Grundgesetz des natürlichen Verstandes, den Satz vom zu vermeidenden Widerspruch. Danach kann dieselbe Sache nicht zugleich und in gleicher Hinsicht sein und nicht sein: Gott könne demzufolge nicht universal und partikular oder einer und drei sein. Der Islam aber hält sich nach seinem Selbstverständnis an dieses Grundgesetz. Daraus bezieht er seinen Universalitäts- und Absolutheitsanspruch. In seiner Sicht ist daher jeder Mensch von Natur, das heißt Kraft seines natürlichen Verstandes, auf den Islam hin geordnet.

Die Betonung des natürlichen Verstandes bestimmt auch die Stellung des Islam zur Aufklärung: Der Islam versteht sich selbst als Aufklärung von Judentum und Christentum, somit bedarf er selbst keiner Aufklärung, denn er ist bereits selbst die Aufforderung, sich des menschlichen Verstandes zu bedienen. Der Koran selbst appelliert an den Verstand, der demnach nicht unfrei und unter der Offenbarung geknechtet ist. Aufklärung, verstanden mit Kant als Auszug aus der Unmündigkeit, kann daher islamisch gar nicht nachvollzogen werden, da diese Unmündigkeit gar nicht bestand.

Anders sieht es in Anbetracht der Stellung des neuzeitlichen Ichs aus: Stellt man mit der europäischen Aufklärung das Ich logisch an die erste Stelle und macht die Religion ebenso wie alle Verhältnisse in der Welt zum Objekt des urteilenden Verstandes, so wird man den Islam (ebenso wie das Christentum) als im wesentlichen unaufgeklärt bezeichnen müssen. Umgekehrt gilt freilich auch, dass diese Aufklärung im Verständnis des Islam wie auch des Christentums unwahr ist.



Bernhard Uhde: Absolutheitsanspruch des Islam



Matthias Rohe: Scharia kein einheitliches Gesetzbuch

Diese Gemeinsamkeit hindert weite Teile der islamischen Welt jedoch nicht daran, das Hervortreten dieses Bildes vom Selbst als westlich und christlich abzulehnen. Nach Uhde steht daher eine neuerliche Aufklärung noch aus und bevor: Diese hätte die Vereinigung des vereinzelten Urteilens mit der Religion zur Aufgabe.

Scharia und Menschenrechte

Die grundsätzliche Vereinbarkeit von Islam und Menschenrechten stellte Matthias Rohe, Jurist aus Erlangen, in den Vordergrund. Dabei rückte er zunächst eine verbreitete Sicht auf das islamische Recht, die Scharia, zurecht. Diese ist keineswegs ein einheitliches Gesetzbuch, sondern ein in fast 1400 Jahren gewachsenes System zur Suche

werden. Es sollten nicht Rechtsvorstellungen des 21. Jahrhunderts mit islamischem Recht aus dem 10. Jahrhundert verglichen werden. Wichtig ist auch ein Bewusstsein der eigenen historischen Entwicklung: Beispielsweise gab es noch weit in die Neuzeit hinein auch im Westen drakonische Körperstrafen, die gewöhnlich als erstes mit der Scharia assoziiert werden. Inzwischen gelten aber auch diese Strafen in weiten Teilen der islamischen Welt nicht mehr.

Gleichstellung

In Fragen der Gleichberechtigung waren muslimische Frauen über Jahrhunderte, etwa im Eigentumsrecht, besser gestellt als Frauen in Europa. Die Botschaft des Korans sah für die Frau in Arabien eine vergleichsweise

vorteilhaftere Stellung vor als zur Zeit Mohammeds üblich. Daraus liest man auch in der islamischen Welt die zeitlose Koran-Botschaft von der Besserstellung der Frau ab, die heute freilich als Gleichstellung gelesen werden müsse.

Nur mit einem ausgeprägten hermeneutischen Bewusstsein wird man die zentralen Probleme einer Lösung näher bringen können. Wenn etwa die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ die absolut verbindlichen Rechte unter einen „Scharia-Vorbehalt“ stellt, relativiert sie das, was absolut gelten soll.

Als Bekenntnis zur Geltung der Menschenrechte wird man Erklärungen dieser Art folglich noch nicht lesen können. Behauptet man umgekehrt aus westlicher Sicht, die Menschenrechte seien mit dem Islam grundsätzlich unvereinbar, so begeht man einen Selbstwiderspruch, da die Menschenrechte sich gerade durch ihre Universalität auszeichnen. Schließlich gebe es auch die Möglichkeit, auf unterschiedlichen Wegen zum gleichen Ziel zu gelangen.

verbindlicher Rechtsnormen. Als solches ist sie äußerst vielgestaltig: So sieht das Familienrecht in Marokko und Saudi-Arabien völlig unterschiedlich aus, obgleich man sich überall auf die Scharia beruft. Bei jeder Norm muss gefragt werden, ob sie an jedem Ort und zu jeder Zeit gilt, sie muss also interpretiert werden. Auch scheinbar eindeutige Normen des Koran betreffen vielleicht nur die Ehefrauen Mohammeds, nicht aber die kommenden Generationen. Auch „gottgegebene“ Normen bedürfen mithin der Auslegung.

Wenn man nun in Rechtssachen „den Westen“ mit dem islamischen Recht vergleichen will, so dürfe der Vergleich nicht asymmetrisch vorgenommen

Frau und Islam

Die Religionspädagogin Rabeya Müller vom Zentrum für Islamische Frauensforschung in Köln zitierte Sure 10, 100 des Koran: „Gott sagt, er ist wütend über jene, die ihren Verstand nicht benutzen.“ Dass Frauen von der Interpretation des Koran ausgeschlossen werden und eine männliche Deutungshoheit etabliert wurde, könne also nicht im Sinne des Islam sein. Dennoch wurden über die gesamte Geschichte des Islam hin Hadithe erfunden, die beispielsweise innerhalb der Gemeinden ein Schweigegesetz für Frauen etablieren sollten. Müller berichtete, dass in der Folge dieser Überlieferung viele Frauen in muslimischen Gemeinden es auch heute nicht wagen würden, die Stimme gegen eine offensichtlich falsche Koranauslegung zu erheben. Nicht der Religion als solcher, sondern vielmehr gesellschaftlichen Umständen sei es zuzurechnen, dass das Gebot zur allgemeinen Betätigung des Verstandes, das ja bereits aus der Zeit Mohammeds stammt, nicht befolgt werde.

Als entscheidendes hermeneutisches Gebot nannte Müller „das Fortdenken im Guten“. Eine Veränderung hin zur Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der islamischen Gemeinden könne nur von innen her bewirkt werden.

Islamische Staatenwelt

Udo Steinbach, langjähriger Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, wies zunächst darauf hin, wie wenig Interesse den aktuellen Entwicklungen in der islamischen Welt noch in den 70er Jahren zuteil wurde. Entsprechend unsicher sind heute die Analysen der politischen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten, die keineswegs in erster Linie im Islam begründet seien. Steinbach machte dabei auf den Unsinn des Vergleichens aufmerksam: Die vielfach vorgebrachte These, der Islam kenne keine Trennung von Staat und Religion, operiere

mit Kategorien, die im Blick auf die islamische Welt unpassend seien.

Die Abschaffung des Kalifats im Jahr 1924 machte die innere Identitätskrise der islamischen Welt offenkundig. Das bereits brüchige einheitliche muslimische Reich wurde aufgelöst. Aus seiner „Konkursmasse“ wurden die heute bekannten Staaten des Nahen



Rabeya Müller: „Dass Frauen von der Interpretation des Koran ausgeschlossen werden, kann nicht im Sinne des Islam sein“



Udo Steinbach: Umschwung von der islamischen Motivation in eine leninistische Ideologie

und Mittleren Ostens geschaffen. Die Türkei ist für diese Entwicklung paradigmatisch: Einer Modernisierung von oben entspreche dabei eine Reaktion von unten. Beide Bewegungen aber

Als politische Agenda ging der Islam nun vom Mittelstand aus. Er forderte den Platz ein, den man ihm nicht einräumte. So kamen überall Akademiker aus dem Ausland zurück und sahen für sich in ihrer Heimat keinen Ort. In der Folge stellten sich zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich als im weitesten Sinne islamisch verstanden, neben den wesenlos gewordenen Staat. Ursprünglich sind diese Bewegungen mit einer religiösen Agenda ausgestattet und nicht nationalistisch. Der Koran wird hier „im Lichte der Krise“ gelesen, doch Theologen finden sich in diesen Vereinigungen nur wenige.

An Sayyid Qutb, dem Theoretiker der ägyptischen Muslimbruderschaft, lässt sich aber auch der Umschwung der islamischen Motivation in eine „leninistische Ideologie“ nachvollziehen. Orientiert ist sie vor allem an der vollkommen areligiösen Verfügbarmachung der Welt, die Gewalt betont mit einschließt. Eine Beunruhigung stellte diese neue Lesart zunächst für die islamische Welt selbst dar, denn sie sollte ja neu geordnet werden.

Als Brücke für eine Verständigung mit der islamischen Welt sah Steinbach das Konzept der Menschenwürde sowie eine genaue Unterscheidung zwischen islamisch motivierten Bewegungen und gewaltbereiter Ideologie. Schließlich, so Steinbach im Blick auf den Boykott der demokratisch gewählten Hamas-Bewegung, müsse sich „der Westen“ auch an seine eigenen Prinzipien halten. ■

Michael Spieker

berufen sich auf den Islam. Eine grundsätzliche Legitimationskrise ersteht daraus, dass kein Staat aus der Konkursmasse über eine eigene Tradition, definierte Grenzen oder eine Identität seiner Bürger verfügt. Der Nahe Osten wurde daher kolonial regiert. Feudale Strukturen wurden durch eine Herrschaft von religiösen und ethnischen Minderheiten verdrängt. Die islamische Welt sollte sich nach säkularen Vorbildern entwickeln.

Siehe Presseschau Seite 44

Nach den Wahlen – vor der Ratifizierung

Warum erscheint Europa in der Öffentlichkeit trotz vieler Erfolge oftmals als Sündenbock für innenpolitische Fehlentwicklungen? Die Tagung „Europa vor der Wahl“ in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung nahm die Wahlen zum Europäischen Parlament zum Anlass, um nach den Entwicklungsmöglichkeiten der Europäischen Union zu fragen.

Ingo Friedrich (CSU) gehörte dem Europäischen Parlament seit den ersten Europawahlen im Jahr 1979 als Abgeordneter an und hatte wichtige Funktionen im Präsidium. Etwas Frustration ist nicht zu überhören, wenn er nach dieser langjährigen Erfahrung sagt: „Trotz der Erfolge der Europäischen Union muss man Europa immer wie Sauerbier anbieten – das ist schon skurril.“ Einen Grund dafür sieht Friedrich darin, dass selbst die sogenannten europäischen Eliten oftmals in der Öffentlichkeit nicht sagen würden, warum wir Europa brauchen. Friedrich lieferte Antworten nach: „Wenn man offene Grenzen haben will, dann müssen auch die Vorschriften angenähert werden“, sagte er. Das Tempo der gesellschaftlichen Veränderungen habe sich erhöht und die Dimensionen seien verschoben: „Früher herrschte Furcht vor Billiglöhnen aus Spanien und Portugal, heute vor chinesischen“, führte er aus. „Und wie soll man die Probleme der Energieversorgung lösen, wenn nicht gemeinsam?“, fragte Friedrich in die Runde.

„Mythos der Gurkenkrümmung“

Ebenfalls aus erster Hand berichtete Claus Giering, Mitarbeiter der Europäischen Kommission in Brüssel, über die Praxis der Entscheidungsabläufe in der Europäischen Union. Wie Friedrich macht ihn das Desinteresse vieler Bürger ratlos: Das läge insbesondere an gewissen „Mythen“ über diverse Richtlinien zu Bananen- und Gurkenkrümmungen. Eine Rolle spiele auch eine häufig anzutreffende Mentalität sowohl unter Politikern als auch unter Wählern, nämlich Europa als Sündenbock für Fehlentwicklungen darzu-

stellen, positive Entwicklungen jedoch nicht zu erwähnen. Aktuelle und zukünftige Herausforderungen, wie Verbraucherschutz, soziale Sicherheit oder Klimaschutz, seien ohne die Europäische Union nicht so gut und effizient zu lösen.



Ingo Friedrich: „Wenn man offene Grenzen haben will, dann müssen auch die Vorschriften angenähert werden“
Foto: Thiele

Optimistisch präsentierte Giering verschiedene Zukunftsszenarien der europäischen Integration – abhängig von der Ratifikation des Vertrags von Lissabon. Doch selbst im Falle des Scheiterns prognostizierte er eine weitere europäische Zusammenarbeit, wenn auch in neuen Gruppen von einzelnen Staaten.

Langfristige Akzeptanz für das Projekt Europa und für europäische Alltagspolitiken, das ist auch das Anliegen des Politikwissenschaftlers Ondrej Kalina aus Passau. „Europa leidet nicht an einem Demokratiedefizit, sondern steckt in einem Demokratiedilemma“, sagte er. Es gäbe zwar demokratisch strukturierte Institutionen, aber keine

sich als Kollektiv begreifende Bürger. Ziel müsse ein „Demos-building“ sein, durch das eine europäische politische Identität und eine grenzüberschreitende Öffentlichkeitssphäre geschaffen werden kann. Hierfür schlägt Kalina eine „Dialektik von konsensfördernden und konkurrenzfördernden Mechanismen“ vor. Diese könnte auch eine „Politisierung der Politik“ zur Folge haben, zum Beispiel durch eine „Europäische Kommission auf Zeit“.

„Mythos der europäischen Identität“

„Europa, das ist die Bibel und die Antike...“. So beginnt eine schier endlose Aufzählung von Karl Jaspers über den „unermesslichen Reichtum des Geistes, der Sittlichkeit, des Glaubens“, der Europa innenwohnt. Sich so zu vergewissern sei, „...der beste, im Grunde einzige Weg zum Wissen um das, was Europa ist“. Aber auch mehr als sechzig Jahre nach diesen Worten, ist das, was Europa zu dem macht, was es ist, immer noch schwer bestimmbar, so der Europaexperte und bayerische Landtagsabgeordnete der Freien Wähler, Michael Piazolo. „Die europäische Identität ist ein Mythos“, sagte er und analysierte verschiedene Ansätze zu einer Identitätsbegründung: dabei spielt natürlich der Euro eine Rolle, aber auch das Verständnis von Europa als einer Erinnerungs-, Kultur-, Werte-, Rechts-, Erlebnis- und Solidargemeinschaft. Die Lösung des Identitätsproblems wäre wohl eine Form der „Mehrfachidentität“ bilanzierte Piazolo.

Mit dem Vertrag von Lissabon und der dort vorgesehenen Neuordnung der Entscheidungsstrukturen befasste sich der Europa- und Völkerrechtler Hans-Peter Folz von der Universität Augsburg. Folz beließ es nicht dabei, auf die dort vorgesehenen institutionellen Reformen von Europäischem Parlament, Rat und Kommission einzugehen, sondern widmete sich auch deren Geschäftsordnungen: „Wenn Sie

wissen wollen, wie etwas wirklich funktioniert, dann reichen die Verträge nicht aus, dann müssen Sie auch in die Geschäftsordnungen gehen. Da

liegen oft die eigentlichen schmutzigen Geheimnisse dieser Organe“, sagte er. Zur Zukunft des Ratifizierungsprozesses des Lissabonner Vertrages

meinte Folz: „Im Falle eines zweimaligen Scheiterns wird es dauern, bis sich da mal wieder jemand dran traut“.



„Brüsseler Spitze“

Zeichnung: Tomicek

Durch ein Planspiel vermittelten Eva Feldmann-Wojtachnia und Sebastian Schäffer vom Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) München ein Verständnis für die praktischen Entscheidungsprozesse des Europäischen Parlaments. Es ging darum, die Beratungen und die Verabschiedung einer Richtlinie zu Gewalt verherrlichenden Computerspielen zu simulieren, welche von der Europäischen Kommission eingereicht worden war. Dabei wurden alle an einem solchen Prozess beteiligten Akteure – also auch Lobbygruppen und Medien – durch die Tagungsteilnehmer simuliert. ■

Gero Kellermann / Laura Thiele

Neuorientierung von Energie- und Klimapolitik in Südosteuropa

Umwelt- und Energiefragen rücken immer mehr in das Zentrum der europäischen Politik. Dies gilt nicht nur für die hoch entwickelten europäischen Kernstaaten, sondern zunehmend auch für die neuen EU-Mitgliedsländer oder Beitrittskandidaten. Anfang 2009 waren beispielsweise die Engpässe in der Erdgasversorgung Südosteupas ein Thema. Schmerzlich wurden für diese Region die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und dem russischen Erdgas deutlich. Anlässe gab es genug für eine internationale Fachkonferenz zu Energiekrise und Klimawandel mit dem Fokus auf Südosteuropa*.

Angesichts der ökonomischen Rückständigkeit der Region ist eine „Energievolution“ – wie erst kürzlich von der Internationalen Energieagentur gefordert – in diesen Ländern nicht nur eine Frage der ökologischen Verantwortung. Eine verbesserte Effizienz der privaten und öffentlichen Energie Nutzung auch im Produktionsbereich würde sich ökonomisch auszahlen, zumal diese Länder enorme Handels- und Leistungsbilanzdefizite aufweisen. Bisher gelang es kaum, die Energieversorgung und -nutzung zu diversifizieren. Die starke Anfälligkeit der Energieversorgung droht mittelfristig sogar

die bereits erreichten Wachstumserfolge zu gefährden. Aus gesamteuropäischer und globaler Sicht wären Einsparungen und höhere Effizienz auch insofern begrüßenswert, als die Staaten Südosteuropas wegen der dort stattfindenden nachholenden Entwicklung hohe Zuwachsraten bei den CO₂-Emissionen aufweisen.

Deshalb behandelte die Konferenz die Frage, wie die Weichen für eine Neuorientierung von Energie- und Klimapolitik in dieser Region gestellt werden können. Sie zeigte bestehende Potenziale für eine Erhöhung der Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien in diesen Staaten auf. Konkrete Beispiele und Programme einzelner Länder und Regionen wurden vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass alle Akteure (Kommunen, Regionalverwaltungen, nationale Regierungen, internationale Organisationen, EU-Behörden und Förderbanken) zusammenarbeiten müssen, damit neue Potenziale zur Entfaltung kommen. Für die deutsche und insbesondere die bayerische Wirtschaft ergeben sich dadurch auch interessante Geschäftsfelder. ■

Wolfgang Quaisser

* In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing, der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw). Einen ausführlichen Tagungsbericht (auf Englisch) sowie die Vorträge der einzelnen Referenten können Sie von der Homepage der Südosteuropa-Gesellschaft abrufen: <http://www.suedosteuropa-gesellschaft.com/>

Die Grenzregionen nach der EU-Erweiterung

Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Grenzregionen zu bewerten war Aufgabe einer Veranstaltung der Akademie in Regensburg. Sie fand statt in Zusammenarbeit mit dem Osteuropa Institut Regensburg und der EU-Kommissionsvertretung in München.

Zwar gingen die meisten Experten von positiven Wirkungen der EU-Erweiterung auf die deutsche Volkswirtschaft aus, doch in der Bevölkerung, aber auch in Teilen der Politik war sie mit Ängsten und Vorbehalten verbunden. Besonders von der Gewährung der Arbeitnehmerfreiheit sowie der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs wurden negative Beschäftigungseffekte erwartet. Vor allem die Grenzregionen befürchteten aufgrund ihrer räumlichen Nähe zu Polen und Tschechien massiven Druck auf die heimischen Arbeitsmärkte. Nicht zuletzt deshalb hatte sich Deutschland für Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreiheit eingesetzt und diese dann auch eingeführt.

Arbeitslosigkeit reduziert

Die geladenen Experten bestätigten die Befürchtungen nicht. Nach fünf Jahren zeigt sich, dass Regionen im bayerisch-tschechischen Grenzraum durchaus zu den Gewinnern der Osterweiterung zählen. Sie profitieren von einer größeren Verflechtung ihrer Nachbarregionen und können grenzüberschreitende Wirtschaftspotenziale besser nutzen. Negative Effekte auf den Arbeitsmarkt waren nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Einige Regionen waren sogar in der Lage, ihre Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren. Größerer Migrationsdruck sei nicht zu beobachten und auch weiterhin – insbesondere aus

Tschechien – nicht zu erwarten. Positive Wirkungen gingen auch von EU-finanzierter grenzüberschreitender Wirtschaftsförderung aus.

Auf einer abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Europa der Regionen“ wurden die regionalen Ansätze der europäischen Integration in einem breiteren Kontext diskutiert. Diskussionsteilnehmer waren die bayerische Staatsministerin für Europa- und Bundesangelegenheiten Emilia Müller, der tschechische Generalkonsul Karel Boruvka und Miguel Avila Albez von der EU-Kommission.

Diskrepanz zwischen Akzeptanz und Bedeutung

Ein Kernpunkt der Diskussion war die offensichtliche Diskrepanz zwischen öffentlicher Akzeptanz der Europäischen Union einerseits und der Bedeutung der Union für die europäische

Politikgestaltung anderseits. Gerade im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament gelte es, die zentrale Rolle der EU deutlich zu machen, um aktuelle und globale Probleme zu bewältigen. Herausragende Beispiele seien die Umwelt- und Energiepolitik sowie Maßnahmen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise. ■

Wolfgang Quaisser

Siehe Presseschau Seite 40



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion zum Abschluss der Tagung (von links): Tagungsleiter Wolfgang Quaisser, OEI-Direktor Jürgen Jerger, die bayerische Staatsministerin für Europa- und Bundesangelegenheiten Emilia Müller, der tschechische Generalkonsul Karel Boruvka und Miguel Avila Albez von der EU-Kommission

Beziehungsgeschichte in Biografien

Historikerkonferenz beleuchtet deutsch-russische Verbindungen

Unter dem Titel „Menschen zwischen den Völkern“ widmete sich ein Kreis russischer und deutscher Historikerinnen und Historiker den „Akteuren der deutsch-russischen Beziehungen“, so der Untertitel der Konferenz. Damit wurde der biografische Zugang zu einer wechselhaften Beziehungsgeschichte gesucht, die lange Zeit dynastisch geprägt war, wie Peter März, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung einleitend ausführte. Leider, so März, werde diese Beziehungsgeschichte in Deutschland kaum noch wahrgenommen und zudem einer ihrer wesentlichen Aspekte vernachlässigt: das Verhältnis Russlands und Deutschlands zu Polen.

Eben das berührte in vielen Fällen das Wirken etlicher der Personen, die auf der Tagung vorgestellt wurden, voran das Viktor Kopp, dem sich Vasili Tscherernopjorov (Ivanovo) widmete. Kopp war einer der Vordenker der Beziehungen Sowjetrusslands zu Deutschland in der Zwischenkriegszeit, wonach Deutschland zur Neutralität im russisch-polnischen Konflikt angehalten werden sollte. Dieser Linie entsprach die nationale Wende der KPD im Ruhrkampf 1923, die Kopp beeinflusst hat.

Auch in der bayerischen Räterepublik war der Einfluss russischer Kommunisten offensichtlich. Zu ihnen gehörte Alexander Parvus, den Sergej Kretenin (Voronesch) porträtierte. Parvus war nicht nur für die logistische Unterstützung der bolschewistischen Revolution durch Deutschland von zentraler Bedeutung, sondern ebenfalls für die Auseinandersetzung – etwa Rosa Luxemburgs – mit dem sozialdemokratischen Revisionismus.

Als Vordenker des Informations- und Propagandamonopols der kommunistischen Partei beeinflusste Towja Axelrod, vorgestellt von Alexander Vatlin (Moskau), ebenfalls die Entwicklung der kommunistischen Partei in Deutschland. So gab Axelrod in Bayern, dem seiner Meinung nach „revolutionärsten Teil Deutschlands“, *Die Rote Fahne* heraus.

Russisch-jüdische Kommunisten wie Axelrod und Eugen Leviné wurden von den rechtsextremistischen Gegnern der Räterepublik, unter ihnen Alfred Rosenberg, propagandistisch zu Pro-



Vasili Tscherernopjorov widmete sich Viktor Kopp

tagonisten einer „bolschewistisch-zionistischen Weltverschwörung“ verzerrt. Rosenberg als *der* außenpolitische Vordenker der NSDAP, so Ernst Piper (Berlin), entwickelte bereits in frühen Schriften die Idee eines raumpolitischen, völkischen Staatsystems mit radikal rassistischen Grundierungen, wie sie sich ebenfalls im „Zweiten Buch“ Hitlers findet. Rosenbergs antithetisches Politik- und Weltbild intendiert bereits die Feindschaft des NS-Staates gegenüber (Sowjet-)Russland und gründet wahrscheinlich auf

Erfahrungen während seiner Studienzeit in Moskau, wo Rosenberg als einziger Nazi die bolschewistische Revolution selbst erlebt hatte.

Militärischer Widerstand

Für die Umsetzung der Germanisierungspolitik, einschließlich der „Wegräumung des polnischen Staates“, war neben anderen die Wehrmacht zuständig, deren Generäle Paul Oskar von Niedermayer und Friedrich Paulus von Winfried Heinemann und Tor-



Ernst Piper analysierte die Ideen des NS-Vordenkers Alfred Rosenberg

sten Diedrich (beide Potsdam) porträtiert wurden. Niedermayer leitete in der Zwischenkriegszeit die Sondergruppe R der Reichswehr, die für die Entwicklung und Erprobung von Militärtechnik auf dem Boden der Sowjetunion zuständig war. Niedermayer dürfte zu den wichtigsten Protagonisten der geheimen deutsch-russischen Beziehungen gehört und zudem vor Ort ein eigenes Bild von Russland gewonnen haben.

Demgegenüber rezipierte Paulus lediglich Stereotypen, von denen er sich auch nach der Kapitulation in Stalingrad und während seiner Tätigkeit für das Nationalkomitee Freies

Deutschland (NKFD) nicht löste. Anders als Friedrich Paulus sagte sich Heinrich Graf von Einsiedel, den Vladimir Vsevolodov (Moskau) in seiner biografischen Skizze als „nicht verstandenen Aristokraten und Patrioten“ bezeichnete, bereits 1943 ganz von Hitler los und forderte – ebenfalls im NKFD – zu dessen Sturz auf. Anders auch als Paulus blieb Einsiedel allerdings in seiner Ablehnung diktatorischer Systeme konsequent und setzte sich deshalb 1948 aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ab.

Wandel durch Annäherung

Konsequent in ihrer Ablehnung der sowjetischen Diktatur waren ebenfalls der CDU-Politiker Jakob Kaiser und der Theologe Helmut Gollwitzer, mit denen sich Tilman Mayer (Bonn) und Roland Höhne (Kassel) befassten. Kaiser erkannte es als die „Aufgabe unserer Generation, sich mit Russland zu verständigen, ... ohne das marxistische System zu übernehmen“. Ähn-

lich wie Kaiser sah Gollwitzer sich dem Dialog mit dem Marxismus verpflichtet, kritisierte aber konsequent die diktatorische Praxis in der Sowjet-



Tilman Mayer beschäftigte sich mit dem CDU-Politiker Jakob Kaiser

union. Hingegen handelte sich Egon Bahr, der Vordenker der Neuen Ostpolitik Willy Brandts unter dem Mot-

to „Wandel durch Annäherung“, durch sein Beharren auf den Status quo in den 80er-Jahren den Vorwurf eines „Wandels durch Anbiederung“ ein, wie Daniel Friedrich Sturm (Berlin) ausführte.

Verfolgt von zwei Diktaturen wurden Anna Etterer und Franz Schwarzmüller, deren Lebensläufe Reinhart Müller (Hamburg) nachzeichnete. Nach ihrer Verfolgung durch die Nazis wurden die beiden Kommunisten in Moskau Opfer des stalinistischen Terrors, dem Schwarzmüller erlag. Obwohl Etterer diese Erfahrung als „fürchterlich und verkehrt“ empfunden haben muss, hat sie an der kommunistischen Ideologie festgehalten, wie Etterers Enkelin Silvana Hilliger (Berlin) bestätigte.

Komplexe, paradoxe Situation

Diese „komplexe, paradoxe Situation“ des stalinistischen Terrors reflektierte der russische Schriftsteller Wassili Grossman unter anderem in seinem Roman „Leben und Schicksal“, mit dem sich Jürgen Zarusky (München) befasste.

Grossman, in Deutschland bekannt durch die Verfilmung seiner Erzählung „In der Stadt Berditschew“ unter dem Titel „Die Kommissarin“, thematisiert in „Leben und Schicksal“ nicht nur den Stalinismus, sondern auch den Holocaust – einzigartig in der sowjetischen Literatur. In dem Roman, der erst 20 Jahre nach seinem Tod in der Schweiz erstmals veröffentlicht werden konnte, rückt der Autor den Gulag ebenso in die Nähe des KZ-Systems wie den stalinistischen Antisemitismus in die Nähe des nationalsozialistischen. Damit gelang Grossman eine „überlegene Literarisierung des Diktaturvergleichs“, so Manfred Wilke (Berlin).



*Die Historikergruppe beim Besuch der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Dachau
Fotos: Thiele*

Stalinistische Repression

Kehrte Grossman nach Kriegsende aus Deutschland zurück, so kamen Ivan Serov und zahlreiche Politoffiziere der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) nun erst dorthin. Ihnen widmeten sich Nikita Petrov



Nikita Petrov führte die deutsche und sowjetische Überlieferung zusammen

(Moskau) und Roman Boldyrev (Archangelsk). Oblag den Politoffizieren die Erziehung und Disziplinierung der Truppe in Zusammenarbeit mit dem NKVD, so gehörte Serov als einer der wenigen unter dessen Mitarbeitern zum politischen Führungszyklus der Sowjetunion. Serov, unter dessen Leitung 1945 die Krajowa Armija („Heimatarmee“) in Polen eliminiert worden war, hatte die SMAD und die deutsche Verwaltung in der SBZ aufzubauen und in deren Schaltstellen die deutschen Kommunisten zu etablieren.

Petrov fügte in seinem Porträt grandios die sowjetische und die deutsche Überlieferung zusammen und betonte, dass Leute vom Schlag Serovs keine Manager, sondern Verbrecher waren. Ihnen oblag die Administration der Besatzung, wie sie Tatjana Timofeeva (Moskau) exemplarisch an der Person Nikolai Malzevs skizzerte. Malzev war ein verlässlicher Organisator des stalinistischen Repressions-

systems, zunächst beim Aufbau des Gulag in Workuta und ab 1947 als Direktor der Wismut, die zunächst – ganz analog – als Zwangsarbeitslager betrieben wurde.

Stalinist und Feingeist

Ein ähnlich harter Stalinist war Vladimir Semjonov, der es als Experte für Außenpolitik schließlich zum Stellvertretenden Außenminister und zum Botschafter in Bonn brachte. Boris Chavkin (Moskau) bezeichnete Semjonov als „schwierige und widersprüchliche Persönlichkeit“ und als „unheimlich elastisch im Denken“, da er einerseits ein Feingeist und Mäzen



Boris Chavkin über Vladimir Semjonov: „Harter Krisenmanager während des Volksaufstandes in der DDR“

war und er sich andererseits als harter Krisenmanager während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR und 1968 bei der Niederschlagung des Prager Frühlings bewährt hatte.

Widersprüchlichkeiten finden sich ebenfalls in der Gedankenwelt der Eurasier, die Leonid Luks (Eichstätt) skizzerte. Vergleichbar mit den Vertretern der „konservativen Revolution“ in Deutschland, lehnte diese Gruppe der russischen Elite den Westen ab, vertrat kulturpessimistische und ideokratische Positionen und idealisierte und ästhetisierte die Gewalt. Einen anderen, dennoch ebenfalls antidemokratischen Entwurf bil-

det die Philosophie Dimitri Mereschkovskis, laut Thomas Mann „der geistigste Kritiker und Weltphilosoph seit (Friedrich) Nietzsche“. Nach Mereschkovskis Vorstellungen sollten die



Tatjana Timofeeva skizzierte stalinistische Manager des Terrors

Gegensätze von geistiger und leiblicher Welt in einem neuen Zeitalter überwunden werden; die Versöhnung von Fleisch und Geist, Gott und Welt aber werde „nirgends inniger geführt ... als in der russischen Seele“. So meinte zumindest Thomas Mann, dessen Russlandbild Alexej Rybakov (München) nachzeichnete.

Idealistische Trugbilder und politische Feindbilder prägten also in vielen Bereichen die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Noch heutzutage werden von beiden Seiten häufig Stereotype (re-)produziert. Zu deren Überwindung könnte auch der Austausch zwischen russischen und deutschen Historikern beitragen, wie ihn seit fünf Jahren jener Kreis praktiziert, der sich diesmal in Tutzing getroffen hatte. Der biografische Zugang erwies sich dabei durchaus als ein Königsweg. ■

Marc-Dietrich Ohse

Dieser Bericht erscheint ebenfalls im Deutschland-Archiv Heft 4/2009

Spannungsbogen Geschichte

Mit der Videokamera auf den Spuren des Alten Fritz –
Filmseminar in Potsdam

Potsdam steckt voller Geschichte und Geschichten. Und das seit Jahrhunderten! Diese Erkenntnis nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Filmseminars, das die brandenburgische Landeshauptstadt und ihre Vergangenheit und Gegenwart zum Thema hatte. Es begann beim Alten Fritz in Sanssouci, ging weiter durch die Geschichte Preußens und des deutschen Kaiserreichs bis zum „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933, als der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg vor der Potsdamer Garnisonkirche Reichskanzler Adolf Hitler gesellschaftsfähig machte.

Die Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg rankte sich um die Potsdamer Konferenz der Siegermächte auf Schloss Cecilienhof, die sowjetische Besatzungszeit und den Beginn der DDR. Die Untersuchungshaftanstalt der Stasi mitten in der Altstadt wurde ebenso zum Filmthema gemacht wie die legendenumwobene Glienicker

Eine Gruppe beschäftigte sich mit einem aktuellen Thema: dem Wiederaufbau des historischen Schlosses in der Stadtmitte, in dem der brandenburgische Landtag seinen Sitz haben soll. Mit Stadt- und Schlossführungen sowie Informationen des Historikers Hanno Hochmuth vom Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin bereiteten sich



Dreharbeiten am Schloss Cecilienhof, dem Schauplatz der Potsdamer Konferenz

Fotos: ms



Oberstleutnant a.D. Hans-Dieter Behrendt gibt einem Filmteam Auskunft über seine Arbeit als Kommandeur der DDR-Grenztruppen an der Glienicker Brücke (im Hintergrund)



Der ehemalige Stasi-Häftling Friedrich Donepp am Ort seiner Gefangenschaft in der heutigen Gedenkstätte Lindenstraße (in einer sogenannten Freigangzelle)

Brücke mit den berühmt gewordenen Austauschaktionen von Agenten zwischen Ost und West während des Kalten Krieges. Potsdams historische und politische Bedeutsamkeit wird ideal ergänzt durch den Ruf als Medienstadt, den es nicht nur den Filmstudios von Babelsberg verdankt.

Natürlich durfte der 9. November 1989 nicht fehlen. Der Fall der Mauer um Berlin öffnete für die Potsdamer den kurzen Weg in den freien Westen.

die Teilnehmer auf die Inhalte der verschiedenen Projekte vor. Herausgekommen sind drei, in Form und Inhalt sehr unterschiedliche Dokumentarfilme, die von den Teilnehmern selbstständig konzipiert, recherchiert, gedreht und geschnitten wurden.

Besonders eindrucksvoll waren die Interviews mit Zeitzeugen wie dem letzten Kommandeur der DDR-Grenztruppen im Bezirk Potsdam, Oberstleutnant a.D. Hans-Dieter Behrendt sowie dem

ehemaligen Stasi-Häftling Friedrich Donepp, der ein Filmteam an den Ort seiner Gefangenschaft führte.

Der Lehrgang in Zusammenarbeit mit der Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen sollte die teilnehmenden Lehrkräfte befähigen, in der Schule eine aktive Medienarbeit zu beginnen und mit Schülern regionale – auch historische – Themen mit der Filmkamera umzusetzen. ■

Michael Schröder

Einblicke in komplizierte Verhältnisse

Vom Iran bis Indien – internationale Konflikte unter der Lupe

Die Krisenherde im Mittleren Osten und Südasien waren Schwerpunkte einer Tagung mit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Dietmar Rothermund umriss die Relevanz des Themas: Wahlen in Indien, die pakistanische Armeeoffensive im Swat-Tal und das vermeintliche Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka. In Südasien stellte sich nach der Kolonialzeit das dramatische Problem der Territorialität des Nationalstaats. Auf die traditionell durch kleine Fürstentümer geprägte Region waren britischer Zentralismus und Parlamentarismus nicht einfach übertragbar. Religionskonflikte machten die Teilung des Subkontinents in Indien und Pakistan und auch die Teilung der Streitkräfte – gegen den Willen vieler indischer Politiker – schließlich unausweichlich. Erschwendend kam hinzu, so Rothermund, dass die Regierung in London nach Kriegsende „keinen Plan“ für den Verbündeten, Truppensteller und Kriegsgläubiger Indien hatte.

Das außenpolitische System entwickelte sich merkwürdig: Indien wurde bündnisfrei, Pakistan war westlich aliiert, suchte aber chinesische Unterstützung – nicht nur für das Atomprogramm. Die sowjetische Invasion in Afghanistan war schließlich ein Albtraum für alle Beteiligten: Sie belastete die eigentlich guten Beziehungen Moskaus zu Indien und entsetzten Pakistan, das Afghanistan als strategisches Hinterland betrachtete. Extremismus und Terrorismus waren eine große Belastung und führten auch die Ohnmacht des indischen Staates vor.

Heute sucht sich Indien neue Handelsrouten und Partner, baut einen Hafen im Iran in Konkurrenz zum pakistisch-chinesischen Hafen Gwadar aus. Außenpolitisch hat Indien durch den Nukleardeal mit den USA und der Freundschaft mit Israel Erfolge errungen und so neue Zugangsmöglichkeiten zu modernsten Waffensystemen.

Militarisierung der Gesellschaft

Gabriele Rasuly-Palaczek von der Universität Wien stellte klar, dass die Annahme, es hätte jemals einen afghanischen Zentralstaat gegeben, Fiktion sei. Dennoch sei zu Beginn viel guter Willen und Hoffnung auf Aufbau zu erkennen gewesen: Die Proteste gegen staatliche und ausländische Eingriffe waren



Gabriele Rasuly-Palaczek erläuterte die komplizierten Strukturen Afghanistans

zu Beginn relativ gering. Dieses historische Zeitfenster schließe sich jedoch. Der gesellschaftliche Interessenausgleich und die Ansprüche der machtvollen Minderheiten tragen zur Komplexität dieses Geflechts aus ad-hoc-Allianzen bei. Problematisch ist auch die Militarisierung der Gesellschaft, in der durch Krieg, Besetzung und Zerstörung traditionelle Konfliktlösungsmechanismen, auch durch die Taliban, verloren gingen.

Afghanistan ist nicht zuletzt auch als Puffer zwischen britischen und russischen Interessen ein koloniales Produkt, was sich auch in den Unterschie-

den zwischen Norden und Süden zeigt. Afghanistan ist nicht nur multi-ethnisch, multi-religiös und multi-lingual, diese Strukturen werden auch von stammesgebundener und regionaler Solidarität durchzogen. Importierte Transformationsmodelle und Modernisierungsprozesse scheitern nicht nur an landesweiten Aufständen, sondern auch daran, dass die Landbevölkerung und lokale Hierarchen keine Einmischung wünschen. Es stellt sich die Frage, wie man diese regionalen Kräfte an der Macht beteiligt und gleichzeitig ihren Einfluss beschneidet. Die größten Probleme sind die wahrgenommene einseitige Bevorzugung der Paschtunen und die Frage der Umverteilung. Die Kunst wird sein, so Rasuly, die Balance zwischen Region und Zentrale zu finden, „vielleicht nach dem Modell Schweiz“.

Kasernenhofdemokratie

Über das benachbarte Pakistan berichtete Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Pakistans Sozial- und Entwicklungssindikatoren sind ungenügend und das Land und hat erhebliche strukturelle Defizite. Um die Problematik der Identitätsfrage nach der Teilung des Subkontinents aufzufangen, wurde die Rolle der Religion herausgehoben.

Ein weiterer Faktor ist der einheits- und identitätsstiftende Konflikt mit Indien. Pakistan ist geprägt von feudalen Strukturen, fehlender Landreform, einem dramatischen Mangel an Arbeitsmöglichkeiten, einer Schwäche des Rechtstaats, Problemen mit dem Gewaltmonopol, ethnischen Identitäten und Aufständen.

Demokratie ist eine jüngere und etwas fragile Erscheinung – der Hüter der nationalen Sicherheit ist schließlich das Militär. Es ist allgegenwärtig und hat durch den Nationalen Sicherheitsrat eine verfassungsrechtliche Rolle.

Es trägt erheblich zur Sicherheit bei, dass das Militär die Nuklearwaffen kontrolliert. Das Militär ist allerdings auch der größte Wirtschaftsakteur des Landes. Die Parteienlandschaft ist wenig entwickelt, zersplittert und besteht aus dynastischen Clans mit wenig Programmatik. Zivilgesellschaftliche Gruppen haben wenig Einfluss und der Mittelstand konzentriert sich auf urbane Zentren. Die Medienlandschaft ist relativ modern und liberal entwickelt. Die Wahlen beurteilt Wagner positiv: „Pakistan ist nicht der Gaza-Streifen. Die Islamisten bekommen keine Mehrheit!“

Außenpolitisch reibt sich Pakistan hauptsächlich am großen Nachbarn Indien auf. So ist für pakistanische Politiker und Militärs auch Afghanistan eng mit dem Konflikt mit Indien verbunden und entsprechend misstrauisch wird das indische Engagement in Afghanistan beobachtet.

Afghanistan wird als potenzielles strategisches Hinterland im Konflikt mit Indien betrachtet. Eine indisch-alliierte oder feindliche Regierung in Kabul muss in Pakistans Augen unbedingt vermieden werden – daher die Unterstützung für afghanische Paschtunen. Islamabad hat zumindest bis zum 11. September 2001 militante Gruppen und Strukturen in Afghanistan unterstützt und nach Kaschmir geschleust. Inzwischen fand ein Umdenkungsprozess statt, indem die meisten extremistischen Gruppen (insbesondere „eigene“ terroristische Paschtunen) massiv bekämpft werden.

Komplizierter Iran

Irans innenpolitische Herausforderungen beschrieb der im Juni 2009 verstorbene Johannes Reissner von der SWP. In Irans politischem System, das durchaus über Problemlösungskapazitäten verfüge, stehen sich autokratische und demokratische Strukturen gegenüber. Der Revolutionsführer bestimmt die Richtlinien der Politik. Nach ihm im Machtgefüge stehen die Streitkräfte, der Wächterrat und der Feststellungsrat, die auch Einfluss nehmen auf die Justiz, Medien, Stiftungen und die Freitagspredigten. Zu den

quasi demokratischen, staatlichen Strukturen können der Expertenrat (überwacht den Revolutionsführer), der Staatspräsident, das Parlament und die Räte gezählt werden. Entscheidend ist, dass auch in der „Islamischen Republik Iran“ der Islam als politische Grundlage nicht ausreicht und deshalb großes Gewicht auf die Durchsetzung nationaler Interessen gelegt werden muss. Die Wirtschaftsstrukturen, so Reissner, sind mit dem politischen System kompatibel: 80 Prozent des Staatshaushalts stammen aus Öl- und Gasvorkommen.



Christian Wagner: „Pakistan ist nicht der Gaza-Streifen“

Fotos: Aimer

Eine Gegenmacht in Form steuerzahler Bürger nach europäischem Muster gibt es nicht. Iran besteht aus Staatsbetrieben plus kleinteiliger Basarwirtschaft. Daraus folgt nicht nur ein Übergewicht eines „Verteilungs-



Der im Juni 2009 verstorbene Johannes Reissner galt als der „Doyen der deutschen Iran-Forschung“

denkens“, sondern auch eine Anspruchshaltung der Bevölkerung gegenüber dem Staat. Insgesamt schaffen wirtschaftliche und soziale Faktoren die größten Probleme des Landes: (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Armut, Teuerung, Bildungsmangel, Korruption und die demographische Struktur:



Grafik: GLOBUS Infografik GmbH

60 Prozent der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt. Auch die ethnischen (Aserbaidschaner, Kurden, Araber, Turkmenen, Belutschen) und religiösen Minderheiten (Christen und Juden) tragen zur sozialen Komplexität bei.



Nach dem vermuteten Betrug bei den Präsidentschaftswahlen im Iran protestierten die Anhänger des unterlegenen Kandidaten Mussawi

Foto: AFP

Zur urbanen Elite, die sich durch den Wiederaufbau in den 1980er Jahren entwickelt hat, kommt nach der Wahl Ahmadinedschads, der die „technokratische verwestlichte Oberschicht“ bekämpft, eine neue städtische Unterschicht – mit entsprechenden Folgen für die Sozialstruktur. Die Revolutionsgarden beherrschen viele öffentliche Einrichtungen, die Infrastruktur und die Ölindustrie.

Die religiösen Komponenten im Staat wirken jedoch sehr unterschiedlich: Neben politischen Mullahs gibt es religiöse Mullahs, die sich aus der Politik heraushalten. Zusätzlich existieren nationale und nationalistische Gruppierungen, die sich nicht für extreme Religionsausübung interessieren. Darüber hinaus prägen den Iran auch patriarchalische Strukturen und unterschiedliche vor-islamische Traditionen. Für US-Präsident Obama wird sich die Frage stellen, wie sich amerikanische Neuansätze gegenüber dem Iran in konkrete Politik umsetzen lassen.

Atommacht Iran

Sebastian Harnisch von der Universität Heidelberg beschrieb zwei wesentliche Einflussfaktoren auf Irans Nuklearpolitik: Die amerikanische Regierung einerseits und andererseits

Verteidigungsminister stehen gemäßigten Fachleuten im Außenministerium und im Pentagon gegenüber. Noch dazu hat die Entwicklung im Irak die Machtkonstellation in Richtung Iran verschoben. Aus iranischer Sicht stellt sich die Lage anders dar: Der Iran ist von Atommächten (Russland, Israel, Pakistan und Indien) umgeben, hat in seiner Nachbarschaft Staaten mit Interesse an Nuklearprogrammen (Ägypten, Türkei, Saudi-Arabien) und hat an seinen Grenzen feindliche, amerikanische Truppen (im Irak und Afghanistan), die über Nuklearwaffen verfügen könnten.

Robuste Politik

Motive für die Gestaltung einer robusten Außen- und Sicherheitspolitik im Iran sind: Das Aufrechterhalten der traditionellen regionalen Vorherrschaft, die konfliktreichen Beziehungen zu den nuklearen Nachbarn und Israel sowie die amerikanischen Vorwürfe, Massenvernichtungswaffen zu besitzen und zur „Achse des Bösen“ zu gehören. Nicht zu vergessen ist, dass ein Streben nach zivilem Atombesitz bis in die 1970er Jahre von den USA unterstützt wurde! Nach der iranischen Revolution hat Teheran allerdings auf ein entsprechendes Programm verzichtet. Die Wende brachte der iranisch-irakische Krieg und der irakische Einsatz von B- und C-Waffen, die Bagdad auch aus Europa erhielt.

die globale Wirtschaftskrise, die die Einnahmen aus dem Rohöl sinken und innenpolitische Spannungen wachsen ließ. Harnisch stellte gleich zu Beginn klar: „Der Iran hat keine nuklearen oder andere Massenvernichtungswaffen.“ Die Signifikanz eines iranischen Nuklearwaffenprogramms liegt dennoch auf der Hand und hätte Auswirkung auf den Nichtverbreitungsvertrag (NPT), die Weltnuklearordnung und die Stabilität der Ölmarkte und der Region. Schließlich stelle ein solches Programm eine potentielle mittelfristige Bedrohung für die NATO und die EU dar.

Die amerikanische Regierung schien nicht nur Wahrnehmungsdefizite zu haben. Heute ist es noch problematischer, dass durch die ambivalenten Interessen unterschiedlicher Gruppen in den USA keine einheitliche Iran-Politik existiert: Hardliner sowie Anhänger der Neo-Konservativen und ehemaliger Vizepräsidenten und

2003 und 2005 folgten durch Abkommen mit Europa Suspendierungen, bevor Ahmadinedschad 2006 die Wiederaufnahme ankündigte. 2007 kamen alle Geheimdienste zu dem Schluss, dass Iran sein Nuklearwaffenprogramm 2003 gestoppt hat. Auf der ziviltechnischen Seite muss jedoch festgestellt werden, dass Iran seit 2005 wieder anreichert und auch die Anzahl der Zentrifugen zugenommen hat. Insgesamt also wird Iran versuchen, ein ziviles Nuklearprogramm mit Waffenoptionen zu bekommen. ■

Saskia Hieber

Prominenter Besuch aus China

Zu einem Informationsgespräch mit Akademiedirektor Heinrich Oberreuter traf sich eine Delegation der Hochschule des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas in Tutzing. Unter Leitung des Vizepräsidenten Li Shulei informierten sich die Chinesen über das Wahljahr 2009 und über die Akademie als Institution der Politischen Bildung.

Die Zentrale Parteihochschule gehört inzwischen zu den führenden „think tanks“ in China. Vorbei sind die Zeiten, als sich linientreue Kader in erster Linie der Ideologie widmeten. Die neuen Themen sind Bildungssysteme, weltwirtschaftliche Verflechtung und zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen. Intern wird in einigen chinesischen Hochschulinstituten und Fachministerien offen und teilweise kontrovers diskutiert – nur darf nichts nach außen dringen.

Oberreuter erläuterte Geschichte, Grundlagen und Auftrag der Akademie und betonte, dass sie eine Einrichtung des politischen und gesellschaftlichen Pluralismus sei und Gedankenexperimente erwünscht sind. Besonders interessiert zeigten sich die chinesischen Gäste an der Planung und inhaltlichen Gestaltung des Akademieprogramms.

Starker Parteienstaat

Der Akademiedirektor betonte, dass die liberale Demokratie gekennzeichnet ist durch die Opposition als Alternativregierung. Parteien seien ein Ausdruck sozialer Interessen. Das „Wirtschaftswunder“ habe die großen Parteien in der Bundesrepublik gestützt. Das föderalistische System, in dem jede Partei irgendwo in einem Bundesland an der Regierung sei und so im Bundesrat Entscheidungen mittrage, bedeute Verantwortung für das Ganze. Im Gegensatz zur noch zersplitterten

Parteienlandschaft der frühen Bundesrepublik habe Deutschland jetzt ein Parteiensystem, in dem Weltanschauung, Stand und Konfession fast keine Rolle mehr spielen. Die Parteien wollen möglichst viele Wähler ansprechen und haben die feste Bindung an be-



Akademiedirektor Heinrich Oberreuter (vorne, 2. von links) informierte die chinesischen Gäste über aktuelle Politik in Deutschland

Entscheidend sei auch die Kommunikation mit der Bevölkerung, die durch die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen gefördert werde. Nicht zu leugnen sei aber, dass die Stimmenanteile und die Integrationskraft der beiden Großparteien seit der Wiedervereinigung durch ökonomische Probleme abnehmen.

Die „Kosten“ der Wiedervereinigung, die Abnahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Sozialleistungen hätten im Westen, die Folgen der wirtschaftlichen Umstellung im Osten viel Vertrauen in die Parteien gekostet. Oberreuter befürchtete, dass die Dimensionen des wirtschaftlichen Abwärtstrends in Deutschland noch nicht angekommen seien. Parteien sind auch abhängig vom Erfolg des ökonomischen Systems. Eine Verdopplung der Arbeitslosenzahl und ein Minuswachstum von gut sechs Prozent machten die Bundestagswahl im September hochinteressant.

Bisher hätten die Institutionen der parlamentarischen Demokratie stark gehandelt, Verantwortung übernommen und damit das Vertrauen in Politik und Parteien gestärkt. So seien die wirtschaftlichen Eliten derzeit stärker in der Kritik als die politischen. Zum Ausgang der Bundestagswahl gefragt, prognostizierte der Akademiedirektor eher eine Fortsetzung der Großen Koalition.

In der Diskussion betonte Vizepräsident Li, dass auch in China das Interesse der Menschen an Politik diffuser geworden sei. Die KP selbst lege nicht mehr so viel Wert auf Ideologie, der Klassenkampf sei aufgegeben und sogar Unternehmer könnten Mitglied werden. In China herrsche großes Interesse an der jüngeren Geschichte Deutschlands. ■

Saskia Hieber

Vom Vermischten zum Akademischen

Kathrin Haimerl ist die neue Pressereferentin der Akademie

Seit Juni ist Kathrin Haimerl für die Pressearbeit und die Online-Redaktion der Akademie zuständig. Wir sprachen mit ihr über Journalismus und die neue Aufgabe.

Report: Warum wollten Sie Journalistin werden?

Haimerl: Mit 16 hatte ich meinen ersten Text – über ein Grillfest – in der „Landauer Neuen Presse“. Ich war sehr stolz, dass das in der Zeitung erschienen ist. Schreiben hat mir immer Spaß gemacht. Ich wollte aber mehr, als immer nur auf Feuerwehrfeste gehen.

Wo haben Sie Journalismus gelernt?

Ich habe parallel zum Studium mit dem Kapfinger-Stipendium meine journalistische Ausbildung gemacht und in verschiedenen Redaktionen gearbeitet: Lokales, Nachrichten und Online-Redaktion. Die Arbeit mit dem Internet hat mich sehr interessiert und ich bin für drei Monate zu „sueddeutsche.de“ gegangen. Nach der Ausbildung konnte ich dort als freie Mitarbeiterin anfangen und habe in den Ressorts „Politik“ und „Panorama“ gearbeitet. Zuletzt hatte ich vor allem mit Katastrophen und Unglücksfällen zu tun.

Welches waren Ihre spektakulärsten Nachrichten?

In meine Zeit fiel der Amoklauf von Winnenden, der Einsturz des Kölner Stadtarchivs, die Notwasserung auf dem Hudson River in New York und der Absturz des Air-France-Airbus vor Brasilien.

Aus so einer spannenden und aufregenden Arbeit geht man doch eigentlich gar nicht raus?

O doch! Ich wollte immer etwas mit Politik zu tun haben.

Was ist das Reizvolle am Journalismus?

Wenn die Nachrichten reindrücken und Eilmeldung an Eilmeldung kommt – da steckt man richtig drin und will der Erste sein, der das Thema draußen hat. Da vibriert der Schreibtisch. Das Höchste ist, wenn die Nachrichtenagenturen langsamer sind und uns zitieren. Das ist ein schönes Gefühl – Adrenalin pur.



Kathrin Haimerl hat vorher für die Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ gearbeitet

Foto: ms

War es schwierig von dieser hektischen und sehr aktuellen Arbeit in die Pressestelle unserer Akademie zu wechseln?

Die Arbeit mit aktuellen Nachrichten ist nicht immer so spektakulär. Und ich wollte zurück zu politischen Themen. Außerdem hat man schnell das Etikett weg: „Die kann nur bunte Themen.“ Hier habe ich Politik pur. Es ist eine neue Facette in meinem Beruf.

Was ist anders als im Journalismus?

Ich bin sehr viel selbständiger. Es geht nur alles nicht so schnell wie in der Redaktion. Man hat mehr Zeit zum

Zur Person:

1982 geb. in Landau/Isar, nach dem Abitur von 2002 bis 2008 Studium der Kulturwirtschaft an der Universität Passau, 2004 bis 2008 Journalistik-Stipendiatin der Kapfinger-Stiftung, 2008 bis 2009 Journalistin bei sueddeutsche.de, der Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“.

Nachdenken. Und mit der Internetseite der Akademie kann ich sehr gut journalistisch arbeiten.

Ist die Arbeit an der Homepage der Akademie ein Schwerpunkt für Sie?

Ich denke, dass sie für Journalisten die erste Informationsquelle über die Akademiearbeit ist. Deswegen will ich auch mit einem Newsletter die Redaktionen kontinuierlich über Neuigkeiten informieren.

Können Sie neben Ihrer Tätigkeit in der Akademie weiterjournalistisch arbeiten?

Auf jeden Fall. Ich recherchiere unter anderem im Bereich Rechtsextremismus und das will ich weiter verfolgen.

Welche ist die dümmste Frage in einem Interview?

Es gibt in einem Interview keine dummen Fragen. Nur schlecht gestellte. ■

*Das Gespräch führte
Michael Schröder*

Soziales Engagement für die Sache und die Menschen

Karl-Heinz Willenborg nach 34 Jahren verabschiedet

Zahlreiche ehemalige und aktive Kollegen und Mitstreiter aus ungezählten Tagungen verabschiedeten nach fast 34 Jahren Dienstzeit den wissenschaftlichen Assistenten Karl-Heinz Willenborg aus dem aktiven Dienst der Akademie. Direktor Heinrich Oberreuter bedankte sich für Willenborgs geleistete Arbeit und würdigte dessen Verdienste um das soziale und umweltpolitische Themenprofil der Akademie. Michael Schröder hob als Personalratsvorsitzender Willenborgs unbedingtes Engagement für die Sache und für die Menschen hervor. Margarete Spohn von der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München betonte in ihrer Festrede den Einsatz Willenborgs für die Sache der interkulturellen Kommunikation, so zuletzt beim Kooperationsprojekt „MünchenKompetenz“, einem politischen Fortbildungsprogramm für Imame. Musikalisch umrahmt wurde die Feier durch Willenborgs Schwager Michael Eberth am Klavier.

Bei der Feierstunde sagte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter unter anderem über Karl-Heinz Willenborg: „Im Gespräch mit dem Sozialreferenten der Landeshauptstadt München habe ich ihn gemeinsam mit Klaus Grosch einmal als unser Schwestern-

ziologischer Theorien verstanden, sondern praxisbezogen auf die Bedürfnisse und Fragen der politischen Bildung und der Gesellschaft angewandt. Profitiert haben davon vor allem Frauenverbände aus dem Bereich Verbraucherschutz, Hauswirtschaft, Ernäh-



Direktor Heinrich Oberreuter (links) und Personalratsvorsitzender Michael Schröder (rechts) würdigten die Verdienste Karl-Heinz Willenborgs (2. von links). Margarete Spohn von der Landeshauptstadt München hielt die Festrede über Interkulturelle Arbeit.

Foto: Thiele

paar bezeichnet, das seine Häubchen besorgt über die Krankheiten unserer Gesellschaft beugt.

Das Aufgabenfeld ist damit schon angedeutet. Er hat es von Anfang an weniger als Lehre wissenschaftlicher so-

rungsberatung, Sozialarbeit. Die langjährige Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat der Stadt München schließt sich an – mit Themen zu Migration, Integration von Ausländern, Asylbewerbern und zuletzt die wichtige und

brisante Fortbildung von Imamen zur Einführung in die deutsche Gesellschaft, eine Arbeit an der gesellschaftlichen Integration, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist.

Zu Umweltschutz und Sozialpolitik sind alle relevanten Themen behandelt worden: Energiefragen, Klimawandel, soziale Sicherungssysteme, Rente und Gesundheit. Sie sind in die verschiedensten Akademieveranstaltungen eingebbracht worden, seien es spezielle Fachtagungen oder immer wieder auch Veranstaltungen der Lehrerfortbildung gewesen.

Die zeitgeschichtliche Befassung mit der Entwicklung des Sozialstaats in Deutschland kommt hinzu und nicht zuletzt die Betreuung der sehr renommierten Südosteuropäischen Hochschulwoche in unserem Haus.

Mit all diesen Tagungsthemen verband Willenborg stets ein persönliches Anliegen. Die Teilnehmer und die Kooperationspartner haben es bemerkt und vermerkt.“

Personalratsvorsitzender Michael Schröder hob auch die menschlichen Qualitäten des langjährigen Kollegen hervor: „Wir verabschieden einen sehr beliebten und geschätzten Kollegen, der die Sozial- und Umweltpolitik zum selbstverständlichen Bestandteil des programmatischen Profils dieses Hauses machte. Außerdem warst Du immer ein wichtiges Scharnier für das kollegiale Miteinander, für den Zusammenhalt und das Verständnis untereinander auf allen Ebenen unserer Akademie. Wir schätzen an Dir Deinen tiefgründigen Humor, die schlagfertige Sottise, das jederzeit treffende Bonmot aus einem umfangreichen Zitatenschatz, mit dem Du auch manch angespannte Situation lockern und lösen konntest. Verbissenheit und ideologischer Grabenkampf sind Deine Sache nicht – aber trotzdem war immer unbedingtes Engagement für die Sache und für die Menschen dahinter spürbar und erkennbar.“ ■

MS

Wider die „bestürzende schlechte staatsbürgerliche Bildung der Jugend“

Schülerwettbewerbe unter Federführung der Akademie

„Sie wissen, dass sich Bayern in seiner Verfassung ‚Freistaat‘ nennt. Was kommt in dieser Bezeichnung zum Ausdruck?“ So lautet eine von insgesamt sieben Themenvorgaben für den ersten landesweiten Schülerwettbewerb zur politischen Bildung im Schuljahr 1960/61, den die Akademie federführend ausgerichtet hatte.

Um Schüler anzuregen, sich auch außerhalb des Unterrichts stärker mit politischen Fragen zu beschäftigen, hatte der Bayerische Landtag am 26. November 1959 den Beschluss gefasst, einen Wettbewerb zur Förderung der politischen Schüler- und Jugendbildung zu veranstalten. Dem Parlamentsbeschluss lag ein Antrag vom 12. März 1959 über „die Durchführung eines Aufsatzwettbewerbs“ zugrunde, der von SPD-Abgeordneten eingebracht worden war.

Wiederholte die vermeintlich schlechte politische Bildung der Jugend die Gemüter der Parlamentarier erregt. Das „erschütternde Ergebnis“ einer Umfrage des Hessischen Rundfunks zum staatsbürgerlichen und politischen Wissen in den verschiedenen Schularten vom Mai 1959 hatte der parlamentarischen Initiative zusätzliche Schubkraft verliehen. Danach war es um „das Elementarwissen in Fragen der staatspolitischen Erziehung katastrophal“ bestellt. Dem galt es gegenzusteuern. Ein Aufsatzwettbewerb an Bayerns Schulen sollte das Interesse der Jugend für Politik und Staat wecken und vertiefen helfen. Im Nachbarland Baden-Württemberg war ein derartiger Wettbewerb bereits mit Erfolg durchgeführt worden. Insgesamt 550 Schüler hatten sich hieran beteiligt.

273 Beiträge

Mit der Vorbereitung und Durchführung eines Wettbewerbs für bayerische Schüler war seitens der Bayerischen

Staatsregierung die Akademie in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Heimatdienst (heute: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) beauftragt worden. Teilnahmeberechtigt waren Schüler der Abschlussklassen von Mittel-, Berufs- und Fachschulen sowie der 7. bis 9. Klassen der Höheren Schulen in Bayern. Den Teilnehmern standen sieben Themen zur Auswahl, darunter vier in Form eines Aufsatzes und je eines als geografische, zeichnerische oder dramaturgische Aufgabenstellung. Die drei letztgenannten Themen konnten auch von Schülergruppen oder ganzen Klassen bearbeitet werden. Bis zum 15. März 1961 gingen nach verhältnismäßig kurzer Bearbeitungszeit 273 Beiträge ein.

Attraktive Siegerpreise

Die besten Einzelsieger konnten sich über Studienreisen in die USA, nach Schottland, in die Schweiz oder nach Frankreich freuen. Die erfolgreichsten Gruppen wurden mit Reisen nach Berlin, Köln und nach Bonn ausgezeichnet.

Für den 21. Juli 1961 lud Landtagspräsident Rudolf Hanauer die Gewinner der Einzelpreise 1 bis 10 und der beiden ersten Gruppenpreise ins Maximilianeum ein. Ein Besuch im Landtagsrestaurant bildete den Abschluss der Feier. Neben dem Wettbewerb an sich, fand besonders auch die prominent besetzte Preisverleihung im Bayerischen Landtag ein positives Presseecho.

Beflügelt vom ersten Erfolg wurde der Entschluss gefasst, den Wettbewerb auch im darauffolgenden Schuljahr 1961/62 wieder gemeinsam mit der Landeszentrale für Heimatdienst durchzuführen. Allerdings richtete sich die Ausschreibung diesmal an die Schüler bayerischer Volksschulen. Die Beteiligung war mit rund 20 000 Teilnehmern, verteilt auf insgesamt 650 Arbeiten, überwältigend.

Rückzug

Die positive Berichterstattung über die bisherigen Wettbewerbe hatte der Akademie sehr viel Publizität und Aufmerksamkeit auch außerhalb Bayerns eingetragen. Dessen ungeachtet hat sich die Akademie nach dem Schülerwettbewerb von 1963/64 aus der Weiterführung zurückgezogen, weil das Projekt finanziell nicht abgesichert war und auf die Haushaltssouveränität der Akademie keine Rücksicht nahm.

Im Jahre 1988 ist das Instrument des Schülerwettbewerbs allerdings erneut von ihr aufgegriffen worden. Das 40-jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bot den Anlass für einen neuen Wettbewerb. Alle bayerischen Schüler der Sekundarstufe II wurden aufgerufen, sich in Wort und Bild mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Für die besten literarischen und bildnerischen Arbeiten waren, neben den mit 3000 bzw. 2000 D-Mark dotierten Hauptpreisen, weitere großzügige Buch- und Sachpreise ausgelobt worden. Im Anschluss an einen Empfang sind die prämierten Arbeiten ab Mitte September 1989 für mehrere Wochen in der Akademie zu sehen gewesen. ■

Steffen H. Elsner



Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Standortbestimmung Politische Bildung
Tutzinger Schriften zur Politischen Bildung
Schwalbach/Ts. 2009, Wochenschau Verlag, 365 S.
ISBN 978-3-89974498-9

In Zentrum politischer Bildung stehen vor allem grundlegende Themen der Demokratie: ihr geistiges Fundament, ihre Prinzipien, Strukturen und Prozesse sowie deren Entwicklungen. Gleichwohl muss sie sich auch aktuellen Herausforderungen stellen. Für den Fachdiskurs über Antworten und Zukunftskonzepte bot die Akademie für Politische Bildung Tutzing anlässlich ihres 50. Jubiläums führenden Fachvertretern ein Forum zur Präsentation und Diskussion ihrer Themen und Konzepte. Die vielfältigen Beiträge dieser Konferenz ergeben ein facettenreiches Bild der Themen und Kontroversen – eine Standortbestimmung der politischen Bildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Die Autoren:

Hans Peter Bartels
Wolfgang Beer
Anja Besand
Wolfgang Beutel
Andreas Brunold

Carl Deichmann
Joachim Detjen
Peter Henkenborg
Gerhard Himmelmann
Ingo Juchler

F. Klaus Koopmann
Hans-Werner Kuhn
Dirk Lange
Heinrich Oberreuter
Fritz Reheis

Sybille Reinhardt
Dagmar Richter
Armin Scherb
Siegfried Schiele
Bernhard Sutor

In westeuropäischen Vergleich wurde das politische System Italiens von der deutschen Politikwissenschaft lange Zeit stiefmütterlich behandelt.

Am deutlichsten zeigte sich das Desiderat darin, dass es bis dato schlichtweg an einem aktuellen und umfassenden Lehrbuch mangelte. Diese Lücke hat Stefan Köppl nun mit großer Souveränität geschlossen. Dies ist umso verdienstvoller, da es sich bei Italien um einen vordergründig sperrigen und unübersichtlichen Gegenstand handelt. ... Als Gesamtcharakterisierung weist Köppl zu Recht darauf hin, dass das Regieren in Italien besonders diffizil ist, da erstens die institutionelle Konfiguration zu einer Dekonzentrierung der Macht führt und zweitens die Parteienbündnisse in unterschiedliche Parteien und diese wiederum in unterschiedliche Lager fragmentiert sind, so dass die Integration in den verschiedenen politischen Arenen zu

Stefan Köppl
Das politische System Italiens. Eine Einführung
Wiesbaden 2007, VS Verlag
294 S., 22,90 Euro
ISBN 978-3-531-14068-1

einer erheblichen Herausforderung avanciert. Die Reformdiskussionen in Italien – ob es sich um das Wahlsystem oder die

Kompetenzen des Premierministers handelt – sind allesamt vor diesem Hintergrund zu betrachten. Damit wird erkennbar, dass es auch ein Medienmogul wie Silvio Berlusconi in dieser Umgebung nicht leicht hat, seine Vorstellungen durchzusetzen. Darstellungen, die seine mediale und politische Allmacht herausstellen, sind daher deutlich zu relativieren.

Was die Struktur des Werkes, die Komposition der Kapitel und die sprachliche Gestaltung betrifft, ist Stefan Köppl ganz sicher eine in jeder Hinsicht überzeugende Einführung gelungen.

*Henrik Gast in der Zeitschrift für Politik (ZfP),
56. Jg. 1/2009*

Karl-Heinz Fesenmeier in der BADISCHEN ZEITUNG vom 12. Mai 2009:

Wenn Leistungsträger verzagen

Ausgerechnet die gesellschaftliche Schicht, die für den Aufstieg der Bundesrepublik zum Wirtschaftswunderland steht wie keine andere und heute das tragende Fundament der deutschen Gesellschaft darstellt, steckt in einer tiefen Krise. Es ist mehr als eine gefühlte Krise. Sie hat ökonomische, soziale und politische Ursachen. ... Ökonomisch definiert sich die Mittelschicht über ein monatliches (Netto-) Einkommen von 1000 bis 2200 Euro für einen Singlehaushalt. (Bei mehreren Personen rechnet man den Haushalt vorstand mit Faktor 1, den nächsten Erwachsenen mit 0,5 und jedes Kind mit 0,3). 1990 machte die Mittelschicht 62 Prozent der Gesellschaft aus, 2007 nur noch 54 Prozent. Das entspricht einem Rückgang von fünf Millionen Menschen – „und das ist

absolut dramatisch“, sagt Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Doch die Mittelschicht schrumpft nicht nur, sie ist auch beim verfügbaren Einkommen der Verlierer. Dieses legte in den vergangenen sieben Jahren bei den oberen zehn Prozent der Gesellschaft um 18 Prozent zu, während die Mittelschicht 2,8 Prozent einbüßte.

Grabka zieht ein erschütterndes Fazit: „Das gebrochene Versprechen, dass sich Leistung lohne, gefährdet den sozialen Konsens.“ Lange Jahre war die Mittelschicht von Zuversicht und Optimismus getragen („Meine Kinder sollen es einmal besser haben!“). Die Chancen für den Aufstieg sind zwar auch heute noch gegeben, doch neu sei das Risiko des Abstiegs, konstatiert der Mainzer Soziologieprofessor Stefan

Hradil. Das erkläre ein bisschen die Ängste, die neuerdings in der Mittelschicht aufkeimen. Und wenn die Chancen, aufzusteigen, schwinden, sei das auch gefährlich für die politische Integration. „Da geht der Gesellschaft der Kitt verloren“, sagt Hradil.

„Weil das Mittelschichten-Versprechen nicht mehr funktioniert, funktioniert es auch nicht mehr für die Unterschichten“, sagt der Münchener Gesellschaftswissenschaftler Armin Nasseki. Diese Gruppe sei soziologisch und politisch ohnehin kaum noch zu fassen. Sie sei kein stolzes Proletariat, sie habe kein Ziel, sie sei vorwiegend eben RTL-Publikum. Auch Hradils Beobachtungen gehen in diese Richtung: Der Aufstieg in die Mittelschicht werde heute kaum noch angestrebt und sei auch kaum noch möglich. ...

(Siehe Bericht Seite 18)

Bernhard Fleischmann in der MITTELBAYERISCHEN ZEITUNG vom 22. April 2009:

Die EU-Erweiterung war für Ostbayern ein Segen

Konkurrenz für Arbeitnehmer durch einfallende Ost-Billigkräfte, sinkende Löhne, massenhafte Verlagerung von Jobs – die Erwartungen an die EU-Osterweiterung vor fünf Jahren waren in der ostbayerischen Bevölkerung eher pessimistisch. Weitgehend zu Unrecht, wie auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung und des Osteuropa-Instituts in Regensburg deutlich wurde. Unterm Strich haben die grenznahen Landkreise profitiert. Und das nicht erst mit der Aufnahme der Beitrittsländer 2004, sondern viel stärker schon ab 1989, als die Grenzen geöffnet wurden. Laut Nicole Litzel (IAB, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) haben sich entlang der Grenze zu Tschechien Netzwerke gebildet und zu regionalen Clustern entwickelt. Je globaler

die Wirtschaft, desto wichtiger würden regionale Standortfaktoren. „Es konkurrieren nicht nur nationale Volkswirtschaften, sondern auch Regionen. Die müssen sich positionieren“, lautet eine Erkenntnis. ...

Wie die Wissenschaftler erwartet haben, siedelten sich an der Grenze zusätzliche Firmen an. Überrascht hat dagegen, dass Betriebe unerwartet viele höher qualifizierte Arbeitsplätze nach Osten verlagerten. Man ging eigentlich davon aus, dass vor allem Tätigkeiten mit geringer Qualifikation abwanderten. Insgesamt aber sei die Zahl der Stellen auf beiden Seiten der Grenze gewachsen, im Osten mehr, aber eben auch im Westen. ...

Umgekehrt blieb die Invasion der Tschechen aus. Nicht mal innerhalb

Tschechiens würden die Menschen von den schwachen nördlichen Regionen ins 100 Kilometer entfernte Prag gehen, wo Vollbeschäftigung herrsche, stellte Dr. Michael Moritz (IAB) fest. Obendrauf ist die Arbeitslosigkeit in den westtschechischen Gebieten Pilsen und Südböhmen gering. Hier sind von 2001 bis 2008 die Löhne um 40 Prozent gestiegen. Der Durchschnittslohn von fünf Euro beweise: „Tschechien ist kein Billiglohnland mehr.“

Auf der anderen Seite ist auch die Arbeitslosenquote in Niederbayern und der Oberpfalz massiv gesunken, hat sich besser entwickelt als der Bundesdurchschnitt. Bei den Löhnen hat Ostbayern stetig aufgeholt und heute fast das Durchschnittsniveau des ganzen Landes erreicht. ...

(Siehe Bericht Seite 27)

Hans Otto Seitschek, DIE TAGESPOST vom 9. Mai 2009:

Ist Menschenwürde dialogfähig?

Menschenwürde – lässt sich darüber Dialog führen? Noch dazu, wenn es um ihre Zukunft geht? Durchaus, wie Horst Dreier und Robert Spaemann bei ihrem Gespräch in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing unter Beweis stellten. Allerdings kann es sich dabei nicht um einen rein ergebnisoffenen Dialog handeln. Die Menschenwürde als Würde, die jedem Menschen als Person unverbrüchlich zukommt, ist zu allen Zeiten eine Grundgegebenheit menschlicher Natur und damit gesellschaftlichen Gefüges.

...

In den beiden Statements wurde klar, dass Spaemann und Dreier andere Begründungsformen der Menschenwürde verfolgen. Geht es Spaemann mehr um das Personkonzept, sieht Dreier die Menschenwürde – bei aller Begründungsproblematik – besonders durch das Grundgesetz geschützt. Diese unterschiedlichen Ansätze bei gleichem Ziel – Erhalt und Schutz der Menschenwürde – kamen in der Diskussion der beiden noch deutlicher zum Tragen. Die Argumentationen wogten im wesentlichen zwischen rechtspositivistischer und transzender Begründung der Menschenwürde hin und her. Gerade die Fragen, wem die Menschenwürde nun ab welchem Zeitpunkt zukomme, waren die am meisten umstrittenen des Abends. Jede graduelle Abstufung von Menschenwürde oder Lebensrecht – egal ob am Anfang oder am Ende des menschlichen Lebens – erfordert aufgrund ihrer weitreichenden Folgen eine starke Begründung. Doch diese ist nahezu unmöglich zu geben. Denn was unterscheidet einen Menschen qualitativ kurz vor der Geburt und kurz nach der Geburt so stark, dass man den Zeitpunkt der Geburt als entscheidend für das vermehrte Zukommen von Lebensrecht einschätzen kann? Ähnlich sieht es am Lebensende aus: Ab wann

nun kann einem schwerkranken alten Menschen das Lebensrecht abgesprochen werden? Hier fehlen überzeugende Antworten. ...

Oftmals ergeben sich Dilemmata in Fragen der Menschenwürde. Es steht dann Würde gegen Würde, wie beispielsweise in den Fragen der Luftsicherheit: Darf man ein Passagierflugzeug abschießen, das auf ein Atomkraftwerk zusteuert? Hier ist es wichtig, so Robert Spaemann, zu differenzieren: Es ist nicht Ziel, die Passagiere des Flugzeugs zu töten, wenn man es abschießt. Ziel ist es, zu verhindern, dass das Flugzeug das Atomkraftwerk

erreicht. Horst Dreier meint, dass man in solchen Dilemmata nie ganz richtig handeln kann. Es bleibt immer ein Rest an Falschem im jeweiligen Handeln, egal, wie man sich entscheidet. Auch dies war eines der Ergebnisse des Tutzinger Dialogs: Die Antworten auf die Frage nach der Menschenwürde werden komplex bleiben, auch in der Zukunft, so Akademiedirektor Heinrich Oberreuter am Ende eines gelungenen Abends. Letztlich können Menschenwürde, Lebensrecht und Handlungsfreiheit auch zukünftig nur in einer Annahme seiner selbst und Anderer als Personen gesichert werden. ...

(Siehe Bericht Seite 5)

Michael Stallknecht in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 9./10. Mai 2009:

Alles und nichts

... Nein, sagte Horst Dreier in Tutzing erneut, er stelle die Menschenwürde natürlich nicht infrage, er wolle sie nur abwägbar machen, wo Würde gegen Würde stehe. Was das heiße? „Wir dürfen die Augen vor dem Konflikt nicht verschließen.“ Und: Er problematisiere nicht Art. 1,1 des Grundgesetzes, sondern allein dessen Anwendung auf nahezu alle Grundrechtsprobleme, wie sie längst auch im Bundesverfassungsgericht üblich sei. Die Menschenwürde werde zum „Allesproblemloser“, zum inhaltsleeren „Megatopos für Kultiviertheit“. „Man kann sich auch zu Tode siegen.“

Dass Menschenwürde, philosophiegeschichtlich betrachtet, ein recht leerer Begriff ist, der sich aus Humanismus und Aufklärung ebenso deutungsoffen speist wie aus christlich-jüdischen Wurzeln, ist der eigentliche Trick des Grundgesetzes. Damit sie

„der Eine theologisch, der Andere philosophisch, der Dritte ethisch auffassen kann“ – wie Theodor Heuss im Parlamentarischen Rat formulierte –, ließen die Väter des Grundgesetzes sie bewusst unkommentiert. Jede Generation muss sie für sich selbst definieren.

Bei der Hinterfragung zumindest steht Dreier an vorderster Front. Unklar bleibt, auf welcher Seite. Im Falle der Abtreibungsregelung fordert Dreier eine graduelle Zuschreibung von Menschenwürde an den Embryo. Beim Flugzeugabschuss im Falle terroristischer Bedrohung sieht er einen tragischen Konflikt. Auch in Tutzing gerierte er sich als feinsinnig argumentierender Agent Provocateur. Es schien, als suche Dreier auf den Spielplätzen des Rechts stets die gefährlichste Rutsche – und wundert sich dann, wenn er im auf Eindeutigkeiten festgelegten Politbetrieb gelegentlich

abrutscht. ... Für die religiöse Tradition, für das griechisch-christliche Menschenbild steht Spaemann. Dabei ist die Menschenwürde auch für ihn – wie für Dreier – normativ, nicht deskriptiv. Auch er fordert, die Grundrechte gegeneinander abzustufen und nicht allzu schnell die Menschenrechtskeule zu schwingen. Damit aber enden die Übereinstimmungen. Denn

wo Dreier in Gedankenexperimenten Recht durchspielt, kämpft Spaemann um Wahrheit. Wo jener aufgrund des allgemeinen Konsenses urteilt, deduziert dieser die Menschenwürde aus dem Naturrecht. Wo Dreier in den zum Konsens nötigen Diskurs nur ein „Gegenüber“ einschließen kann und damit dem bereits Geborenen Menschenwürde zusichert, setzt nach Spaemann die

Natur selbst, die Zugehörigkeit zur Spezies Homo Sapiens dem Menschen die Norm, die auch seine Freiheit begrenzt. Freiheit lässt sich nach Spaemann nicht von der Natur ablösen. Den Ungeborenen oder den Sterbenschwangeren zu töten, bedeutet daher für Spaemann nicht Selbstbestimmung, da der Mensch, egal in welchem Zustand, immer schon Mensch ist. ...

(Siehe Bericht Seite 5)

Barbara Just schrieb in der KATHOLISCHEN NACHRICHTENAGENTUR über den Dialog zwischen Robert Spaemann und Horst Dreier:

Die Kunst des Zuhörens und Mitdenkens

... Ein Disput entwickelte sich um den Ursprung der Menschenwürde. Spaemann verwies auf den engen Zusammenhang mit der menschlichen Natur und bedauerte, dass dies in der Diskussion oft nicht mehr berücksichtigt werde. Dreier wiederum erinnerte daran, die Rechtsnorm sei in der Verfassungsgeschichte ein Phänomen der Nachkriegszeit. Würde werde heute anders als in der Antike verstanden. Damals sei sie schlicht vom Rang der Person abhängig gewesen.

Auch die Lehre von der Gleichheit aller Menschen vor Gott ließ der Jurist als alleinige Erklärung nicht gelten. Für ihn ist Menschenwürde schlicht ein normativer Achtungsanspruch und wechselseitig zu akzeptieren. Sie sei im Übrigen sogar jüngerem Datums als die Menschenrechte.

Wenn Menschenwürde gilt, dann absolut, darin herrschte Übereinstimmung auf dem Podium. In tiefster Erniedrigung könne Würde sogar am deutlichsten hervortreten, betonte Spaemann. Die europäische Tradition zeige ja, dass dem Gekreuzigten Würde entgegengebracht werde. Was aber, wenn Würde gegen Würde steht? Wenn sich ein Pädophiler an einem

Kind vergreifen will? Nicht nur für Spaemann ist klar, dass in einem solchen Fall das Kind zu schützen ist, weil die Interessen der beiden nicht auf gleicher Stufe stehen. Aber ohne den Begriff des Natürlichen als des Normalen könnte das Problem nicht auf diese Weise gelöst werden.



Horst Dreier (li.) und Robert Spaemann (re.) im Dialog über das komplexe Thema „Menschenwürde“

Fotos: Schröder

Die Möglichkeit der Würdekollision dürfe nie ausgeschlossen werden, betonte auch Dreier. Es gebe Momente, in denen jede Handlung falsch sei. Er verwies auf die Debatte um die Erlaubnis eines Abschusses von Flugzeugen, die von Terroristen entführt worden seien. Überraschend differenziert äußerte sich Spaemann zum Thema Folter. Einerseits sagte er, sie sei un-

bedingt verboten. Aber damit in einem Verhör, wo die Rettung eines anderen auf dem Spiel stehe, zu drohen, sei noch keine Folter: „Das würde ich einsetzen ohne Skrupel.“ Angst dürfe man machen.

Dreier ergänzte, dass Artikel 1 ganz gelesen werden müsse. Dort stehe

nämlich auch: „Sie (die Würde) zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Der Staat habe deshalb alles zu tun, um das Opfer zu schützen. Wobei Spaemann einwarf, Schutz und Achtung stehen seiner Meinung nach nicht auf gleicher Ebene.

Menschenwürde hat man nicht wie „blaue Augen“, zitierte Dreier abschließend den Philosophen Jürgen Habermas. Verbindlich werde die Norm, wenn sie in eine Rechtsform gegossen werde. Doch müsse diese Norm

auch von den Bürgern getragen werden. Wie steht es also um die Akzeptanz und Pflege dieses hohen Gutes? „Man kann optimistisch sein“, meinte der Jurist. Der weltweite Siegeszug der Verbindlichkeit der „Menschenwürde“ seit dem Zweiten Weltkrieg sei schon beeindruckend.

(Siehe Bericht Seite 5)

Jürgen Habermas schreibt in einem Leserbrief an die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (13. Mai 2009) zum Artikel von Michael Stallknecht:

Menschenwürde und Moral

In seinem Bericht „Alles und nichts“ (9./10. Mai) über eine Tutzinger Tagung, an der ich nicht teilgenommen habe, schreibt mir Michael Stallknecht eine Auffassung zu, die ich nicht vertrete. Selbstverständlich lässt sich die demokratische Verfassung eines säkularen Staates allein aus Vernunft, das heißt ohne Bezugnahme auf religiöse Überlieferung rechtfertigen. Auf anderem Wege könnten sich die Bürger einer weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft nicht gemeinsam von der Legitimität ihrer Herrschaftsordnung überzeugen. Ich wende mich aber gegen ein laizistisches Verständnis des Gebotes weltanschaulicher Neutralität. Der Staat soll religiösen Stimmen auch in der politischen Öffentlichkeit Spielraum geben; sonst läuft er Gefahr, sich von Sinn- und Motivationsquellen für das erwartete, aber rechtlich nicht

erzwingbare Ethos seiner Bürger abzuschneiden. Nach meiner Beobachtung geht heute der Sinn für den normativen Zusammenhang zwischen der Autonomie des einzelnen Bürgers und dem erforderlichen Minimum an gemeinschaftlichem Verhalten auch unter aufgeklärten Geistern verloren. In der causa Dreier, zu der in dieser Zeitung Andreas Zielcke und Heribert Prantl ebenso differenziert wie entschieden Stellung genommen haben, teile ich Robert Spaemanns Position im Ergebnis, aber nicht in der Begründung. „Menschenwürde“ ist ein moralisch definierter Rechtsbegriff. Er hebt aus der Moral der gleichen Achtung für jeden genau den Ausschnitt heraus, der in der Gestalt von Menschenrechten ausbuchstabiert werden kann und in der Form von Grundrechten positive Geltung erlangen soll.

In der Idee der Menschenwürde sind die besonderen, also statusgebundenen Ehrbegriffe der frühen Neuzeit egalitär verallgemeinert worden. Sie gebietet die Art von gleichem Respekt und gegenseitiger Anerkennung, die Bürger eines demokratisch verfassten Gemeinwesens einander als unvertretbaren Individuen schulden. Sie ist für den Sinn der Verfassungsordnung im ganzen konstitutiv und steht nicht auf gleicher Stufe mit den Grundrechten, die diese Ordnung in verschiedenen Hinsichten spezifizieren. Nicht weil sie „angeboren“ wäre, ist die Menschenwürde „unantastbar“, sondern weil sie kein Grundrecht unter anderen ist und sich daher der üblichen Abwägung mit angeblich kollidierenden Grundrechten entzieht.

(Siehe Bericht Seite 41)

Christian Geyer in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 9. Mai 2009:

Geknebelte Debatte?

Gibt es im sechzigsten Jahr unserer Verfassung ein Verbot, über die Verfassung zu debattieren? Müssen Staatsrechtslehrer, die die offene Auseinandersetzung über Fragen des Grundgesetzes suchen, sich kleinlaut ducken, weil ihnen in Deutschland unduldsam über den Mund gefahren wird, wenn sie mucken?

Der Würzburger Verfassungsrechtler Horst Dreier strickt an dieser neuen Legende unserer Republik. Er behauptet, die Menschenwürde sei in Gefahr, weil ihre in mündlichen und schriftlichen Gedankenexperimenten vorgenommene Relativierung auf öffentliche Unduldsamkeit stoße. So der Tenor seiner Ausführungen vorgestern

Abend während eines lohnenden Gesprächs mit Robert Spaemann in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung.

Wo aber sind die Gralshüter des von Horst Dreier verteuften Verfassungsgeständnisses, welches das Grundgesetz angeblich zur Bibel verkläre? Wer verbietet wem das freie Wort? Welcher Rechtsgelehrte musste das Land verlassen, weil er laut darüber nachdachte, in Ausnahmefällen die Folter zu gestatten, ja sie als „Rettungsfolter“ vorzuschreiben? Dreimal Fehlanzeige. Sieht man recht, baut Horst Dreier zum Verfassungsjubiläum hoch überm Starnberger See einen glitzernden Panzer auf.

Weil der Staat sich selbst unter allen Umständen die Folter verbietet und auch Ungeborene zu Menschenwürdeträgern erklärt, sieht Dreier für unsere Verfassung Gefahr im Verzug. Das sei eine Sakralisierung der Menschenwürde, die jeder anderen Meinung das Wort abschneide. Die Assoziation vom totalitären Tugendstaat wird aufgerufen, der Recht und Moral nicht zu trennen verstehe. Eine Horrodiagnose fürwahr. Doch abgesehen von der grundsätzlichen Verbundenheit von Recht und Moral, ohne welche das eigenständige, zu Recht „getrennte“ Recht seine Geltungsgrundlage einbüßen würde, fragt man sich als Zuhörer Dreiers unwillkürlich, ob man noch im selben Land lebt wie der Re-

ferent. Denn wie sieht die Wirklichkeit aus? Jeder, der Lust hat, kann in diesem Land denken, sagen und schreiben, dass die Menschenwürde nicht etwa unantastbar sei, wie es im Grundgesetz steht, sondern unter bestimmten Bedingungen (Dreier: „im rechtfertigenden Kollisionsfall“) antastbar. Dreier ist selbst der Erste, der diese

Freiheit nutzt und denkt und sagt und schreibt, dass man eine „Folter in Extremsituationen“ nicht von vornherein ausschließen dürfe, auch wenn die herrschende Meinung sagt, dass dann der Menschenwürdesatz an der Spitze unserer Verfassung nichts mehr wert sei. Dreier ist nicht der Einzige, der mit der Folteroption im Gepäck Verfas-

sungsrichter werden wollte. Seine Nominierung für Karlsruhe scheiterte prompt. Das ist aber etwas anderes als ein Maulkorb für die freie Debatte. Es ist ein Unterschied, ob jemandem der Einzug ins Bundesverfassungsgericht verwehrt wird oder in die Tutzinger Akademie.

(Siehe Bericht Seite 5)

Susan Gottlöber in der TAGESPOST vom 15. April 2009:

Zwischen Konsens und Bruch

Ein friedliches Zusammenleben in persönlicher Freiheit in einer Demokratie zu fördern, das hat sich die Akademie für Politische Bildung in Tutzing auf die Fahnen geschrieben. Frieden, Rationalität, persönliche Freiheit – glaubt man dem Tenor vieler Menschen, dann sind gerade diese Grundvoraussetzungen moderner westlicher Demokratien mit dem Islam, der jüngsten der drei monotheistischen Religionen, unvereinbar.

Aber was ist dran an den Vorwürfen einer im Herzen fundamentalistischen Religion, den Ängsten vor einer schlechenden Islamisierung mit dem Ziel eines Gottesstaates? Wie ist es wirklich bestellt um Vernunft, Recht und Staat im islamischen Selbstverständnis?

Um diesen brisanten Fragen nachzugehen, Aufklärung zu leisten als den Auszug aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit – eine Unmündigkeit, die durch einseitige Darstellungen der Medien nach Kräften gefördert wird, die ganz nach dem Motto „Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten“ handeln – hatte die Tagungsleitung jetzt hochkarätige Fachleute nach Tutzing geladen.

Der Islamwissenschaftler Udo Steinbach, lange Jahre Vorsitzender des Deutschen Orient-Instituts, machte vor allem politische Ursachen für die derzeitigen Probleme zwischen Orient und Okzident aus. Auf diese sei



Udo Steinbach machte politische Ursachen der Konflikte aus

die Neuentdeckung des Islam und seine Inanspruchnahme als eine Art politischer Ressource eine Antwort, die das Thema Gewalt nicht ausspart.

Und so endete die Tagung für den aufmerksamen Zuhörer mit vielen offenen Fragen – der besten Voraus-

setzung für einen offenen Diskurs: Warum tun sich rationale und moderne islamische Ansätze – die von Soroush im Iran bis Arkoun viel zahlreicher sind, als gemeinhin angenommen – so schwer, an Bedeutung zu gewinnen? Welchen Beitrag leistet die historische Entstehung, die den Islam von Beginn an auch als weltliches Reich begriff? Und welche Konsequenzen ergeben sich für die Menschenwürde aus einer gesellschaftlichen Grundlage, die der umma (Gemeinschaft) in Bezug auf das Individuum einen derartig hohen Stellenwert zuweist?

Ein fruchtbare Dialog der Religionen und Kulturen, die dem anderen auf Augenhöhe begegnen will, bedarf immer zweier Prämissen: Konsens und Ernstnehmen von Differenzen. Vorzeitige Einigkeit wäre demzufolge ebenso ein Abbruch wie das Negieren aller Gemeinsamkeiten. Bildung bleibt der Schlüssel für Veränderung und Aufklärung. Das ist nicht nur im Sinne der Akademie, sondern auch Kants und des Korans: Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen – denn der Herr zürnt jenen, die ihre Vernunft nicht gebrauchen. In diesem Geist sind viele Fortsetzungen mehr als wünschenswert.

(Siehe Bericht Seite 22)

Die „Passauer Neue Presse“ vom 15. Juni 2009:

„Erst müssen zwei Generationen wegsterben“

12. Passauer Tetralog: 20 Jahre nach dem Mauerfall haben Deutschland und Europa noch viel Vergangenheitsbewältigung nötig

„Deutschland und Europa – 20 Jahre nach dem Mauerfall“ – darüber haben gestern beim 12. Tetralog an der Uni Passau fünf politische und politikwissenschaftliche Hochkaräter aus Russland, Deutschland, Ungarn und Polen diskutiert. Der Hörsaal war voll besetzt bei der Veranstaltung der Akademie für Politische Bildung Tutzing, der Europäischen Wochen und der Universität Passau.

Schon mit der Eingangsfrage, was 1989 eigentlich genau passierte, entlockte Moderator Prof. Heinrich Oberreuter von der Uni Passau seinen Gästen konträre Positionen: Dr. Kazimierz Wójcicki vom Zentrum für Internationale Beziehungen Warschau vertrat die Meinung, das „Sowjet-Imperium“ sei damals „nicht mehr zu retten gewesen“, der Widerstand im Ostblock sei von unten gewachsen.

Die Feststellung der Hilflosigkeit des Sowjet-Regimes ließ Valery Bogomo-

lov, Abgeordneter der Staatsduma, vormals Generalsekretär der Partei „Einiges Russland“, nicht gelten. „In Russland passierte nichts ohne Moskau, auch nicht in Warschau. Wenn Moskau den Prozess hätte stoppen wollen, hätte es ihn gestoppt“, betonte er.

Den Anteil Ungarns am Fall des Eisernen Vorhangs wollte Prof. Ellen Bos von der Andrassy-Universität hervorgehoben wissen: Bereits am 2. Mai 1989 hätten die Ungarn begonnen, die technischen Anlagen zur Grenzsicherung abzubauen – und damit den Fall der Berliner Mauer am 9. November vorbereitet. Sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, habe Ungarn dann allerdings versäumt, so Prof. Bos, „im Vorfeld des EU-Beitrittes ist Vieles verdeckt worden.“

Mangelnde Vergangenheitsbewältigung auch in Deutschland bestätigte der kritische Autor Reiner Kunze aus

Erlau bei Passau, der nach dem Ausschuss aus dem Schriftstellerverband der DDR 1976 in die BRD übersiedeln musste. Danach habe sich die Solidarität einiger DDR-Schriftsteller-Kollegen ins Gegenteil verwandelt, noch in den 90er Jahren habe man ihn das spüren lassen. „Erst müssen zwei Generationen wegsterben, ehe es nur noch Gesamtdeutsche gibt“, sagte Kunze. Einig waren sich Diskussionsteilnehmer auch in der Unterstützung des europäischen Geistes: Kazimierz Wójcicki forderte, Europa müsse seine Kräfte bündeln, um nicht von anderen Mächten überrollt zu werden. „Vereinigte Staaten von Europa“ mit Russland wünschte sich Valery Bogomolov. Das Schlusswort sprach Reiner Kunze: „Möge uns die Freiheit erhalten bleiben und in der Freiheit die Humanität“.

(Siehe Bericht Seite 3)

Manuela Warkocz in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG STARNBERG vom 16. Mai 2009:

Anlauf zum Wahlmarathon

Politische Akademie blickt in Berlin hinter die Kulissen

Entspannt, ja geradezu heiter plaudert Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Berliner Abgeordnetenhaus mit einer Delegation bayerischer Journalisten, die zum Auftakt des Superwahljahrs auf Einladung der Akademie für Politische Bildung Tutzing in die Hauptstadt gereist sind.

„Von einem zweistelligen Ergebnis gehe ich schon aus“, gibt die FDP-Politikerin aus Feldafing selbstbewusst als Prognose für Ihre Partei bei der Bundestagswahl aus. Zwölf Prozent gar wären „fulminant“ – nach 9,8

Prozent vor vier Jahren. Die Krise könnte den Liberalen entgegenspielen, frohlockt die FDP-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Starnberg.

Die Krise, die Krise – sie ist die unwägbare Größe im politischen Geschäft dieses Sommers in der Hauptstadt. Akteure aller Parteien, Journalisten sowie die professionellen Auguren, sprich Meinungsforscher, vibrieren vor dem Wahlmarathon in den kommenden Monaten. 15 Wahlen stehen an: Erster Höhepunkt ist die Bundespräsidentenwahl am 23. Mai,

dann Europawahl, Landtagswahlen in vier Bundesländern, mehrere Kommunalwahlen und schließlich als Höhepunkt die Bundestagswahl am 27. September.

Wie sich die Verantwortlichen in Politik und Medien schon warmlaufen für Parteitage, Kampagnen, Übertragungen und Sondersendungen, erfuhren 18 Journalisten unter Leitung von Michael Schröder in zahlreichen Expertengesprächen und Hintergrundrunden ...

(Siehe Bericht Seite 17)

Volker Lilienthal in: epd medien Nr. 53 vom 8. Juli 2009, Seite 12 – 13

Hillmoth verteidigt Ablehnung der Privatradios gegen DABplus

Internet und iPhone als Alternative – Tutzinger Radiotage über „Qualität als Radio-Strategie“

Tutzing (epd). **VPRT-Vizepräsident Hans-Dieter Hillmoth hat die Abneigung privater Hörfunkveranstalter gegen DABplus verteidigt. Für den Einsatz der digitalen Technik gebe es mittelfristig kein Geschäftsmodell, sagte Hillmoth, Bereichsvorstand Hörfunk und Audiodienste beim Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT), am 28. Juni bei den Tutzinger Radiotagen in der Akademie für politische Bildung am Starnberger See.**

Die rund 200 Millionen Euro Investitionen in DAB „werden wir nie wiedersehen“, sagte er. UKW als vorherrschende Verbreitungstechnik für Radio werde noch lange erhalten bleiben. Der VPRT hatte sich am 25. Juni einstimmig gegen das Digitalradioformat ausgesprochen (epd 50/09). Das von der Politik gesetzte Abschaltdatum 2015 sei unrealistisch, meinte auch Marc Jan Eumann, Vorsitzender der SPD-Medienkommission. Dennoch müsse auch das Radio digitalisiert werden. Der Politiker wünscht sich eine Marktdurchsetzung nach dem Vorbild DVB-T.

Als Alternative zu DABplus stellt sich Hillmoth, der Geschäftsführer und Programmdirektor des hessischen Privatsenders Hit Radio FFH ist, eine Neuordnung des UKW-Frequenzspektrums und damit verbunden die Digitalisierung von UKW („HD Radio“) vor. Aber auch das Internet und mobile Endgeräte seien alternative Übertragungswege, die zunehmend genutzt würden. So sei die

iPhone-Applikation von FFH in drei Monaten 170.000 Mal abgerufen worden. In vielen Jahren seien aber gerade mal 250.000 DAB-Geräte abgesetzt worden, erläuterte der VPRT-Vizepräsident die Relation. „Warum sollen wir denn da investieren?“

Auch die 25 Webradios von FFH erreichen laut Hillmoth monatlich über eine Million Hörer. Allerdings sei diese webbasierte Verbreitungsform noch sechsmal teurer als die UKW-Verbreitung, weil jeder Abrufer eines Live-Streams beim Aussender zusätzliche Kosten verursache.

Eumann: WDR soll „Eins Live Kunst“ neu beantragen

SPD-Medienpolitiker Eumann sagte, DAB sei vor allem gescheitert, „weil es nichts Neues zu hören gab“. Die Hörer hätten keinen Mehrwert erkennen können. Ähnlich sei mancher Webchannel öffentlich-rechtlicher Hörfunkanbieter zu beurteilen, z.B. wenn WDR 2 im Internet mit einer klassischen Musikfarbe statt Popmusik angeboten werde. „Der Mehrwert war gleich null“, so Eumann, der auch Mitglied des WDR-Rundfunkrats ist.

Positiver sieht er den WDR-Webchannel 1Live Kunst, eine junge experimentelle Kulturwelle, die allerdings wegen der Vorgaben des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags aus dem Internet genommen werden muss (epd 42-43/09). Eumann drückte seine Hoffnung aus, der WDR möge den Mut haben, 1Live Kunst beim

Rundfunkrat neu zu beantragen und durch den Drei-Stufen-Test für neuartige Telemedien zu bringen.

Hillmoth: „Glaubwürdigkeit nicht gefährden“

Mit Blick auf den 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wies FFH-Chef Hillmoth den Eindruck zurück, private Hörfunkveranstalter verlangten wie die privaten Fernsehsender auch für sich das Recht, bezahlte werbliche Produktplatzierungen im Programm unterzubringen. Allerdings müsse der Gesetzgeber die Transparenzvorschrift bei Gewinnspielen für das Radio anders fassen, weil man im reinen Hörmittel keine „Bauchbinde“ einblenden könne.

Grundsätzlich aber gelte: „Wir werden die Glaubwürdigkeit nicht mit solchen Experimenten gefährden. „Allerdings äußerte der VPRT-Vizepräsident auch „Verständnis“ für „einige Sender“, die in der Vergangenheit vorproduzierte PR-Audiobeiträge ins Programm übernommen hätten. Die „Empfänglichkeit“ dafür sei umso größer, „je kleiner der Sender ist“.

SPD-Medienpolitiker Eumann verwies auf eine weitere Aufgabe medienpolitischer Gestaltung. Auch im Internet müsse der Gesetzgeber Vielfaltsicherung betreiben. Suchmaschinen und andere „Navigatoren“ könnten die Meinungsbildung beeinflussen.

(Siehe Bericht Seite 16)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

37-1 7. – 10. September

Ferienseminar 3

Prinzipien der Politik: Macht und Religion in Geschichte und Gegenwart

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel.08158/256-50

37-3* 7. – 9. September

Neue Herausforderungen der internationalen Sicherheitspolitik

Jahrestagung der Jugendoffiziere Süddeutschlands

In Zusammenarbeit mit dem Wehrbereichskommando IV

Leitung: Saskia Hieber / Uwe Löffler

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

37-2 10. – 13. September

Sommerakademie – Nachwuchstagung ASIEN

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-1 14. – 18. September

Deutsch-türkische Sommerakademie: Journalismus und Politik

In Zusammenarbeit mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und der Universität Istanbul

Leitung: Michael Schröder / Andreas Schümchen

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

39-1* 21. – 23. September

Triebkräfte und Wirkungen der Globalisierung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-2 21. – 25. September

Mit spitzer Feder

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

39-4* 23. – 25. September

Afrika: Wirtschaftsentwicklung und Konfliktpotentiale

In Zusammenarbeit mit dem Verband des landwirtschaftlich-technischen Dienstes in Bayern e.V.

Leitung: Saskia Hieber / Martin Schüßler / Jochen Veit

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

39-3 25. – 27. September

Die Menschenwürde – Begründungen und Herausforderungen

Leitung: Gero Kellermann / Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

40-2* 28. September – 1. Oktober

Schülerforum Politik: USA

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

O k t o b e r

40-1 1. – 3. Oktober

Von den Volkskommunen zum gelben Kapitalismus

Zum 60. Jahrestag der Staatsgründung der Volksrepublik China

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

41-1* 5. – 9. Oktober

Migrationen aus, in und nach Südosteuropa: Aktuelle und historische Perspektiven

48. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

42-1* 12. – 16. Oktober

Fakultas Sozialkunde: Politische Systeme

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien 3. Sequenz / 1. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

42-3 16. – 17. Oktober

Demographischer Wandel und Migration: Risiken und Chancen für Europa

In Zusammenarbeit mit der Fachkommission Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im Herder-Forschungsrat und dem Osteuropa-Institut Regensburg

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-4 18. – 21. Oktober

German Rabbinate Abroad

In Zusammenarbeit mit der Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur der Ludwig-Maximilians-Universität München

Leitung: Michael Spieker / Cornelia Wilhelm

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

43-1* 19. – 21. Oktober

Die friedliche Revolution und das Ende der SED-Diktatur

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft/Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

43-2 23. – 25. Oktober

40 plus 20 gleich 60

Erfahrungen und Perspektiven nach 60 Jahren Bundesrepublik

Jahrestagung des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

Leitung: Michael Schröder / Peter Hampe

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

44-1* 26. – 28. Oktober

Sozialpraktische Grundbildung und Sozialkunde am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

44-2* 26. – 30. Oktober

Probleme der Entwicklungsregionen: Afrika und Lateinamerika

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Evelin Mederle

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

N o v e m b e r

45-1 2. – 5. November

Politische Transformation und Wirtschaftsentwicklung in Lateinamerika

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

45-3 6. – 8. November

Deutschland einig Vaterland? – Eine Bilanz

In Zusammenarbeit mit dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden

Leitung: Wolfgang Quaisser / Joachim Ragnitz

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

46-1* 9. – 13. November

Jugend und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Günter Grunick

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

46-2* 9. – 12. November

Schülerforum Politik: Der israelisch-palästinensische Konflikt

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

46-4 13. – 15. November

Die Opfer der SBZ/DDR-Diktatur in der demokratischen Gesellschaft heute

In Zusammenarbeit mit dem Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V.

Leitung: Heinrich Oberreuter / Bertold Kamm / Jürgen Maruhn

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-1* 16. – 20. November

60 Jahre Grundgesetz

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

47-2* 16. – 18. November

Die Gemeinde: Grundlagen und Aufgaben

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

47-3 20. – 22. November

Die Grundrechte – Interpretationen im Wandel

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

48-1* 23. – 27. November

Fakultas Sozialkunde: Soziologie

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien 2. Sequenz / 4. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

48-2 23. – 27. November

Recht spannend

Medienrecht und Gerichtsberichterstattung

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

48-5 25. November

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

48-4* 27. – 28. November

Renaissance des Staates?

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft

Leitung: Heinrich Oberreuter / Eckhard Jesse

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

D e z e m b e r

49-2 4. – 6. Dezember

Bundestagswahl 2009 – eine Bilanz

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

50-1* 7. – 11. Dezember

Fakultas Sozialkunde: Internationale Politik

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien 3. Sequenz / 2. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-2* 7. – 11. Dezember

Ethik und Politik: Recht und Gerechtigkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-3 11. – 12. Dezember

Parteienlandschaft im Umbruch?

Neue Herausforderungen für das Regieren

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Gerd Rudel

Sekretariat: Heike Schenck Tel: 08158/256-46

51-1 14. – 15. Dezember

Qualität unter Druck

Journalismus im Internetzeitalter

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanbeck

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Tagungsort: Evangelische Akademie, erhöhte Tagungsgebühr!

51-2 16. – 17. Dezember

Die Macht der Neuzeit – Politik und Ordnung bei Machiavelli

In Zusammenarbeit mit der Ludwig-Maximilians-Universität München

Leitung: Michael Spieker / Manuel Knoll / Stefano Saracino

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte vor einer Delegation der Hochschule des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die deutschen Parteien vor der Bundestagswahl (s.S.35). Auf Fachtagungen sprach er in Moskau über Parlamentarismus und Parteidemokratie vor neuen Herausforderungen sowie in Kiew über die Integrationsfunktion von Verfassungen. Weitere Vorträge hielt er in Erlangen über die Europawahl, in Saarbrücken über plebiszitäre und repräsentative Demokratie, an der Evangelischen Akademie Tutzing über kulturelle Identitäten und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie in Weilheim über Christentum, Nation und Bürgerschaft in Europa. In Breslau moderierte er bei der „Media-Night“ ein Panel zum Thema „Geheimnis Geschichte“ und im Berliner Reichstag ein Forum über den Parlamentarismus in Lettland und Ungarn. Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen bestritt er in Berlin für den Konvent für Deutschland, in Frankfurt für die Frankfurter Rundschau und den Deutschlandfunk und an der Universität Passau (u.a. mit Gregor Gysi, Hubertus Heil und Georg Fahrenschon). In Berlin wurde er erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gewählt.

KURATORIUM



Prof. Dr. Walter Eykmann wurde zum Ehrensenator der Julius-Maximilians-Universität Würzburg ernannt. Zudem erhielt er die Siebold-Medaille der dortigen Medizinischen Fakultät. Eykmann gehörte von 1978 bis 2008 dem Bayerischen Landtag an, wo er 1986 Vorsitzender im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes wurde. Außerdem

war er von 1978 bis 1998 Mitglied im Kulturpolitischen Ausschuss des Landtags.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber sprach an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg über „China und die NATO“, erläuterte „Chinas Weg in die Moderne“ in Bernried und referierte an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck.

Stefan Köppl hielt in Bad Urach und Kloster Banz Vorträge über Demokratie, Medien und die aktuelle politische Situation in Italien. In Dillingen sprach er über 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Michael Schröder sprach auf dem „Demokratietag“ in Regensburg zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes über „Zuschauerdemokratie ohne Demokraten?“

BEIRAT

Aus dem Beirat sind ausgeschieden:

Finanzminister **Georg Fahrenschon** (CSU), **Kathrin Geiger** (Frauenorganisationen), **Anton Huber** (Lehrerverbände), **Christine Kamm** MdL (Bündnis 90/Die Grünen), **Prof. Dr. Franz Knöpfler** (Hochschule für Politik), **Prof. Dr. Hans Georg Lößl** (Hochschulen), **Dr. Lothar Semper** (Handwerkskammern), **Fritz Stahl** (Kommunale Spitzenverbände), **Prof. Dr. Gerhard Stockinger** (CSU), **Manfred Weber** MdEP (Ring politischer Jugend).

Wir bedanken uns bei den ausgeschiedenen Beiräten für viele Denkanstöße und zahlreiche Unterstützungen.

Die neuen Beiräte begrüßen wir und freuen uns auf eine anregende Zusammenarbeit:

Alexander Dobrindt MdB (CSU), **Prof. Dr. Egon Endres** (Hochschulen), **Lieselotte Feller** (Frauenorganisationen), **Karl Freller** MdL (CSU), **Dieter Janecek** (Bündnis 90/Die Grünen), **Norbert Kraxenberger** (Kommunale Spitzenverbände), **Siegried Friedl-Lausenmeyer** (FDP), **Stefan Müller** MdB (Ring politischer Jugend), **Jürgen Pache** (Lehrerverbände), **Heinrich Schmidt** (Freie Wähler), **Prof. Dr. Peter Cornelius Mayer-Tasch** (Hochschule für Politik), **Ulrich Wagner** (Handwerkskammern).